

Daniele Muscionico über die Kulturgeschichte des weiblichen Beins

Nummer 35 – 27. August 2009 – 77. Jahrgang
Fr. 5.90 (inkl. MwSt.) – Euro 3.90

DIE WELTWOCH



Das Gaddafi-Protokoll

Wie die Genfer Justiz fahrlässig eine diplomatische Krise verursachte.

Von Daniel Ammann und Martin Killias

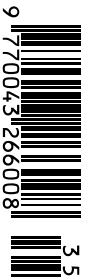
Obama in Not

Wie sich der grosse Hoffnungsträger selber demontiert.

Von Urs Gehrig

Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg

Ein Gespräch mit dem Historiker Peter Hoffmann. *Von Hanspeter Born*





Intern

Seitdem Bundespräsident Hans-Rudolf Merz nach Tripolis geflogen ist und sich dort für die Verhaftung eines Gaddafi-Sohnes in Genf entschuldigt hat, ist in der Schweiz der Teufel los: Rücktritte werden gefordert, man schämt sich öffentlich, wenige verteidigen den Appenzeller. Tatsache ist: Sein Vorgehen war unüblich. Doch unüblich ist es auch, dass ein Staat sich wie Libyen aufführt, Geiseln nimmt und Entschuldigungen erpresst. Vielleicht war unorthodoxes Handeln vonnöten. Denn – wie unsere Berichterstattung zeigt – so eindeutig liegen die Dinge nicht, wie sie bisher in fast allen Medien dargestellt wurden. **Seite 9, 10–14 und 18**

Der Grand Old Man der Schweizer Bankenszene, Georg Krayer, empfing unsere Wirtschaftsredaktorin Carmen Gasser am Hauptsitz der Basler Privatbank Sarasin, deren Ehrenpräsident er noch immer ist. Der langjährige Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung hat in dieser Funktion mit den Amerikanern manch eine Schlacht geschlagen, und danach gefragt, wieso frühere Verhandlungen erfolgreicher waren, sagt er: «Wir hatten mehr Obersten in den Bankenfürhungen.» **Seite 26**

Hansrudolf Kamer gehört fraglos zu den erfahrensten und profiliertesten Auslandjournalisten der Schweiz. Der gelernte Anglist, Historiker und Staatsrechtler, der über George



Profiliertes Auslandjournalist: Kamer.

Bernard Shaw promovierte, arbeitete für die *Neue Zürcher Zeitung* zunächst als Korrespondent in Stockholm, Jerusalem, Moskau und Washington. Auf der Redaktion in Zürich war

Kamer für internationale Sicherheitspolitik, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten zuständig. Von 1992 bis 2009 leitete er das NZZ-Auslandressort, seit 1994 wirkte er zudem als Stellvertreter des Chefredaktors. Bis 2004 war er Council-Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London. Kamer gilt als klarsichtiger und unbestechlicher Beobachter des internationalen Geschehens und als hervorragender Kenner der USA. Wir freuen uns sehr, dass dieser ausgewiesene, exzellente Journalist in dieser Ausgabe eine wöchentliche Kolumne zu zentralen Auslandsthemen in der *Weltwoche* startet, und heissen ihn aufs herzlichste willkommen. **Seite 16**



31 Jahre Weltwoche: Mundwiler.

Mit dieser Ausgabe verabschieden wir unseren langjährigen geschätzten Kollegen Rolf Mundwiler, der seit dem 5. Juni 1978 dem Unternehmen in wechselnden Funktionen angehörte. In seiner Laufbahn spiegeln sich die rasanten Entwicklungen in der Zeitungsherstellung. Mundwiler begann als Setzer und Metteur bei der Offset + Buchdruck AG, einem Tochterunternehmen der damaligen *Weltwoche*-Verlegerin Jean Frey AG. Er stieg auf Papiermontage um und hatte sich schliesslich auf Fotosatz- und moderne PC-Systeme umzuschulen. In der wendungsreichen Geschichte der *Weltwoche* markierte Mundwiler einen ruhigen Pol, der mit zunehmender Altersweisheit den Aufregungen des Medienbetriebs stets gelassen begegnete. Jetzt möchte sich Rolf Mundwiler intensiver seiner Familie, seinem Enkel und dem Minigolfspiel widmen. Wir bedanken uns bei dem lebenswerten und engagierten Kollegen für seinen jahrzehntelangen Einsatz und wünschen ihm von Herzen gute Gesundheit und alles Gute. *Ihre Weltwoche*

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 203.– (inkl. MwSt.)

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Markus Somm

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Daniel Ammann, Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehriger, Philipp Gut (*Leitung Kultur und Gesellschaft*), Carmen Gasser, Pierre Heumann, Andreas Kunz, Peter Keller, René Lüchinger (*Leitung Wirtschaft*), Daniele Muscionico, Kai Michel (*Wissenschaft*), Daniela Niederberger, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Eugen Sorg, Mark van Huisseling, Lukas Voellmy (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Max Frenkel, Ludwig Hasler, Jörg Hess, Peter Holenstein, Wolfram Knorr, Albert Kuhn, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, André Müller, Franziska K. Müller, Ulf Poschardt, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Oliver Schmuki (*Leserbriefe*), Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Roy Spring

Bildredaktion: Catharina Hanreich (*Leitung*), Christophe Bosset, Nadine Hofer (*Assistentin*)

Layout: Catharina Clajus (*Leitung*), Peter Aschmann, Rolf Mundwiler

Infografik: Helmut Germer

Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Gilbert Grap, Beat Kuttig

Internet: Andreas Thut (*Leitung*)

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsleitung: Maike Juchler

Marketing: Sandra Millius (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Christine Lesnik (*Leitung*), Angela Prisciantelli

Anzeigeninnendienst: Anina Gross, Laura Bazzigher,

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Publicitas web2com AG

Tarife und Buchungen unter: Tel. 044 250 31 91

E-Mail: salesservices.web2com@publicitas.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

LEBENSRAUM **M**



Dieses Zeichen garantiert mehr Biodiversität und bessere Bedingungen für Nutztiere. Durch die umweltbewusste Landwirtschaft wird seltenen Pflanzen und Tieren ein natürlicher Lebensraum ermöglicht. In Zusammenarbeit mit rund 14.000 engagierten Schweizer Landwirten entstehen so Qualitätsprodukte, die man mit bestem Gewissen genießen kann. Mehr zu TerraSuisse finden Sie unter migros.ch



Migros ist nachhaltigste Detailhändlerin der Welt.

MIGROS

Ein **M** besser.

Der Krieg

Vor siebzig Jahren begann der Zweite Weltkrieg. Warum verloren ihn die Deutschen?

Von Roger Köppel

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg. Er dauerte 2174 Tage, kostete 1,5 Billionen Dollar und forderte rund 50 Millionen Menschenleben. Allen Nachgeborenen und Verschonten bleibt das Ausmass dieser selbstverschuldeten Menschheitskatastrophe bis heute unvorstellbar. Man mag es deuten und wenden, am Ende steht fest: Ohne den aggressiven Grössenwahn der deutschen Reichsführung unter Adolf Hitler (1889–1945) wäre es nie zu diesem Monumentalverbrechen gekommen, als das man den Zweiten Weltkrieg unzweifelhaft bezeichnen muss. Die kurze, blutige Herrschaft des Nationalsozialismus verursachte nicht nur unermessliches Leid, sie führte auch vor Augen, wie sich eine der grössten Kulturnationen des Abendlandes im Rausch der Macht und unter Zwang und Terror in namenlose Abgründe stürzte. Nichts ist hohler als die Selbstgerechtigkeit von Leuten, die das Privileg haben, in friedlichen und bequemen Zeiten zu leben. Dennoch fällt es schwer, sich auszumalen, warum sich hochanständige, gebildete und aus geordneten Verhältnissen stammende Durchschnittsbürger in den Dienst eines mörderischen Roboterstaats unter dem Kommando eines österreichischen Gefreiten stellen konnten.

Es hat in den letzten Jahren immer wieder den Versuch gegeben, die Verbrechen der Wehrmacht und der Nazitruppen im Kontext eines sich zum Weltenbrand auswachsenden allgemeinen Kriegsinfernos zu verharmlosen. Mit dem Beginn des Ostfeldzugs 1941, so die These, habe eine stufenweise Eskalation der Gewalt und der Grausamkeiten stattgefunden, die eine eindeutige Schuldzuweisung nicht immer zulasse. Am Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg berief sich Hitlers willfähriger Ex-General Alfred Jodl zur Rechtfertigung der Wehrmachtsexzesse im vollen Ernst auf die Brutalität der russischen Partisanen, die zu einer Enthemmung auf deutscher Seite geführt habe.

Heute ist von deutschen, aber auch von amerikanischen Autoren zu vernehmen, dass der alliierte Bombenkrieg gegen deutsche Städte nicht minder kriminell gewesen sei wie der Massenmord deutscher Soldaten an ukrainischen, polnischen oder russischen Zivilisten. Gegen solche Deutungen bleibt simpel einzuwenden: Die Deutschen fingen den Krieg



Rache der Realität.

an. Sie folgten dem Drehbuch ihres Diktators, der bereits in seinen Frühschriften seine Frankenstein-Experimente zur Umgestaltung der Menschheit vor aller Augen skizziert hatte. Es mag sein, dass seine politische Philosophie der Entschlossenheit und Willenskraft, so falsch sie auch immer war, dem leid- und wirtschaftskrisengeplagten Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg eine gewisse Hoffnung vermittelt und selbst ausländische Staatsoberhäupter vorübergehend getäuscht hatte. Am Ende jedoch wurde den Deutschen heimgezahlt, was sie den anderen zugefügt hatten. Der deutsche Panzergeneral Heinz Guderian nannte es die «Rache der Realität».

Warum wurde Hitler nicht früher gestoppt? Weshalb fiel es seinen hochwohlgeborenen Widerstandsoffizieren im Grunde erst mit nachlassendem Schlachtenglück ein, den «Führer» durch ein Attentat aus dem Weg zu räumen? Es gab ganz offensichtlich eben doch einen tragischen Zug im deutschen Nationalcharakter, eine grundlegende, vielleicht tief ins Seelische reichende Übereinstimmung zwischen dem geradezu karikaturhaft übersteigerten Nationalwahn Hitlers und den Empfindungen einer grossen Mehrheit der Deutschen, die nach Inflation, Revolution und der Schmach des Ersten Weltkriegs wundgescheuert genug waren, um den hasserfüllten Verheissungen eines früheren Bierhallenredners zu verfallen. Selbst nach der Lektüre ungezählter Bücher und nach vielen Interviews

mit Zeitzeugen und Historikern ist es aus heutiger Sicht nicht wirklich nachvollziehbar, wie es Hitler, aus dem Nichts kommend, schaffen konnte, in einer Gesellschaft der Junker und Professoren, in einem hochkultivierten, durchaus modernen Rechtsstaat an die Macht zu gelangen und diese auf eine Art zu festigen, die es ihm später erlaubte, seinen Willen nahezu uneingeschränkt durchzusetzen. Als die deutsche Wehrmacht im Juni 1941 mit einer Stärke von rund vier Millionen Mann die Sowjetunion angriff, verdichtete sich der Wahn des nach Weltmacht strebenden Regimes im Bild dieser gigantischen Truppenbewegung. Hitler wollte tatsächlich mit einem Volk von 79 Millionen ein Riesenreich von 193 Millionen Einwohnern erobern, während er gleichzeitig an anderen Fronten Krieg führte. Keiner seiner Offiziere fiel ihm in den Arm.

Konsequenterweise ging Hitler an den Faktoren zugrunde, die seinen Aufstieg ermöglicht hatten. Sein Fanatismus, seine «Weltanschauung», sein zur Staatsreligion erklärter Willenskult und der impulsive Heldenfimmel hinderten ihn daran, die Wehrmacht, nach Expertenurteil damals die beste Truppe der Welt, nach streng militärischen Gesichtspunkten zu führen. Statt die beachtlichen Anfangserfolge abzusichern, verheizte der Diktator seine Soldaten in einer Art permanentem Blitzkrieg, der keinen Stillstand und schon gar keinen Rückzug duldete. Der brillante englische Historiker Andrew Roberts hat in seinem neuen Buch «The Storm of War» überzeugend dargelegt, wie die deutschen Armeen aufgrund der ideologischen Agenda ihrer Führung systematisch dem eigenen Untergang entgegenmarschierten.

Dennoch brauchte es die gemeinsame Anstrengung der USA, Grossbritanniens und der Sowjetunion, um die Nationalsozialisten endgültig zu besiegen. Während die Westmächte einem Teil Europas nach dem Krieg die Freiheit sicherten, waren es die Russen, die mit rund 27 Millionen Toten den grössten Blutzoll zur Niederschlagung Deutschlands leisteten. Man mag über Stalin denken, was man will, aber der sowjetische Despot, der nach der deutschen Kriegserklärung 1941 kurzzeitig einen Nervenkollekt durchlitt, avancierte zum grossen Zerstörer seines Klassenfeinds Hitler, mit dem er noch wenige Jahre zuvor einen Nichtangriffspakt geschlossen hatte.

Die Schweiz, die beim konservativen Historiker Roberts wegen ihrer Flüchtlingspolitik schlecht wegkommt, darf für sich in Anspruch nehmen, eine insofern erfolgreiche Strategie gewählt zu haben, als sie den Krieg von ihren Landesgrenzen fernhielt. Mehr durfte in diesen finsternen Zeiten von einem umzingelten Kleinstaat nicht erwartet werden.



Das weibliche Bein: Marilyn Monroe. Seite 30



Kriegsausbruch: Adolf Hitler. Seite 38



Bankenkritik: Georg Krayer. Seite 26



Abwärtsspirale: Präsident Obama. Seite 22

Aktuell

5 Editorial

9 Kommentar

Milliarden für den Wüstenstaat

10 «Ich wurde erniedrigt»

Wie Hannibal Gaddhafi und seine hochschwangere Ehefrau Aline in einem Genfer Luxushotel von zwei Dutzend Polizisten überwältigt wurden

11 Justiz Der Fall Gaddafi

12 «Alles verkachelt»

Micheline Calmy-Rey distanziert sich in der Libyen-Krise spektakulär von Bundespräsident Merz

13 Die Versuchung

Die Rolle des Bundespräsidenten darf nicht gestärkt werden

15 Wirtschaft

Kapital für den Aufschwung

16 Löst China die USA ab?

Der Westen ist stärker, als er sich fühlt

17 Die Deutschen Juden in die NPD!

17 Personenkontrolle Gross, Marty, Schwaller, Baader

18 Mörgeli Biologistische Unterschiede

18 Bodenmann Toast auf den Trost

19 Medien Neues aus der Provinz

19 Wortkontrolle Die «iPod-nano-Kaufkraft-Statistik»

20 Leserbriefe

Hintergrund

22 **Präsident in Not**

Seit seinem Amtsantritt hat sich seine Gegnerschaft verdoppelt. Wie sich Obama in die Abwärtsspirale manövrierte

24 Michelle Malkin Attacken von rechts

26 «Wir waren nicht gut vorbereitet»

Georg Krayer spricht erstmals über den UBS-Vergleich. Der Bankier kritisiert die Verhandlungsstrategie der Schweiz

28 **Grosse Unbekannte**

Die Schweiz lobt das Abkommen mit den USA – doch Bern nimmt Verletzungen des Rechtsstaates in Kauf

29 UBS «Extrem risikoreiche Übung»

30 **Stützpunkt der Frau**

Wie das weibliche Bein zum Objekt der Frauenbewegung, von Rebellion und sexueller Begierde wurde

34 «Gewisse Zwänge»

Bernhard Pfyffer-Feer zu Buttisholz ist Nachkomme des «Schweizer Königs» und Schlossherr

36 **Sag mir, was du schiebst**

Was verrät die Wahl des Kinderwagens über die Lebenseinstellung der Eltern? Eine Typologie



«Da konnte man die Augen nicht mehr zumachen»: Historiker Hoffmann. Seite 38

Interview

38 «Hitlers Befehle waren eindeutig»

Ein Gespräch mit dem Historiker Peter Hoffmann über die Folgen des Versailler Vertrags, Hitlers Wahnideen und das Versagen der Westmächte

Stil & Kultur

48 Namen Von Amber Steele bis Roger Schawinski

48 MvH Meine Schweizerinnen

49 Luxus Gut gestiefelt in den Herbst

50 Auto Mercedes-SE-Cabrio 1969

51 Zu Tisch «Sankt Meinrad» in Zürich

51 Wein Paestum Rosso 2008

52 Bestseller

52 Unter den Lebenden

Urs Widmers neuer Roman ist das verrückteste, vielleicht auch beste Buch des Zürcher Schriftstellers

54 Jazz John Surman

54 Film «Inglourious Basterds»

56 Doppelpass Kamillentee: Folge 39 des Fortsetzungsromans

58 Hochzeit Anita Leuenberger und Pierre Müller

Autoren in dieser Ausgabe

Martin Killias



Als Kriminologe und Strafrechtler an der Universität Zürich hat er den Fall der in Genf verhafteten Eheleute Gaddafi mit Interesse verfolgt. In

dieser Ausgabe schreibt Martin Killias über die Verhältnismässigkeit des Vorgehens und über Staatsanwälte, die oft zu eigenmächtig handeln. Seite 11

Alfred Martin



Für seinen Sohn Benjamin Phileas befragte der 41-jährige Unternehmensberater aus Zürich über achtzig junge Eltern nach

ihren Erfahrungen mit Kinderwagen. Herausgekommen ist eine Typologie, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Seite 36

www.weltwoche.ch

Weltwoche zum Hören

Professionelle Sprecher lesen ausgewählte Artikel. Diese Woche:
– Kurt und Paola Felix: «Wie bleibe ich lange und glücklich verheiratet?»
– Jvo Cukas: «Welchen Drink spendiere ich der Dame an der Bar?»
– Emil Steinberger: «Wie mache ich mich richtig über jemanden lustig?»
– Chris von Rohr: «Wie schreibe ich einen Hit?»

www.weltwoche.ch/audio

Diskutieren Sie mit!

Sie möchten uns widersprechen oder beipflichten? Mit anderen Lesern diskutieren? Auf unserer Homepage können Sie zu jedem beliebigen Artikels einen Kommentar verfassen. Starten Sie jetzt gleich unter www.weltwoche.ch/inhalt

Platin-Club

Spezialangebot: 20% Rabatt auf den Schlafphasenwecker von aXbo. Fr. 287.- statt Fr. 359.-
Spezialangebot: Workshop «Short-stories@Lindner» in den Lindner Hotels & Alpentherme Leukerbad
Spezialangebot: 20% Rabatt auf den Eintritt für die Giacometti-Ausstellung der Fondation Beyeler, Riehen
Produkt des Monats: 25% Rabatt auf den Radio- wecker HDigit Fii-Clock für DAB, UKW, Internet- Radio, Podcasts und Streaming. Fr. 179.- statt 239.-
Mehr auf www.weltwoche.ch/platinclub

«Weil sich der äussere Glanz auf einem massvollen Niveau einpendelt, fallen emanzipatorische Unweiblichkeit und aggressiver Schlabberlook hierzulande rascher auf.»

Philipp Gut in der letzten *Weltwoche* über Schweizer Frauen, die Ikonen der Natürlichkeit.

Verpasst?

Damit Ihnen das nicht nochmals passiert, gibt's die *Weltwoche* auch im Abonnement.

- Ich möchte die *Weltwoche* 10 Wochen lang für Fr. 30.– Probe lesen. Im Vergleich zum Einzelverkauf spare ich Fr. 27.–. SL 001 K12 001 001
- Ich bestelle ein Jahresabonnement der *Weltwoche* für nur Fr. 203.–. Im Vergleich zum Einzelverkauf spare ich Fr. 97.90. FL 001K12 001 001

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Coupon ausfüllen und einsenden an: Weltwoche Verlags AG, Abo-Service, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Oder abonnieren Sie die *Weltwoche* über Telefon 0800 80 44 80, Fax 043 444 50 91 oder www.weltwoche.ch/abo. Preise Inland inkl. MwSt., Stand 2009. Auslandpreise unter www.weltwoche.ch/abo.

Milliarden für den Wüstenstaat

Von Pierre Heumann — Die angekündigte Entkrampfung der libysch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen nützt vor allem Revolutionsführer Gaddafi.



Profite für Tripolis: Raffinerie in Collombey VS.

In seinen jungen Jahren versuchte sich der Junge Hans-Rudolf Merz als Fluchthelfer. In einem Ford Taunus schmuggelte er einen tschechoslowakischen Freund in den freien Westen. Das war 1968, nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Prag. Eine derartige Befreiungstat würde er heute wiederholen, meinte Merz in einem Interview vor zwei Wochen. So, als ob er ankündigen wollte, was er wenig später versuchen wird.

In der vergangenen Woche musste Merz, der Bundespräsident, allerdings nicht tumbe Grenzer an der österreichischen Grenze zum Ostblock austricksen. Sein Gegner war einer der ausgebufftesten und ruchlosesten Diktatoren. Doch Merz spielte diese Hindernisse in einem Anflug von romantisch anmutendem Heldenmut herunter. Namens der Eidgenossenschaft versuchte der Appenzeller, von Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi die Freilassung der beiden Geiseln zu erwirken, die seit einem Jahr in Libyen gefangen sind. Bei Redaktionsschluss war noch unklar, ob der Alleingang zur Befreiung der beiden Schweizer führen würde. Sicher ist bloss: Der Bundespräsident hat die Eidgenossenschaft erpressbar gemacht, als er sich mit Leidenschaft für die Freiheit der zwei Geiseln einsetzte.

Merz entpuppte sich in Libyen als schlechter Diplomat, als schlechter Unterhändler und als

schlechter Geschäftsmann. Er verhielt sich so, als hätte er es mit einem ehrenwerten Verhandlungspartner zu tun. Er machte ihm zudem allerhand Zusagen, die allesamt juristisch fragwürdig sind, entschuldigte sich für eine Verhaftung, die rechtens war, akzeptierte, dass in der Affäre Gaddafi ausländische Richter über den Rechtsstaat richten werden, willigte ein, Schweizer Recht auszuhebeln und föderalistische Prinzipien über Bord zu werfen. Zudem liess er es sich, ohne zu murren, gefallen, dass ein vereinbartes offizielles Treffen mit Gaddafi abgesagt wurde.

Dabei wäre ein forscheres, konsequenteres Auftreten durchaus am Platz gewesen. Es hätte reflektiert, dass für Libyen die Schweiz, wirtschaftlich gesehen, ein wichtiges Land ist. Umgekehrt ist Libyen für die Schweiz ein ökonomischer Nonvaleur. Revolutionsführer al-Gaddafi ist von der Schweiz abhängiger als die Schweiz von ihm. Die asymmetrische Interessenlage in den libysch-schweizerischen Beziehungen wurde allerdings weder von Merz noch von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey als Hebel eingesetzt, um die Freilassung der Geiseln zu erwirken.

Sicher, das Ausmass der Ölreserven, die im libyschen Boden schlummern, ist eindrucklich. Libyen gehört zu den zehn Staaten mit den grössten Energiereserven. Doch für die

Schweiz ist das belanglos. Denn sie hat sich aus der libyschen Ölabhängigkeit gelöst. Stammen in den vergangenen Jahren noch fünfzig Prozent des Rohöls aus Libyen, ist der Anteil in diesem Jahr auf nahezu null gesunken. Energie aus Libyen wurde durch schwarzes Gold aus Ländern wie Algerien oder Aserbaidschan ersetzt.

Auch für die Schweizer Industrie ist Libyen als Absatzmarkt nicht sehr bedeutend. Bereits vor der «Hannibal»-Krise betrugen die Exporte in den kargen Wüstenstaat lediglich 280 Millionen Franken – ein Bruchteil der Gesamtausfuhren. Seit der Festnahme von Gaddafi junior sind sie auf nahezu null abgesackt. Die Wirtschaft hofft wohl auf hohe Zuwachsraten bei den Verkaufszahlen – aber absolut werden die Umsätze auf absehbare Zeit bescheiden bleiben. Die ABB ist vielleicht die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Gaddafi kann auch dem Finanzplatz nichts anhaben. Als der Diktator im vergangenen Jahr sein Geld aus der Schweiz abzog, um damit gegen die vorübergehende Verhaftung seines Filius zu protestieren, blieben die Märkte ruhig. Die rund fünf Milliarden Franken, die Gaddafi auf Konti ausserhalb der Schweiz transferieren liess, machen weniger als ein Prozent aller ausländischen Gelder in der Schweiz aus. Die libysche Sanktion fiel volkswirtschaftlich kaum ins Gewicht.

Während Libyen für die Schweiz ökonomisch kaum von Belang ist, hat Gaddafi ein lebhaftes Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz. Er hat hierzulande tüchtig investiert – allein in den vergangenen Jahren mehrere hundert Millionen Franken, schätzen Experten. Libyen betreibt mit seiner Tamoil rund 350 Tankstellen in der Schweiz – das sind knapp zehn Prozent des Zapfsäulennetzes. Zudem besitzt Libyen die Raffinerie Collombey im Kanton Wallis, in der jetzt nicht-libysches Öl verarbeitet wird. Sowohl Tamoil als auch die Raffinerien liefern ihre Profite regelmässig in Tripolis ab. Erst kürzlich zeigte sich, wie wichtig den Libyern diese Einnahmequellen sind. Als Umweltbeamte die Anlage inspizierten, um ökologische Mängel abzuklären, fühlten sich die Libyer in ihrer Ehre gekränkt. Die Collombey-Manager erhielten aus der Zentrale deshalb den Befehl, die Raffinerie zu schliessen. Doch bereits einen Tag später bereuten sie den Entscheid und nahmen die Produktion wieder auf. Auf den Profit wollten sie nicht verzichten.

Jetzt hat Merz schriftlich zugesichert, dass die wirtschaftlichen Beziehungen wieder normalisiert werden. Davon dürfte freilich in erster Linie die «Grosse Sozialistische Libysch-Arabische Volksrepublik» profitieren. Denn sie ist erpicht darauf, der Schweiz endlich wieder Öl zu verkaufen.

Mehr zum Thema auf den Seiten 10–14 und 18

«Ich wurde erniedrigt»

Von Daniel Ammann — Wie Hannibal Gaddafi und seine hochschwangere Ehefrau Aline in einem Genfer Luxushotel von zwei Dutzend Polizisten überwältigt wurden. Das Protokoll einer unnötigen Verhaftung, die zur diplomatischen Krise eskalierte.



«Nie gewalttätig»: Hannibal Gaddafi.



Tatort Genf: Hotel «President Wilson».

Mittwoch, 2. Juli 2008

Die libysche Botschaft in Bern kündigt dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hohen Besuch an. Hannibal al-Gaddafi, der Sohn des libyschen «Revolutionsführers» Muammar, lande um 19.30 Uhr mit seiner Frau Aline an Bord eines Privatflugzeuges in Genf. Die Botschaft bittet um bevorzugte Behandlung am Flughafen. Hintergrund: Das Ehepaar Gaddafi möchte sein zweites Kind in Genf zur Welt bringen. Aline ist im neunten Monat schwanger. Das Paar wird von seinem dreijährigen Sohn, von zwei Bodyguards, drei Ärzten und zwei Hausangestellten begleitet. Es steigt mit seiner Entourage im Luxushotel «President Wilson» ab.

Samstag, 12. Juli 2008

Die beiden Hausangestellten der Gaddafis – Kamal Mortada und Ahlem Ben Said – melden sich per Telefon aus dem Hotel bei der Genfer Polizei. Sie behaupten, sie würden von ihren Arbeitgebern schwer misshandelt. Die Polizei holt sie im Hotel ab. Die beiden Bediensteten erstatten Anzeige. Mortada, der seit über fünf Jahren als «Mann für alles» für das Paar arbeitet, sagt, er sei von den Gaddafis «jeden Tag beleidigt» worden. Sie hätten ihn regelmässig «mit Füßen und Fäusten» geschlagen, einmal auch «mit einem Stock». Dabei seien ihm Zäh-

ne herausgeschlagen und sein linker Arm gebrochen worden. Wenn er die Misshandlungen verrate, habe ihm «Monsieur» Hannibal gedroht, würden sein Bruder und seine Mutter in Libyen getötet.

Ben Said sagt, sie sei von Aline Gaddafi mit einem Kleiderbügel aus Holz verprügelt und mit heissem Wasser verbrüht worden. Ihnen seien die Pässe abgenommen worden, und sie würden im Hotel festgehalten. Die Polizei ruft einen Arzt herbei, der bei Ben Said zahlreiche frische Verletzungen im Gesicht, am Vorderarm und an der Brust diagnostiziert. Bei Mortada stellt der Arzt tiefe Verletzungen älteren Datums fest. Die beiden Kläger werden unter den Schutz der Polizei gestellt und kehren nicht ins Hotel zurück.

Sonntag, 13. Juli 2008

Hannibal schickt einen seiner Angestellten zum Polizeiposten Pâquis. Er soll nach den zwei verschwundenen Hausangestellten fragen und einen Diebstahl anzeigen: 2000 Euro und eine wertvolle Chopard-Damenuhr aus Weissgold mit Diamanten seien ihnen aus dem Safe gestohlen worden, behaupten die Gaddafis. Sie verdächtigen ihren Hausangestellten Mortada, der den Safe-Code kennt. Der Polizeibeamte, der die Anzeige aufnehmen soll, verspricht, in zwei Tagen Fingerabdrücke neh-

men zu lassen. De facto unternimmt er aber nichts, die Anzeige wird nicht registriert.

Montag, 14. Juli 2008

Die Genfer Kantonspolizei fragt bei der Schweizer Uno-Mission nach, ob Hannibal in der Schweiz diplomatische Immunität genieße. Das EDA informiert die Genfer Behörden, dass er zwar über einen Diplomatenpass, nicht aber über Immunität verfüge: Er sei «nicht in offizieller Mission», sondern auf einem «privaten» Besuch in Genf. Das Aussendepartement ist sich aber bewusst, dass eine offenbar anstehende Verhaftung diplomatisch sehr heikel wäre. Darum bittet Botschafter Amadeo Perez vom EDA in einem E-Mail Bernard Gut, den Generalsekretär des Genfer Justiz- und Polizeidepartements: «Angesichts der politischen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen, welche diese Vorladung nicht verfehlen wird hervorgerufen, bitte ich Sie, die Polizeibeamten so zu instruieren, dass sie bei der Intervention alle Vorsicht walten lassen.»

Dienstag, 15. Juli 2008, 9.10 Uhr

Polizeikommissar Jean-Luc Flubacher stellt zwei Vorführbefehle («mandats d'amener») gegen Hannibal und Aline aus: Sie sollen für eine Einvernahme vorläufig verhaftet werden. Vier Delikte werden ihnen vorgeworfen: ein-

Justiz

Der Fall Gaddafi

Wenn Staatsanwälten zu «unabhängig» sind.

Von Martin Killias

Als Staatsanwalt muss man, wenn man eine Anzeige oder Klage erhält, davon ausgehen, dass zutrifft, was dem Beschuldigten vorgeworfen wird. Das ist das Worst-Case-Szenario und bestimmt, welche Zwangsmittel verhältnismässig sind. Im Falle Gaddafi brachten die beiden Hausangestellten vor, sie seien geschlagen und einmal mit heissem Wasser verbrüht worden. Das wären Tötlichkeiten oder einfache vorsätzliche Körperverletzungen. Dafür sieht das Strafgesetzbuch Busse bis zu 1000 Franken beziehungsweise Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren vor. In der Praxis wäre mit einer Freiheitsstrafe von einigen Tagen oder Wochen, verbunden mit Busse, zu rechnen. Da die Eheleute Gaddafi kaum vorbestraft sind, hätten sie Anspruch auf den «Bedingten». Zudem bekämen die Angestellten vielleicht unter dem Titel Zivilansprüche einige tausend Franken.

Wenn also das, was ihnen vorgeworfen wurde, zutreffend sein sollte (was zu beweisen wäre) und die Strafklage nicht zurückgezogen worden wäre, stünde die zu erwartende Strafe in keinem Verhältnis zu den angewendeten Zwangsmitteln. Untersuchungshaft kann nur angeordnet werden, wenn zu befürchten ist, dass erstens der Beschuldigte Beweismittel beseitigt (Absprache mit Zeugen), zweitens sich durch Flucht der Strafe entzieht oder drittens die Tat wiederholt. In diesem Fall waren die Hausangestellten in Sicherheit, Absprachen mit ihnen oder eine Wiederholung ausgeschlossen. Dass die Gaddafis auf eine Vorladung mit der Abreise reagiert hätten, ist möglich, hätte aber eine Verurteilung in Form eines Haftbefehls nicht verhindert.

Leider gelten alle diese Grundsätze in Genf nur eingeschränkt. Nirgends wird so viel verhaftet und sitzt man so lange in Untersuchungshaft wie in Genf. In einem konkreten Fall über sechs Jahre. Ohne dass das dort jemand anormal fände.

Der Fall zeigt, was passiert, wenn Staatsanwälte «unabhängig» sind und niemand ihnen dreinreden darf. Auch dann nicht, wenn – wie hier – die Botschaft vor Ort vor katastrophalen Konsequenzen für dort lebende Schweizer und ihre Güter warnt.

Martin Killias ist Professor für Straf- und Strafprozessrecht sowie Kriminologie an der Universität Zürich.

fache Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Drohung und Nötigung. Flubacher könnte das Paar ohne Polizei und ohne Verhaftung vorladen, aber offenbar erachtet er die Flucht- und Verdunkelungsgefahr als zu gross.

Dienstag, 15. Juli 2008, 10 bis 12 Uhr

Vier Genfer Polizeibeamte kommen um 10 Uhr in Zivil, aber mit Pistolen bewaffnet, ins Fünfsternhotel «President Wilson». Dort belegen Hannibal und seine Entourage im dritten Stock zehn Zimmer und Suiten. Die Polizisten möchten das Ehepaar davon überzeugen, diskret und ohne polizeiliche Gewaltanwendung zur Befragung auf den Posten mitzukommen. Im Korridor des dritten Stockes versperren ihnen allerdings vier Männer den Weg: zwei libysche Bodyguards und zwei Schweizer Sicherheitsleute. Es kommt zu Diskussionen, die über eineinhalb Stunden dauern. Auch ein Diplomat der libyschen Uno-Botschaft, alarmiert vom Generaldirektor des Hotels, stösst dazu. Die Diskussionen fruchten nichts: Die Entourage wagt es nicht, das offenbar schlafende Ehepaar zu stören.

Dienstag, 15. Juli 2008, 12.19 Uhr

Als klar ist, dass die Polizisten nicht zum Ehepaar Gaddafi vorgelassen werden, ruft der leitende Polizeioffizier zwanzig Beamte herbei, die ausserhalb des Hotels bereitstehen. Die Verstärkung ist nach bewährtem Muster berechnet: Für jede Person, welche sich der Verhaftung widersetzen könnte, sind zwei Beamte aufgeboden. Die Polizei geht von bis zu acht Bodyguards aus, die «möglicherweise bewaffnet» seien. Im Korridor kommt es zu einem Handgemenge zwischen den zwei Dutzend Polizisten und den beiden libyschen Bodyguards. Die Schweizer Sicherheitsleute verhalten sich ruhig. Einer der Bodyguards wird durch Schläge im Gesicht verletzt, als er einem Polizisten in den rechten Arm beisst. Die beiden Libyer, die entgegen den Befürchtungen nicht bewaffnet sind, werden schnell überwältigt.

Der Sicherheitsdienst des Hotels öffnet die Suite mit einem Passepartout. Rund zwanzig Beamte stürmen mit vorgehaltener Waffe die Zimmer und schreien: «Polizei, zeigen Sie Ihre Hände!» Hannibal kommt eben aus einem Umkleiraum ins Zimmer und leistet keinen Widerstand. Die Polizei fesselt ihn «aus Sicherheitsgründen» mit Handschellen. Sie betont später, sie habe Hannibal die Handschellen im Stehen angelegt und nicht wie üblich «liegend, mit dem Gesicht auf dem Boden».

Mit gezückten Pistolen stürmen Beamte auch ins Zimmer von Aline. Die schwangere Frau liegt mit ihrem dreijährigen Sohn im Bett und beginnt, in Panik zu schreien. Später wird es in einem Polizeibericht heissen: «Die Behörden verstehen und bedauern, dass diese Situation bei Frau Gaddafi grosse Verängstigung und Aufregung auslösen konnte.» Die Libyer



Haftbefehl: Aline Gaddafi.

behaupten in einem Memo vom 5. September 2008, die Beamten hätten Hannibal eine Waffe ans Gesicht gehalten und ihm eine Kapuze über den Kopf gestülpt. Das wird von Schweizer Seite und allen Zeugen bestritten.

Zwei Informationsdefizite der Polizei irritieren: Es hat in der Suite gar keine Bodyguards. Das grosse Aufgebot war also unnötig. Und: Die Polizei ist nicht darauf vorbereitet, dass auch der kleine Sohn in der Suite ist, und weiss erst nicht, was sie mit ihm anstellen soll. Er wird schliesslich in die Obhut von Alines Schwägerin gegeben, die zufällig im Hotel ist.

Dienstag, 15. Juli 2008, 12.33 Uhr

Hannibal wird durch einen Hinterausgang des Hotels geführt und in einem gepanzerten

BERGBAHNEN,
SPA-WELLNESS
INKLUSIVE!

DAS «GROSSE, STILLE
LEUCHTEN»

im spätsommerlichen Engadin erleben.
Grosser SPA-POOL-BEAUTY & Therapie-Bereich –
Kinderclub – Tennis (kostenlos) – Wandern – Golf –
Reiten – Surfen – Biken ...

Zimmer/Frühstück ab CHF 140.- pro Person
Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 18. Oktober 2009

CP CRESTA PALACE
CELERINA HOTEL - SPA

Cresta Palace Hotel CH-7505 Celerina/St. Moritz
Tel. 081 836 56 56, Fax 081 836 56 57, www.crestapalace.ch
H.P.+ E. Herren

Wagen zur Polizeistation gefahren. Seine Frau wird mit einem Rollstuhl zu einer Ambulanz und unter Polizeischutz ins Spital gefahren. Hannibal wird in ein Verhörzimmer gebracht. Er kriegt Getränke, kann auf die Toilette, und ihm wird erlaubt zu rauchen. Er sei nervös und ängstlich gewesen, heisst es im Polizeirapport. Bis um 22.15 Uhr wird er zwei Mal verhört. «Ich wurde erniedrigt», beklagt er sich und bestreitet die Vorwürfe der Hausangestellten. «Ich war nie gewalttätig», behauptet er und vermutet, die beiden Kläger wollten «einfach Asyl in der Schweiz». «Meine Bodyguards hätten mich wecken sollen», sagt er den Polizisten: «Hätten Sie direkt mit mir Kontakt aufgenommen, wäre ich ohne Probleme mitgekommen.» Die Nacht verbringt er im Gerichtsgebäude in einer Arrestzelle.

Mittwoch, 16. Juli 2008, 16.55 Uhr

Untersuchungsrichter Michel Graber verhört Gaddafi, der von mehreren Anwälten begleitet wird, zwei Stunden lang. Dann befragt er kurz Ehefrau Aline zu den Vorwürfen der beiden Hausangestellten. Auch sie bestreitet, je Hand an die Hausangestellten gelegt, sie beleidigt oder bedroht zu haben. Vielleicht sei sie, wohl wegen der Schwangerschaft, «kurz angebunden» gewesen, sagt Aline. Und zur angeblichen Freiheitsberaubung: «Es ist unmöglich, jemanden in sein Hotelzimmer einzuschliessen, denn man kann alle Türen von innen öffnen.» Untersuchungsrichter Graber erlässt

«Hätten Sie direkt mit mir Kontakt aufgenommen, wäre ich ohne Probleme mitgekommen.»

schliesslich zwei Haftbefehle gegen das Paar: wegen einfacher Körperverletzung, Drohung und Nötigung. Den Vorwurf der Freiheitsberaubung lässt er fallen.

Donnerstag, 17. Juli 2008

Der Geschäftsträger der libyschen Botschaft darf Hannibal Gaddafi besuchen. Zwei Stunden später, um 17.25 Uhr, wird Hannibal gegen eine Kaution von 200 000 Franken und Aline gegen eine Kaution von 300 000 Franken freigelassen.

Anfang September 2008

Die beiden Hausangestellten ziehen ihre Anzeigen gegen das Ehepaar Gaddafi zurück. Sie erhielten zuvor von unbekannter Seite eine «angemessene Entschädigung» und aus humanitären Gründen eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in der Schweiz.

Der Genfer Generalstaatsanwalt Daniel Zappelli stellt darauf das Strafverfahren ein. Eine leichte Körperverletzung und eine Drohung, sagt Zappelli, seien schliesslich «keine Offizialdelikte».

Bundesrat

«Alles verkachelt»

Von Markus Somm — Micheline Calmy-Rey hat ein Jahr lang versucht, die Schweizer Geiseln freizubekommen. Ohne Erfolg. Umso wirkungsvoller distanzierte sie sich von Hans-Rudolf Merz.



Spektakulärer Bruch der Kollegialität: Aussenministerin Calmy-Rey.

Der Bruch der Kollegialität war spektakulär. Und wäre Micheline Calmy-Rey nicht eine linke Frau aus Genf, sondern ein rechter Mann aus Appenzell – man hätte ihr den Rücktritt nahegelegt. Noch während Bundespräsident Hans-Rudolf Merz am Freitag an einer Pressekonferenz die Journalisten über seine Reise nach Libyen informierte, distanzierte sich das Aussendepartement von Calmy-Rey (SP) offiziell vom Abkommen, das Merz (FDP) am Tag zuvor in Tripolis unterzeichnet hatte. Per SMS erhielten verschiedene Medienleute den Hinweis: «Dfae direktion für völkerrecht hat gestrigen vertrag vor der unterzeichnung nicht gesehen», Absender unklar. Riefen die Journalisten im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an und fragten nach, erhielten sie mehr oder weniger immer das gleiche autorisierte Zitat: «Der Vertrag, so wie er ausgehandelt und unterzeichnet worden ist, war weder mit der Vorsteherin des Departements noch mit der Direktion für Völkerrecht abgesprochen.» Man musste den Eindruck erhalten: Merz hat den Verstand verloren. Ohne mit dem EDA geredet zu haben, flog der Appenzeller in die libysche Wüste und liess sich von einem Beduinen, der mehr von Völkerrecht verstand als Merz, über das niedrige Tischchen ziehen. Das Zitat war sehr wohlformuliert, so dass es nicht falsch war und

trotzdem die schweizerische Öffentlichkeit in die Irre führte.

Tatsächlich hatte Merz in stetem Kontakt mit dem EDA gestanden, ebenso mit der Direktion für Völkerrecht, einer Abteilung des Aussenministeriums, seit er sich Anfang Juni ins Dossier Gaddafi eingeschaltet hatte. Noch am 14. August 2009, also wenige Tage vor der Reise Merz', hielt die Direktion für Völkerrecht in einer «Notiz an die Departementschefin» fest, wie sie den Vertragsentwurf, den die Libyer damals vorgelegt hatten, beurteilte.

Es war nicht der erste Entwurf. Der Laune eines bizarren Diktators unterworfen, hatte die libysche Seite ihre Position immerzu geändert, mit neuen Forderungen ergänzt oder verworfen, was sie vorher zugestanden hatte. Die Völkerrechtler hielten den Vertrag «in dieser Form» für «inakzeptabel» und machten Vorschläge, wie er abzuändern wäre. Vergleicht man diesen kommentierten Entwurf mit dem ausgehandelten Vertrag, fallen zwar ein paar Differenzen auf, wo Merz offensichtlich nachgegeben hatte. Es stechen jedoch auch Punkte ins Auge, in denen Merz genau das erreicht hatte, was vom EDA verlangt worden war.

Der heikelste Punkt ist die Entschuldigung. Seit Beginn der Krise zwischen Libyen und der Schweiz war allen Beteiligten klar, dass die Familie Gaddafi vor allen Dingen eine Entschul-

digung wünschte: Dass Hannibal Gaddafi, ein Sohn des grossen Muammar al-Gaddafi, der Herr Libyens, in Genf verhaftet worden war, kam einer Majestätsbeleidigung gleich. Eine Sache der Ehre. Für die Schweiz, genauer: die Genfer Behörden, die, nach dem Buchstaben des Gesetzes beurteilt, vermutlich nichts Unrechtes getan hatten, war diese Forderung schwer zu schlucken. Doch als wenig später Libyen faktisch zwei Schweizer Geiseln nahm, war ebenso klar, dass der Spielraum eng geworden war. Mit einem Unrechtsstaat über Recht zu verhandeln, ohne Recht zu beugen, ist eine fast unlösbare Aufgabe.

Semantischer Glaubenskrieg

In ihrem Kommentar lehnten die Völkerrechtler des EDA eine Entschuldigung zwar nach wie vor ab, wie es der Position der Schweiz seit gut einem Jahr entsprach: «Akzeptabel wäre aus unserer Sicht ein Ausdruck des Bedauerns.» Aber so strikt waren sie nicht, wie es heute von Leuten aus dem Umfeld von Calmy-Rey dargestellt wird: «Allenfalls (als letzte Konzession)», räumten die Völkerrechtler ein, «eine Entschuldigung für die durch die Verhaftung entstandenen Unannehmlichkeiten für Hannibal Gaddafi und seine Familie». Merz ging darüber hinaus, ohne Frage, aber ob es wirklich ein so weiter Schritt ins juristische Niemandsland gewesen war? Als «Wortklaube-reien» bezeichnete FDP-Präsident Fulvio Pelli den semantischen Glaubenskrieg, der ausgebrochen war um die Frage, ob «Bedauern» oder «Entschuldigen» angebracht wäre. Wenn man bedenkt, dass es darum ging, zwei Schweizer freizubekommen, die sich seit gut einem Jahr unfreiwillig in Libyen aufhalten, hat er recht. Das Motiv von Merz stimmte. Zumal er viele andere Forderungen der Libyer, die das EDA abgelehnt hatte, erfolgreich zurückwies. Libyen verlangte eine Wiedergutmachung von 20 Millionen Euro, darauf verzichtet es nun. Libyen drang darauf, dass die «Verantwortlichen» für die Verhaftung von Hannibal «suspendiert» würden, bis das Schiedsverfahren beendet ist, das die Schweiz zugestanden hat. Davon steht nichts mehr im Abkommen. Schliesslich wollte Libyen der Schweiz die gesamten Kosten des Schiedsverfahrens aufbürden, jetzt werden sie von beiden Parteien getragen.

Dass Merz im Alleingang ohne Absprache und ohne den Sachverstand der Experten des EDA ein katastrophales Ergebnis nach Hause gebracht hätte: davon kann keine Rede sein. Im Übrigen waren der Geschäftsträger der schweizerischen Botschaft (EDA) sowie eine diplomatische Beraterin (EDA) sowie der für diese Region zuständige Abteilungsleiter (EDA) bei den Verhandlungen dabei. Merz hatte bloss seine Pressesprecherin mitgenommen.

Man reibt sich die Augen: Was hat Calmy-Rey dazu getrieben, derart unkollegial über

ihren Kollegen Merz herzufallen? Denn wer die Gebräuche im Bundeshaus kennt, weiss ziemlich genau, wer welchen Journalisten das Gift weitergereicht hatte – und ist sich im Klaren, welche Verheerungen ein wohlformuliertes, autorisiertes Zitat anrichten kann. Merz wurde bereits angezählt.

Calmy-Rey und das EDA standen unter enormem Druck, seit die Geiselaffäre begonnen hatte. Diplomaten arbeiteten Überstunden, doch die Wochen verstrichen, ohne dass man auch nur einen Millimeter im libyschen Treibsand weitergekommen wäre. Bald verlangte Tripolis nach dem Bundespräsidenten – vielleicht unter der falschen Annahme, es handle sich dabei um einen Chef der Aussenministerin, vielleicht um die Genferin zu demütigen. Verhandeln mit einer Diktatur ist anspruchsvoll, weil die Gegenseite maximal unflexibel ist: Libysche Diplomaten mussten sich vorsehen, keinen Fehler zu machen, um den kapriziösen Chef im Zelt nicht zu reizen, weil für sie im Gegensatz zu einem EDA-Mitarbeiter die Konsequenzen hätten tödlich sein können. Im Juni war Calmy-Rey am Ende.

Pannen-Besuch

Noch im Mai war sie mit den Ehefrauen der beiden Geiseln und einem Arzt nach Tripolis geflogen, in der Hoffnung, die beiden nach Hause bringen zu können. Stattdessen musste sie ohne Ergebnis wieder abziehen – nachdem sie eine Panne ihres Flugzeugs länger festgehalten hatte als gewünscht. In Diplomatenkreisen sprach man von einem Fiasko: Calmy-Rey, hiess es, habe «alles verkachelt». Ob das für sie oder gegen sie spricht, ist schwer zu entscheiden, doch der Misserfolg blieb an ihr, einer eiteln Politikerin, kleben. Im Bundesrat wurde entschieden, das Dossier Merz zu übergeben, nach dem die Libyer schon lange verlangt hatten. Monatelang, so hört man aus dem Bundeshaus, habe sich Calmy-Rey dagegen gestraut. Aus Verärgerung über diese Obstruktion soll der Schweizer Botschafter in Tripolis sich in die Pensionierung geflüchtet haben.

Jetzt unterliefen Merz die Fehler, die ihn fast um sein Amt gebracht hätten. Er versäumte es, sich vom Bundesrat ein klares Verhandlungsmandat geben zu lassen, in dem im Detail festgelegt worden wäre, wie weit er gehen konnte. Insbesondere hätte man definitiv entscheiden müssen, ob eine Entschuldigung drinliegt oder nicht. Stattdessen liess man alles offen – aus Naivität oder aus Bequemlichkeit. Es dürfte dem Bundesrat schwerfallen, Merz einen Vorwurf zu machen. Das Mandat, das er hätte strapazieren können, gab es nicht. Merz hatte den Auftrag alles dafür zu tun, die beiden Schweizer zu befreien. Kommen sie frei, wird niemand mehr Fragen stellen. Und Calmy-Rey, die fast alle Medien für ihre Vendetta gegen Merz eingespannt hat, wird mit einer weiteren Niederlage vom Feld gehen. ○

Schweiz

Die Versuchung

Von Urs Paul Engeler — Die Rolle des Bundespräsidenten darf auf keinen Fall gestärkt werden.

Die Sätze, mit denen Hans-Rudolf Merz sich vor den Medien die Kompetenz für den libyschen Kamelhandel zusprach, klangen trotzig bis heroisch: «In diesem Jahr bin ich der Bundespräsident!» Und: «Es galt, einen Führungsentscheid zu treffen. Ich habe ihn gefällt und übernehme dafür die volle Verantwortung mit all ihren Konsequenzen.» Faktisch sind die Worte naiv oder arrogant oder beides. Denn der schweizerische Bundespräsident ist für nichts von Belang zuständig. Das ist auch gut so.

In ihren Anfängen war die Schweizerische Eidgenossenschaft noch mit einem importierten Systemfehler behaftet: Der jeweilige Bundespräsident übernahm im Amtsjahr das Aussenministerium (damals «Politisches Departement» genannt) und verkörperte so, zumindest nach aussen, offiziell das helvetische Staatswesen, wie andere Präsidenten ihr Land. Allerdings stutzten die nüchternen republikanischen Kräfte diese monarchisch anmutende Sonderrolle rasch, die gar nicht zum föderalistischen Bürgerstaat passte und Mentalitäten und Traditionen des Landes verletzte. Seit 1887 gilt unzweideutig: Staatsoberhaupt ist der Gesamtbundesrat; er empfängt die Staatsgäste auch in corpore. Der Bundespräsident hat die Sitzungen des Kollegiums zu leiten, also das Funktionieren der Regierung zu garantieren und etwas Feierlich-Aufmunterndes zum Neujahr, zum 1. August oder zum Tag der Kranken zu sprechen, mehr nicht. Um die administrative Funktion des Primus inter Pares zu unterstreichen, entwickelte sich gar das ungeschriebene Gesetz, wonach der Bundespräsident in seinem Amtsjahr keine Auslandsreisen tätigt. Die Schweiz macht keine Staatsbesuche.

Kleine Egomane

Gänzlich frei von den Versuchungen der Eitelkeit waren die helvetischen Bundespräsidenten indes nie. Auch wenn sie nicht mehr die Schweiz nach aussen vertreten konnten, so lauerten sie doch auf günstige Gelegenheiten, um sich die Erwähnung in einer Fussnote der grossen Geschichte zu sichern. Kurt Furgler (CVP) etwa liess sich 1985 in Genf mit den Präsidenten der UdSSR und der USA, Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, als Teil einer weltpolitischen Dreifaltigkeit feiern und ablichten. Schaden entstand dem Land durch solche Aktionen kaum, Nutzen auch nicht.

Erst in der Neuzeit kehrten kleine Egomane von der bewährten Tradition ab. Den

Tabubruch leitete Adolf Ogi (SVP) ein, als er 1993 turnusgemäss erstmals als Präsident amtierte. Der Kandersteger Aufsteiger, gefangen in der Obsession seines Minderwertigkeitskomplexes, erlag der Verlockung einer Einladung des österreichischen Präsidenten Thomas Klestil, liess sich in Wien als schweizerisches Staatsoberhaupt befeiern und kam auf den Geschmack. Als erster Bundespräsident flog er durch die ganze Welt: nach Brüssel, Paris, Vaduz, Salzburg, in die USA, nach Madrid zu König Juan Carlos oder auf Mauritius, um die Schweiz am Frankophonie-Gipfel offiziell zu vertreten. Die Peinlichkeiten folgten dem Überforderten von Destination zu Destination. In Paris setzte er sich laut für das Blair-House-Abkommen zwischen der EU und den USA ein, das die Schweiz gar nicht tangierte. Nach einem Treffen mit US-Präsident Clinton erklärte er, die Hillary und nicht etwa der Bill habe die Hosen an. Das Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Jelzin und Clinton, das Ogi unter allen Umständen hatte arrangieren wollen, kam dann nicht zustande.

Die abenteuerlichen Aktionen des Bundespräsidenten Ogi, der mit seinen Anmassungen irritierte und die Position der Schweiz schwächte, wurden hierzulande als aussenpolitischer Aktivismus und Zeichen der «Öffnung» beklatscht. Das neue Modell des präsidialen Aktivismus hatte sich etabliert; zurückhaltende Präsidenten wie Otto Stich (SP), Arnold Koller



Aussenpolitischer Aktivismus: Adolf Ogi.

(CVP) oder Kaspar Villiger (FDP) vermochten das Rad nicht mehr zurückzudrehen.

Die schleichende Amtsanmassung bekam mit Pascal Couchepin (FDP) einen institutionellen Charakter. Der Walliser, der so lange hatte warten müssen, bis er politisch etwas wurde, verwirklichte sich zehn Jahre nach Ogi wiederum weltweit als Präsident der Eidgenossen. Auf Amtspapier sagte «Roi Pascal» Begegnungen an mit dem «französischen Amtskollegen Jacques Chirac» im Elysée, ebenso Reisen zum deutschen Bundespräsidenten und «Amtskollegen» Johannes Rau oder zu «collega» Azeglio Ciampi, dem Präsidenten der Republik Italien. Letztes Jahr schrieb Couchepin, wiederum ausdrücklich als «Präsident» der Schweiz, Gaddafi einen Brief, um eine Lösung des schwelenden Konfliktes herbeizuführen. Möglicherweise hat er damit die fatale Entwicklung der Affäre beschleunigt.

Denn nicht die Selbstüberschätzung der biedereren Minister, die für ein Jährchen das Präsidentchen spielen, ist das Problem, sondern das unselige Signal, das sie in alle Welt senden: Die Selbstdarstellungen erwecken im Ausland den Eindruck, die Schweiz habe doch ein Staatsoberhaupt, eine Instanz über dem Bundesrat, einen Mann oder eine Frau mit Sonderkompetenzen, einen satisfaktionsfähigen Ansprechpartner für gewählte und tyrannische Staatshäupter.

Mittlerweile glaubt dies die Landesregierung offenbar selbst. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Bundesrat im Juni dieses Jahres das Dossier «Gaddafi» der erfolglosen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) entzog, den Fall zur «Chefsache» erklärte und den Vorsitzenden mit dieser Mission betraute. Wie viele Schweizer Politiker, die zum Bundespräsidenten aufsteigen, verlor auch der Ap-



Irrlichternder Präsident: Hans-Rudolf Merz.

penzeller Hans-Rudolf Merz die Bodenhaftung, steigerte er sich in die Rolle eines Mini-Sarkozy hinein, der vor zwei Jahren mit 290 Millionen Euro aus der EU-Kasse in Tripolis zum Tode verurteilte bulgarische Krankenschwestern freibekommen hatte, trieb er sich im Machtwahn zu einer mutigen Tat.

Fortgesetzte Amtsanmassungen

Auch wenn die beiden Geiseln in ihre Heimat zurückkehren, hat Merz' Soloflug nach Afrika die Souveränität der Schweiz nachhaltig beschädigt. Er unterzeichnete einen Vertrag, der sowohl schweizerischem Recht (Kantonsautonomie) wie dem Völkerrecht (Sonderbehandlung libyscher Staatsbürger) widerspricht und der das Land der Lächerlichkeit preisgibt. Der Präsident, der sich selbst überschätzte und einmal ein richtig wichtiger Staatshäupter sein wollte, hat die Schweiz in eine fatale Lage manövriert.

Der schlimme Tripolis-Trip ist der vorläufige Höhepunkt der fortgesetzten präsidialen Amtsanmassungen. Der Unfall beweist, dass die immer wieder erhobene Forderung nach einer Stärkung der Rolle des Bundespräsidenten, nach einem Ausbau seiner Kompetenzen und der Prolongierung seiner Amtszeit, genau der falsche Weg ist. Ein irrlichternder Präsident ist kein Ersatz für einen schlecht funktionierenden Bundesrat, sondern nur dessen Abbild.

Der Bundespräsident hätte, wie es Tradition und Verfassung (Art. 176) verlangen, als Coach mit strenger Hand die Arbeit des Kollegiums zu optimieren und nicht mit halsbrecherischen Manövern allfällige Fehler der Ministerien auszubügeln. Jettet er wie Merz als eingebildeter Troubleshooter durch Länder und Lüfte, dann hat er in seinem Job versagt. ○

suche.ch
Das Schweizer Internet-Portal
jetzt noch besser!
einfacher - schneller - genauer

schon besucht?

schoenheit.ch
coiffeursalons.ch
nagelstudios.ch
kosmetikstudios.ch
ausflüge.ch
lastminutereisen.ch
onlineshops.ch
wetterbericht.ch

Kapital für den Aufschwung

Von Kurt Schiltknecht — Wenn es wieder aufwärtsgeht, kommen sich öffentliche Hand und private Wirtschaft in die Quere. Schulden treiben die Zinsen, und das erschwert die Kreditbeschaffung.



Untaugliche und kostspielige Versuche: Autoindustrie.

Vor rund einem Jahr drohte das internationale Bankensystem zusammenzubrechen. Das Gespenst einer Weltwirtschaftskrise ging um, und beinahe im Stundentakt wurden die Prognosen für das Wirtschaftswachstum nach unten revidiert. Doch einmal mehr haben sich dank der massiven Eingriffe der Notenbanken und Regierungen die Horrorszenerien der chronischen Schwarzmalerei als falsch erwiesen. Auch wenn im Bankensystem noch viele Probleme einer Lösung harren, kann heute ein Zusammenbruch des internationalen Bankensystems ausgeschlossen werden. Die aggressive Geldpolitik und staatliche Garantien für notleidende Banken stabilisierten die Finanzmärkte und schufen insbesondere in den Vereinigten Staaten die Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Wirtschaft. Damit ist auch die Gefahr einer schweren und langanhaltenden Weltwirtschaftskrise vom Tisch. Der Einfluss der monetären und fiskalpolitischen Massnahmen schlägt sich inzwischen auch positiv in einzelnen Wirtschaftszahlen nieder. Für Euphorie ist es noch zu früh. Zum einen wird die Überwindung der Rezession vor allem in Europa noch einige Zeit beanspruchen. Da die Beschäftigung mit Verzögerung auf die Wirtschaftsentwicklung reagiert, wird die Arbeitslosigkeit vorerst hoch bleiben oder noch zunehmen. Zum anderen stehen

wichtige Entscheidungen der Notenbanken und der Regierungen an, die für das langfristige Wachstum zentral sind. So müssen die Fiskal- und die Geldpolitik rasch normalisiert werden. Ein Festhalten am bisherigen geld- und fiskalpolitischen Kurs würde das langfristige Wachstum und die Preisstabilität gefährden.

In fast allen Ländern ist die Fiskalpolitik aus dem Ruder gelaufen. Die Defizite der öffentlichen Hand haben unvorstellbare Dimensionen erreicht. Sämtliche Dämme gegen zu hohe Staatsausgaben und Defizite scheinen gebrochen zu sein. Die Politiker nutzen die Gunst der Krise, um mit zusätzlichen Ausgaben Stimmung bei ihren Wählern zu machen. Selbst Strukturpolitik ist nicht mehr tabu. Was sich im Bereich der Autoindustrie abspielt, erinnert an die untauglichen und kostspieligen Versuche von Deutschland und Frankreich in den sechziger Jahren, mit Subventionen den Niedergang des Kohlebergbaus zu verhindern. Die Politiker wären gut beraten, wenn sie die Versuche aufgäben, mit staatlichen Geldern einmal erfolgreiche Industriezweige am Leben zu erhalten. Viel besser wären niedrigere Steuern, denn dies schafft den Unternehmen Spielraum zur Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik ist zu sehr auf die Erhaltung statt auf die Schaffung neuer Strukturen ausgerichtet. Vor allem während einer Re-

zession sollte darauf geachtet werden, dass die für ein hohes Wachstum notwendigen Anpassungen erleichtert werden. Unter dem Eindruck steigender Arbeitslosigkeit wird leider oft das Gegenteil gemacht und insbesondere die für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung erforderliche Flexibilität im Arbeitsmarkt eingeschränkt.

Politiker lieben Strukturermassnahmen, weil sie oft kurzfristig gut beobachtbare positive Wirkungen aufweisen. Um deren langfristige Kosten kümmert sich dagegen kaum jemand. Das Gleiche lässt sich für übersetzte Staatsausgaben und Budgetdefizite sagen. Solange die Rezession anhält, überwiegen die positiven Wirkungen, und die Finanzierung der Defizite stellt kein unüberwindbares Hindernis dar. Sobald sich aber die Wirtschaft belebt und die Notenbanken die geldpolitischen Zügel straffen müssen, kommen sich öffentliche Hand und Wirtschaft auf den Kreditmärkten in die Quere. Die Finanzierung der öffentlichen Schulden treibt die Zinsen in die Höhe und erschwert der Wirtschaft die Kreditbeschaffung. Dadurch fehlt ein Teil des für ein hohes nachhaltiges Wirtschaftswachstum erforderlichen Kapitals. Da die meisten Länder zurzeit keine Anstalten machen, ihre Fiskalpolitik in Ordnung zu bringen, wird in den nächsten Jahren das Wirtschaftswachstum in diesen Staaten bescheiden bleiben.

Auszeichnung für den Bundesrat

Eine löbliche Ausnahme bildet die Schweiz. Vor allem der Bundesrat liess sich von der allgemeinen Krisenhysterie kaum anstecken, und die Konjunkturprogramme hielten sich einigermaßen in Schranken. Dass sich der Bundesrat bereits jetzt Gedanken darüber macht, wie die rezessionsbedingten Steuerausfälle durch Sparmassnahmen wettgemacht werden könnten, zeichnet ihn zusätzlich aus. Wenn es gelingt, die Staatsausgaben und die Defizite weiterhin in Schranken zu halten, können in der Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Industrieländern grosse Steuererhöhungen vermieden werden. Davon kann der Wirtschaftsstandort Schweiz in den kommenden Jahren stark profitieren. Ein erfolgreicher Steuerwettbewerb beginnt nicht mit der Schaffung von Speziallösungen für ausländische Gesellschaften oder reiche Ausländer. Auf die Dauer sind nur eine sinnvolle Beschränkung und ein effizienter Einsatz der Staatsausgaben erfolgversprechend. Ein solches Vorgehen hat zudem den Vorteil, dass die OECD nichts dagegen einwenden kann.



Kurt Schiltknecht

Volkswirtschaftler, ausserordentlicher Professor an der Universität Basel und Verwaltungsrat.

Löst China die USA ab?

Von Hansrudolf Kamer — Seit 1918 wird der Niedergang Amerikas debattiert, nie traf er ein. Auch nach der Finanzkrise beherrscht China die Welt nicht. Der Westen ist stärker, als er sich fühlt.



Dominanz untergraben: Chinas Vize-Premier Wang Qishan und US-Finanzminister Geithner.*

Um die Globalisierung ist es still geworden. Nach dem grossen Aufschwung in den neunziger Jahren und im neuen Jahrtausend verursachte sie die erste Rezession globaler Dimension seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Vernetzung, Schnelligkeit, Gleichzeitigkeit, Automatismen und die ökonomistische Tunnelsicht wirkten negativ. Nun sind zwar Erholungszeichen sichtbar, die Talsohle ist vielleicht im Blickfeld. Doch die drei grössten Wirtschaftsräume der Welt, Amerika, die EU und Japan, sind nicht in der Lage, einen normalen zyklischen Aufschwung mit Ausstrahlungskraft für andere Länder zu generieren.

Dieses Unvermögen ist, so wird in Denkfabriken spekuliert, Ausdruck geopolitischer Machtverlagerungen. Nur welcher? Ist Amerika, ist der Westen auf dem absteigenden Ast? Über den amerikanischen Niedergang wird seit 1918 nachgedacht, dem Zeitpunkt, als der eigentliche Aufstieg für alle sichtbar eingesetzt hatte. Die Lehre aus der Geschichte ist vielmehr, dass Aufstieg und Fall der Mächte relative Phänomene sind. Ein Niedergang ist nur dann signifikant, wenn Konkurrenten aufsteigen oder ihre eigene Position halten. Der globale finanzielle und wirtschaftliche Einbruch traf aber alle – nicht alle gleich, doch alle deutlich. Das liegt im Wesen der Globalisierung.

Wer die Welt rein machtpolitisch unter die Lupe nimmt, ein selten gewordenes Vergnügen, stellt fest, dass Amerika und der Westen global präsent sind wie nie zuvor. In Afghanistan sind soeben unter ihrem Schutz Präsidentenwahlen über die Bühne gegangen, nicht stubenreine zwar, aber besser als gar keine. An der Zielrichtung jedenfalls war nicht zu zweifeln. Im Irak schreitet die Konsolidierung fort, trotz periodisch wiederaufflammender Bombengewalt. Amerika wird sich hier geordnet und stufenweise zurückziehen – was es immer vorhatte. Die USA sind nun einmal keine imperialistische Macht europäischen Zuschnitts, was schuldbewusste Altkontinentler oft bestreiten.

Kulturelle Unverträglichkeiten

In vielen Regionen der Welt ist der Westen dominant geblieben. Dieser ist selbst zwar keine kohärente Grösse. Denkt man an so merkwürdige Leitfiguren wie Obama, Sarkozy, Merkel und Berlusconi, so ahnt man warum. Gesinnungsgenossen wie Australier und Neuseeländer und der Interessenpartner Japan gehören dazu. Ein Zusammenspiel unter ihnen allen ist trotz kultureller Unverträglichkeiten unverkennbar. Das Verhältnis Amerikas zu China ist zwar so schlecht nicht – beide Präsidenten Bush haben hier viel Gutes getan. Dennoch ist China antagonistisch und revisionistisch ge-

blieben, während die Beziehungen zu Japan auf ganz anderen Fundamenten ruhen.

Die strategische Zielrichtung der westlichen Nationen ist immer noch die gleiche. In Afghanistan tragen zwar die Amerikaner die Last – nicht die Franzosen, nicht die Deutschen. Die Nato firmiert nur als politischer Generalunternehmer, denn Bündnisse haben ihren Wert über das aktuelle Geschehen hinaus. Die Amerikaner denken an ihre begrenzten Ressourcen in einer Welt, von der sie wissen, dass sie multipolar war, ist und sein wird. Komplex und diffus wie eh und je sind die realen Machtverhältnisse.

Das grosse, materialistische China, das vitale, vielgestaltige Indien, das neurotisch nostalgische Russland sind alles grosse Nationen, die mit ihrer Geschichte noch keinen Frieden geschlossen haben. Es ist möglich, dass sich in fünfzig oder hundert Jahren globale politische Schwergewichte in Richtung dieser Mächte verschoben haben werden. Doch so weit sind wir nicht. Die Geschichte ist bekanntlich zu spontanen Reaktionen fähig, die jede Strategie durchkreuzen und jede extrapolierende Zukunftsschau zuschanden machen.

China gelingt es nicht einmal, den armen Nachbarn Nordkorea zu bändigen, was wohl in seinem Interesse läge. Russland hat seine heillose Mühe mit den Völkern im Kaukasus, und seine Performance im Krieg gegen Georgien vor einem Jahr war nicht beeindruckend. Indien bringt es nicht zustande, den Terrorismus im eigenen Land auszurotten. Die inneren Spannungen bleiben unübersehbar. Alle diese Mächte stehen auf brüchigem Boden.

Ein Bestandteil ihrer Aussenpolitik zielt darauf ab, den Westen zu ärgern, seine Dominanz zu untergraben. Deswegen spielt Moskau sein Doppelspiel mit der atomaren Aufrüstung des Irans, die nicht in seinem wirklichen Interesse liegen kann. Es ist aus russischer, chinesischer und indischer Sicht an sich legitim, eine gemässigt antiwestliche Strategie zu befolgen, dafür zu sorgen, dass für den Westen die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es beweist aber andererseits die ungebrochene Stärke des Westens. Er ist wesentlich stärker, als er sich fühlt.

So weit die reine Machtpolitik – eine unmoderne Sicht der Dinge. Wirtschaftlich gesehen ist bedenkenswert, dass jene Länder in der Krise besser gefahren sind, die sich etwas von der Globalisierung distanziert haben. Es lohnt sich meistens, Mass zu halten. Der Westen hat sich hier Schwierigkeiten eingehandelt, die noch zu spüren sein werden. Dennoch – die Wirtschaft erklärt nicht alles.



Hansrudolf Kamer

Dr. phil., Experte für internationale Sicherheitspolitik. Ehemals Korrespondent in Stockholm, Jerusalem, Moskau und Washington sowie Auslandchef und stellvertretender Chefredaktor der NZZ.

Juden in die NPD!

Von Henryk M. Broder — Die Präsidentin des Zentralrats möchte die Juden wieder germanisieren. Es wäre eine ehrenvolle Aufgabe, Deutschland vor dem Untergang zu retten.

Die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, hat angekündigt, sie werde sich dafür einsetzen, den Zentralrat der Juden in Deutschland umzubenennen – in Zentralrat der deutschen Juden. Damit solle der Tatsache Rechnung getragen werden, dass es heute wieder «neues jüdisches Leben» in Deutschland gebe.

Nun weiss niemand genau, wie viele Juden heute in Deutschland leben – die Schätzungen reichen von 100 000 bis 200 000 –, als sicher gilt nur, dass es in der Mehrzahl keine deutschen Juden sind, sondern Zuwanderer aus Osteuropa bzw. deren Kinder. Schon deswegen vertritt der Zentralrat die in Deutschland lebenden Juden, von denen nur sehr wenige deutsche Juden sind, wie etwa der Berliner Historiker Julius Schoeps, dessen Vater, der Religionsphilosoph Hans-Joachim Schoeps, zeitlebens ein deutscher Patriot war. Da er als Jude keiner NS-Organisation beitreten durfte, gründete er im Februar 1933 seinen eigenen Verein: «Der deutsche Vortrupp – Gefolgschaft deutscher Juden», in dessen Mitteilungsblatt er schrieb: «Der Nationalsozialismus rettet Deutschland vor dem Untergang; Deutschland erlebt heute seine völkische Erneuerung.» Er plädierte auch für die «Trennung von deutschen und nichtdeutschen Juden» sowie eine «Erfassung aller deutsch bewussten Juden unter einheitlicher autoritärer Führung bei möglichster Umgehung der alten Organisationen». 1938 durfte er nach Schweden emigrieren, um 1946 nach Deutschland zurückzukehren und einen Lehrstuhl für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen aufzubauen.

Auch Hauptmann Leo Löwenstein war deutscher Jude aus Überzeugung. 1919 gründete er den «Reichsbund jüdischer Frontsoldaten» und gab noch im Jahre 1932 ein «Gedenkbuch» zur Erinnerung an die 12 000 gefallenen jüdischen Teilnehmer des Ersten Weltkrieges heraus. In der Einleitung hiess es: «Das edelste deutsche Blut ist das, welches von deutschen Soldaten für Deutschland vergossen wurde.»

In diesem Zusammenhang muss auch der bereits 1893 in Berlin gegründete «Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens» genannt werden, der das Bekenntnis



zur deutschen Nation in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellte. Der CV verstand sich als Gegengewicht zur zionistischen Bewegung, die einen eigenen Staat für die Juden anstrebte.

1935 musste sich der «Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens» auf Drängen der Nazis in «Central-Verein der Juden in Deutschland» umbenennen,

1936 noch einmal in «Jüdischer Central-Verein». Nach der Kristallnacht von 1938 wurde der CV aufgelöst und in die «Reichsvertretung der Juden in Deutschland» überführt.

All das sollte wissen, wer die Geschichte rückgängig machen und die Juden wieder germanisieren möchte. Charlotte Knobloch, die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, weiss es offenbar nicht. Denn sie versteht ihre Organisation nicht als eine Interessenvertretung der Juden, sondern als eine Agentur zur Rettung der Bundesrepublik. Es sei an der Zeit, sagte sie vor kurzem in einem Interview, «die NPD endlich zu verbieten, weil wir sonst in eine Situation kommen, wie sie in der Weimarer Republik 1920 bis 1933 geherrscht hat». Im selben Gespräch stellte sie auch fest: «Wir [gehen] in eine Zukunft, die wir dringend nötig haben.»

Nun gehört der Ruf nach einem Verbot der NPD zum Mantra fast aller Politiker, die sich als Antifaschisten profilieren wollen. Dabei könnte man die schleichende Selbstauflösung der deutschen Kostümnazis wesentlich befördern, wenn der deutsche Verfassungsschutz seine Informanten aus der NPD zurückziehen würde. Noch besser wäre es, wenn deutsche Juden massenhaft der NPD beitreten und das tun würden, was Hans-Joachim Schoeps in den dreissiger Jahren versagt blieb: den Laden von innen aufmischen. So sähe ein echter Dienst am Vaterland aus, origineller und effektiver als das ständige Gejammer über das «Erstarken der Rechten».

An der Schwelle des Übergangs von «Juden in Deutschland» zu «deutschen Juden» wäre es eine ehrenvolle Aufgabe, Deutschland «vor dem Untergang» zu retten. Diesmal wirklich und unverzagt, mit Witz und Chuzpe. Damit wir alle, Christen und Juden, Arier und Vegetarier, fröhlich in eine Zukunft gehen können, «die wir dringend nötig haben».

Gross, Marty, Schwaller, Neiryneck, Walter, Baader, Gutzwiller, Soskas

Stets, wenn Bundesratswahlen drohen, steigt der mehrheitlich im Ausland aktive Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross (ansässig in St-Ursanne) aus dem Flugzeug und in helvetische Niederungen. In aller Eile hat er eine Broschüre («Bundesratswahlen: Keine Casting-show») zusammengestellt, mit der er den Tessiner FDP-Linksaußen-Ständerat Dick Marty, 64, noch in die Regierung schreiben will. Als Co-Autoren zeichnen die Exponenten der Blocher-Abwahl und Anti-Maurer-Koalition, so dass auch der Waadtländer CVP-Nationalrat Jacques Neiryneck, der seinen Fraktionschef Urs Schwaller unterstützen müsste, mit seinem Beitrag zur «helvetischen Machtlosigkeit» zum FDP-Wahlhelfer avanciert. Interessant ist das Gespräch, das Gross mit Fast-Bundesrat Hansjörg Walter (SVP, TG) über die SVP führt. Auf penetrante Suggestivfragen («Aber der Druck, den sie auf Sie ausgeübt haben, war schon enorm.») antwortet Walter stets cool: «Das war eigentlich gar nicht mal so schlimm. [...] Der Druck war ... ganz erträglich.» So irritiert einzig, dass Gross den Namen von SVP-Fraktionschef Caspar Baader (BL) konsequent falsch schreibt. (uqe)

Offenbar ist sich die FDP nicht sehr sicher, ob die Mehrwertsteuererhöhung für die IV wirklich nötig ist. Das Vertrauen in die Kraft des eigenen Arguments scheint gering zu sein: Um an ihrer Delegiertenversammlung die Parole zur Abstimmung zu fassen, führt die kantonalzürcherische FDP ein Streitgespräch durch. Es tritt an – einer der Stars der FDP: Ständerat Felix Gutzwiller (Pro), gegen wen wohl? Gegen einen ähnlich prominenten Vertreter der SVP wie Peter Spuhler oder Toni Bortoluzzi? Gutzwiller, der redengewandte Professor, setzt sich mit Andreas Brönnimann auseinander. Nie gehört? Der fromme Mann ist neuer Berner Vertreter der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU). Noch ist er Grossrat, im September will er in den Nationalrat nachrücken. (mso)

Im Juni 2007 berichtete die *Weltwoche* über Soskas, den Präsidenten des serbischen Dorfes Covdin, der offiziell in Zuchwil SO lebt und dort auch Ergänzungsleistungen bezieht, obwohl er in seiner Heimat eine florierende Autowerkstatt betreibt. IV-Rentner Soskas liess sich von unserem Reporter sogar bereitwillig bei der Arbeit fotografieren. Zwei Jahre später erreicht uns nun die Meldung, dass die Solothurner Behörden dem Mann die Aufenthaltsgenehmigung entziehen wollen. Ob die IV immer noch zahlt, war nicht in Erfahrung zu bringen. Der Datenschutz geht vor. (axb)

Biologistische Unterschiede

Von Christoph Mörgeli

So wie sich unsere Soldaten unbändig auf die Armee XXI freuen, freuen sich unsere Kinder auf den Lehrplan 21. Im 21. Jahrhundert sollen alle Schülerinnen und Schüler aller 21 Deutsch sprechenden Kantone einheitlichen Unterricht geniessen. Der Lehrplan 21 der Volksschule wird selbstverständlich nicht vom Volk gestaltet, sondern von «kleinen Fachbereichsteams». Die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen erfolgt bereits nach «kompetenzorientiertem Lehrplan».

Unlängst waren interessierte Kreise zur Vernehmlassung eingeladen. Mehrere Kantone verlangen Unterricht über «brennende Themen» wie Gender-Bewusstsein, Gleichstellungsthematik, Lebensgestaltung, Geschlechterkompetenz. Die Schwulenorganisation Pink Cross und die Lesbenorganisation Schweiz beantragen, «dass die Schulen das Thema sexuelle Orientierung und Identität auf allen Altersstufen und fächerübergreifend in den Lehrplan 21 aufnehmen». Endlich würde so den Vierjährigen die kompetenzorientierte Geschlechterkompetenz nicht mehr vorenthalten. Endlich verstünde jeder Kindergärtler die Vorteile der trans-, homo- und bisexuellen Partnerschaft.

Die Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten fordert, im Schulzimmer den Geschlechterunterschied nicht «biologistisch» zu begründen, sondern die «strukturelle Benachteiligung» zu erkennen. Der Unterschied der Geschlechter erklärt sich nach Gender-Theorie nicht aus körperlichen Merkmalen. Er ist vielmehr gesellschaftliches Konstrukt, Resultat einer falschen Erziehung, Folge einer gewalthaften Zuordnung schon in den Gebärdkliniken. Dieselben Links-Grünen, die sonst von Natur und Bio-Labels nicht genug kriegen, bekämpfen fanatisch die biologisch gegebenen Unterschiede zwischen Mann und Frau.

Nun soll auch der Lehrplan 21 das Geschlecht zum an- und umerziehbaren Lernprogramm machen. Zwar widerspricht das Gender-Konzept der Erfahrung wie den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. Noch in tausend Jahren werden die Mädchen mit Puppen und die Knaben mit Waffen spielen. Dennoch verbreiten sich die studierten Gender-Spezialisten rascher als die Schweinegrippe – in Verwaltung, Schulwesen und Universitäten. Womit sich wie beim Geschlechterunterschied eine anthropologische Konstante bestätigt: Die grössten Dummheiten vertraten schon immer die Gelehrten, nicht die Grobiane.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Toast auf den Trost

Von Peter Bodenmann — Réduit weg. Panzer weg. Bankgeheimnis weg. Merz kurz weg.



Gescheiterte Wiederbelebung: «Alpenfestung – Leben im Réduit» im Schweizer Fernsehen.

Schweiz I: Das Fernsehen lässt das Réduit auferstehen. Die Gruppe Schweiz ohne Armee regt sich auf. Kaum eingerückt, lassen sich die Offiziere in der Nacht volllaufen. Die armen Soldaten finden im Stroh keinen Schlaf. Und setzen sich mit einem klandestinen Soldatenkomitee zur Wehr. Nicht für mehr Bier, sondern für mehr Nachtruhe.

Schweiz II: 1992 fordert die SP die Reduktion der Armee auf 120 000 Milizsoldaten. Und für die Ängstlichen im Land eine Verdoppelung der Feuerkraft dank hochmobiler Artillerie. Dies alles zum halben Preis. Bis 2019 will Ueli Maurer die Bestände der Armee auf diese 120 000 Soldaten reduziert haben. Und neben den Panzern auch die Artillerie weitgehend verschrotten. Ohne zu sparen.

Schweiz III: Angeleitet durch den Genfer Anwalt Charles Poncet, pilgert Hans-Rudolf Merz klandestin nach Libyen. Muammar al-Gaddafi empfängt ihn nicht einmal. Trotzdem entschuldigt sich der Bundespräsident und schliesst einen in mehrfacher Hinsicht rechtswidrigen Staatsvertrag ab. So darf neu die Genfer Polizei nie mehr einen prügelnenden Libyer verhaften. Merz fliegt ohne Geiseln aus dem Kuckucksnest zurück.

Schweiz IV: Die Schweiz war lange stolz auf ihr Steuerparadies für Steuerhinterzieher. Die SVP wollte dieses System auf ewig in der Verfassung verankern. Jetzt liefert die Schweiz – um die UBS zu retten – 4450 Amerikaner an

die US-Strafbehörden aus. Entweder an das Finanzdepartement oder im Rekursfall an das Justizdepartement. Während sechs Wochen weiss zudem niemand von den gesamthaft 52 000 US-Steuerhinterziehern, ob er zu diesen 4450 gehört. Möglichst alle sollen sich selber beim amerikanischen Steuer-Metzger melden. Die SVP vergisst ihre Initiative zur Rettung des Bankgeheimnisses in den Schubladen.

Schrott von gestern

Die halbwegs aufgeklärte Schweiz kann aufatmen. Die Wiederbelebung des Réduits ist gescheitert. Die Panzer-Armee wird verschrottet. Libyen gewinnt gegen die Schweiz. Und das Bankgeheimnis ist Schrott von gestern.

Wenn wir uns allein und verlassen fühlen, kann man sich auf uns verlassen: Über Nacht werden Mythen zerstört und hehre Grundsätze die Limmat runtergespült. Und alle tun so, als habe sich gar nichts verändert.

Wenn es so weit ist, wird die Schweiz der EU beitreten. Und behaupten, dies sei nur logisch, da sich die EU in der Zwischenzeit der Schweiz angepasst habe. Gar nicht so falsch: Denn nach der Freilassung des Lockerbie-Bombers aus humanitären Gründen lässt sich Gordon Brown von Gaddafi vorführen wie unser Hans-Rudolf Merz. Ein Toast auf diesen Trost.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Neues aus der Provinz

Von Kurt W. Zimmermann — Heute machen wir eine Blattkritik unserer führenden Titel. Sie fällt deprimierend aus.

Eine der ältesten Traditionen auf Zeitungsredaktionen ist die Blattkritik. Zur Blattkritik lädt der Chefredaktor Aussenstehende ein, etwa Manager und Politiker, und bittet sie um eine schonungslose Analyse des eigenen Blattes.

Natürlich tut das niemand. Die Geladenen säuseln sanft, statt schonungslos zu kritisieren. Keiner will es mit der Redaktion verderben.

Dieses Problem haben wir nicht.

Wir kommen also zur heutigen Blattkritik. Ins Visier nehmen wir unsere vier führenden Blätter *Basler Zeitung*, *Berner Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung* und *Tages-Anzeiger*.

Für eine Blattkritik braucht es Qualitätskriterien. Wir nehmen die drei Kriterien, welche die Zeitungsbranche selber als Qualität definiert – Orientierung, Vertiefung und Hintergrund. Orientierung meint die Selektion der wesentlichen News des Tages. Vertiefung meint die Anreicherung der News mit zusätzlichen Recherchen. Hintergrund meint die Einbettung der News in ihren Kontext.

Damit Qualität vergleichbar wird, brauchen wir zudem einen Benchmark. Wir wählen dazu die *Financial Times*, eines der besten Blätter der Welt. Als Stichtag nehmen wir den letzten Freitag, weil an diesem Tag besonders viel los war in Wirtschaft und Politik. Es war der Tag, nachdem die neuste Schweizer Bankenaffäre bekanntgeworden war. Es war der Tag, nachdem die Staatsanwaltschaft die Büros von Porsche durchsucht hatte. Es war der Tag, nachdem der Bund seine UBS-Aktien verkauft hatte.

Kommen wir zuerst zum Kriterium der Orientierung. Die *Financial Times* berichtete an diesem Freitag detailliert über die Anklage des US-Justizministeriums gegen den Zürcher Banker Hansruedi Schumacher und den Anwalt Matthias Rickenbach. Sie hatten ihren Kunden zum Steuerbetrug verholten und dazu sogar das Privatkonto von Schumachers Vater genutzt. Natürlich setzte die *Financial Times* die News auf Seite eins.

Und was taten unsere Schweizer Blätter? *Basler Zeitung*, *Berner Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung* und *Tages-Anzeiger* verschliefen das Thema völlig und schrieben keine Zeile darüber.

Kommen wir nun zum Kriterium der Vertiefung. Die *Financial Times* erklärte an diesem Freitag detailliert die News zur Hausdurchsuchung bei Porsche. Der Autobauer hatte im Jahr 2008 einen Gewinn von 6,8 Milliarden Euro mit dem Handel von VW-Optionen gemacht und nur 1 Milliarde aus dem Verkauf seiner Autos. Natürlich setzte die *Financial*



Kurzmeldung: NZZ-Chefredaktor Spillmann.

Times die News zum vermuteten *insider trading* auf Seite eins.

Und was taten unsere Schweizer Blätter? Die *Neue Zürcher Zeitung* rückte eine Kurzmeldung einer Nachrichtenagentur ein. *Basler Zeitung*, *Berner Zeitung* und *Tages-Anzeiger* verschliefen das Thema völlig und schrieben keine Zeile darüber.

Thema verschlafen

Kommen wir zuletzt zum Kriterium des Hintergrunds. Der Tag, an dem der Bund seine UBS-Aktien verkaufte, war die ideale Gelegenheit für eine Hintergrundstory zum aktuellen Stand bei der Sanierung der Bank. Natürlich berichtete darum die *Financial Times* an diesem Freitag detailliert, wie weit UBS-Chef Oswald Grübel beim Umbau seines Instituts vorangekommen war.

Und was taten unsere Schweizer Blätter? *Basler Zeitung*, *Berner Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung* und *Tages-Anzeiger* verschliefen das Thema völlig und schrieben keine Zeile darüber.

Orientierung, Vertiefung und Hintergrund sind die Merkmale einer Qualitätszeitung. Wenn wir diesen Massstab an unsere führenden Schweizer Zeitungen anlegen, dann ist die schonungslose Bilanz der Blattkritik deprimierend: Im internationalen Qualitätsvergleich sind *Basler Zeitung*, *Berner Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung* und *Tages-Anzeiger* hoffnungslose Provinz.

Die «iPod-nano-Kaufkraft-Statistik»

Von Peter Keller

Reichtum ist relativ. Manchmal sind sogar Hundert Franken relativ viel Geld. Es kommt immer darauf an, in welchem Land diese Hundert Franken gerade spazieren gehen. Oder Taxi fahren. Mit Hundert Franken fahren Sie beispielsweise vom Hauptbahnhof Zürich auf den Üetliberg und wieder zurück (22,2 km). In Nepal bringt Sie der Chauffeur für den gleichen Betrag rund 300 Kilometer weit. Was Sie 300 Kilometer ausserhalb von Kathmandu zu suchen haben, müssen Sie allerdings selber wissen.

Hundert Franken sind also relativ. Wichtig ist, wie lange Sie arbeiten müssen, um diese Hundert Franken zu verdienen. In Nepal beträgt das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf rund 420 Franken. In der Schweiz sind es 68 000 Franken. Da denkt man sich instinktiv: Lieber für eine Fahrt auf den Üetliberg Hundert Franken hinblättern als in Nepal 300 Kilometer herumkurven für ein Viertel des jährlichen BIP pro Kopf.

Damit aus Instinkten harte Fakten werden, legt die UBS jedes Jahr eine Studie vor, in der Preise und Löhne von 73 Städten weltweit miteinander verglichen werden. Um das Hundert-Franken-Taxi-Problem zu lösen: Zürich und Genf zahlen die höchsten Nettolöhne. Wie aber steht es um die effektive Kaufkraft? Anschaulich wird der Lohnvergleich erst, so die UBS, wenn berechnet wird, wie viel Arbeitszeit für «ein möglichst einheitliches und überall in derselben Qualität verfügbares Produkt» zu leisten ist. Da der St.Galler Schübli, eine Wurstspezialität, in Jakarta oder Moskau relativ schwer zu beschaffen ist, wichen die UBS-Ökonomen auf den Big Mac aus. Kaufkraftbereinigt muss ein Schweizer Durchschnittsverdiener 15 Minuten für einen Big Mac arbeiten. In Rom sind es schon 27, in Nairobi 158 Minuten. Ein Schweizer kann sich täglich 36 Big Macs leisten – ein Kenianer 3.

Was aber ist der ultimative Big Mac unter den Gebrauchsgegenständen? Zufall oder eher glückliche PR-Fügung: Die UBS erachtet für ihren Vergleich den iPod nano (mit 8 GB Speicher) als «hervorragend» geeignet. Diesem Umstand verdanken wir die Wortschöpfung namens «iPod-nano-Kaufkraft-Statistik». Das nette Freizeit-Accessoire kostet einen Zürcher neun Stunden Arbeit. Ein Nepalese muss dafür das halbe Jahr schufteten. Und spart nicht einmal beim Taxifahren.

Im Internet

www.weltwoche.ch/wortkontrolle

Leserbriefe

«Selbst der biederste Versandhauskatalog bietet auf seiner Bikini-Seite nur noch pures Silikon feil.» *Jasmina Milincic*



Kollektivbewusstsein: Weltwoche-Hommage an die Schweizer Frauen.

Beängstigender Schönheitsdruck

Nr. 34 – «Ikonen der Natürlichkeit»/
«Banken, Frauen»; Philipp Gut, Peter Keller
und Roger Köppel über schweizerische
Schönheiten

Etwas befremdet hat mich Roger Köppels Aussage im Vorwort, dass ein schöner Mann niemals dieselbe Wirkung erzielen wird wie eine schöne Frau, wo doch Michelangelos David bereits mehrere hundert Jahre auf dem Buckel hat, ganz zu schweigen von der Schwemme an steinernen Männer-Schönheiten aus der Antike, welche alle sehr präsent in unserem Kollektivbewusstsein haften. Nun, heutzutage hat der Schönheitsdruck auf die Männer bereits beängstigende Ausmasse angenommen, da muss man sich selber wohl gelegentlich so eine biosoziale Erklärung basteln, um sich ein we-

nig Erleichterung zu verschaffen. Ich finde es aber grundsätzlich legitim, wenn man die natürliche Schönheit von Ursula Andress im Bikini lobpreist; wer weiss, wie lange man so was – der Medizin-Technik sei Dank – noch zu Gesicht kriegen wird. Bereits heute bietet selbst der biederste Versandhauskatalog auf seiner Bikini-Seite nur noch pures Silikon feil.

Jasmina Milincic, Zermatt

Hat Herr Kuhn die Schönheit von Schweizerinnen bezweifelt? Nein, er hat nur gemeint, sie könnten sich etwas mehr pflegen und sich dem jeweiligen Anlass gemäss anziehen. Und hat er da nicht recht? Und die Männer? Hier sieht es teilweise geradezu verheerend aus. Machen Sie doch die Probe aufs Exempel. Zählen Sie an der nächsten Beerdigung die unra-

sierten Gesichter, die ungepflegten Haarschöpfe, natürlich die ungeputzten Schuhe oder gar Turnschuhe zusammen, und vergessen Sie auch nicht die Lederjacken, die Jeans und die Holzfällerhemden in die Liste aufzunehmen. Sie kommen auf eine beachtliche Zahl. *Edi Rey, Romanshorn*

Auch Kernenergie wurde subventioniert

Nr. 34 – «Der grün-industrielle Komplex»/
«Ökologischer Alptraum»; Alex Baur und
Peter Burkhardt über Öko-Strom

Natürlich fallen Wind- und Sonnenenergie unregelmässig an. Zum Ausgleich dieser Energiequellen haben wir die Pumpspeicherwerke (z. B. am Grimsel): Bei hoher Stromproduktion wird Wasser hochgepumpt, bei geringer runtergelassen. Zudem mokiert sich Alex Baur über die Staatssubventionen für Öko-Strom. Dabei vergisst er, dass auch die Kernenergie zu Beginn massiv subventioniert wurde und ansonsten nie Marktreife erlangt hätte. Sie wird faktisch immer noch subventioniert, nämlich dadurch, dass die Risiken nicht versichert sind und eine Lösung zur Endlagerung der Abfälle ebenfalls nicht in Sicht ist. Diese Kosten trägt schlussendlich der Staat. *Jan Flückiger, Bern*

Es ist unverständlich, dass vom Bund keine Forschungsgelder freigemacht werden, um das angesammelte Plutonium weiter zu verbrennen, anstatt es Tausende von Jahren tiefzulagern. Forschungen am Kurtschatow-Institut in Moskau, die soeben verkündete Zusammenarbeit von Areva mit der Kleinfirma Thorium Power sowie die Stilllegung des Yucca-Mountain-Endlagerprojekts in den USA weisen darauf hin, dass solche Technologien in Griffweite rücken. Lediglich in der Schweiz scheint das niemanden zu interessieren. Voraussichtlich werden wir mal von Frankreich oder von einem der BRIC-Länder solch neue Techniken einlizenzieren müssen. *Urs Heinemann, Basel*

Opposition gegen Alternativenenergien scheint ein Kernthema der Weltwoche zu sein; hoffentlich liegt dies nicht am Begriff «alternativ»,

AHV plündern - Steuern erhöhen?

NEIN. Denn immer neue Prämien- und Preisaufschläge mitten in der Krise belasten Menschen und Wirtschaft bereits jetzt im Übermass. Zum Leben bleibt immer weniger!

NEIN. Denn die AHV darf nicht zugunsten der überschuldeten Invalidenversicherung mit 5 Milliarden Franken geplündert werden. Um der IV wirklich zu helfen, muss der Missbrauch konsequent bekämpft werden. Deshalb: Hände weg von unserer AHV!



der darin vorkommt. Die im Artikel genannten zehn bis zwanzig Prozent gelieferter Energie vermag auch ein Auto – zusammen mit den dafür benötigten Strassen samt Unterhalt etc. – nicht zu überbieten. Und ein Satz aus dem Artikel kann gleich eins zu eins kopiert werden: «So wie wir heute die Früchte der Atomenergie ernten, werden erst unsere Kinder die Kosten für die Fehlinvestitionen von heute bezahlen.» Mit dieser im Text gewählten konservativen, den Forschungstrieb hemmenden Haltung hätte auch die Ablösung der Pferdefuhrwerke durch das damals noch ineffizientere Auto verboten gehört.

Stefan Gschwend, Schmerikon

Verhaltens- statt Verhältnisprävention

Nr. 34 – «Kreative Geldbeschaffung»; René Lüchinger über eine neue Alkoholsteuer

Das ist das erste Mal, dass eine namhafte Zeitung das Thema Alkohol und Gesundheitskosten gross thematisiert. Wenn Sie schreiben, Prävention habe nichts genützt, stimmt das natürlich nur insofern, als es sich bei der bisherigen Art von Prävention vor allem um Verhaltens- statt um Verhältnisprävention gehandelt hat. Und bei der Verhältnisprävention, z. B. die Alcopopsteuer, fehlten flankierende Massnahmen, die ein Ausweichen verhindert hätten. Um nicht wie üblich die Haltung aufkommen zu lassen, man könne ja doch nichts unternehmen, sollte die *Weltwoche* jetzt die richtigen Verhältnispräventions-Massnahmen fordern, die den Konsum entscheidend reduzieren würden. Dazu gehörte aus aktuellem Anlass auch eine Aufforderung an den Nationalrat, sich bei der Alkoholwerbung im Fernsehen dem Ständerat anzuschliessen. *Hermann T. Meyer, Effretikon*

Attraktiver Mohnanbau

Nr. 34 – «Flower-Power»; Urs Gehriger über den Drogenhandel in Afghanistan

Für die Bauern in Afghanistan ist es bestimmt attraktiv, Mohn legal anzubauen. Sie können

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

sich so aus den Fängen der Drogenbarone befreien. Liest man Roberto Savianos Buch über die Camorra, ist der Handel mit Drogen das momentan einträglichste Geschäft, das es gibt. Wo Drogen, Energiequellen oder andere Bodenschätze vorhanden sind, werden Demokratie und Menschenrechte verteidigt. Wer schert sich schon um Simbabwe? Mir ist keine Uno-Resolution zu den Zuständen dort bekannt. Mit der Besetzung Afghanistans haben sich die USA und die EU an die Quelle gesetzt. Kommt der medizinische Zweig dazu, lässt sich – diesmal auf legalem Weg – noch mehr Geld verdienen.

Verena Guran-Fierz, Zumikon

Schuster, bleib bei deinem Leisten

Nr. 34 – «Doping gegen die Langeweile»; Bruno S. Freys Essay für mehr Spannung im Leistungssport

«Schuster, bleib bei deinem Leisten» wäre die passende Überschrift dieses Leserbriefes. Ein Wirtschaftsprüfer fasst sich an, neue Tennisregeln aufzustellen, obwohl er ganz offensichtlich nichts von dieser Sportart versteht. Eine seiner Beanstandungen, es gebe im Turniertennis keine Ballwechsel mehr, wird durch die teilweise unglaublichen Ballwechsel eines Roger Federer mit anderen Topspielern im Männertennis, die durch die bewusste Verlangsamung der Beläge von der ATP erreicht wurden, eindeutig widerlegt. Wer sich einigermaßen in der Turnierszene des Männertennis auskennt, weiss, wie hoch dort die Leistungsdichte ist, daher ist auch Freys Vorschlag, ein mögliches Handicap für die besser klassierten Spieler einzuführen, schlichtweg lächerlich.

Dario Camenzind, Adliswil

Lesen statt beschreiben

Nr. 34 – «Steak, blutig»; Peter Rüedis «Jazz»-Kolumne

«Musik kann man nicht beschreiben, sonst müsste man sie nicht hören.» Dies sagte einst ein Jazz-Musiker. So recht er damit hatte, Peter Rüedi war ihm wohl nicht bekannt. Seit unzähligen Jahren nämlich beschreibt dieser Jazz mit ... Halt! Rüedi soll man nicht beschreiben – sondern lesen.

Peter Schellenberg, Zürich

Korrigendum

Beim Artikel «Ökologischer Alptraum» (*Weltwoche* Nr. 34.09, S. 32) von Peter Burkhardt hat sich leider ein Fehler eingeschlichen: Wollte man das KKW Mühleberg durch Windkraftanlagen vom Typ «Mont d'Ottan» ersetzen, würde dies hochgerechnet nicht 4,5 Milliarden, sondern 3,3 Milliarden Franken kosten.

Unsere Monats-Hits.



Samsung GT-S8000

24 Monate

1.- CHF

Sunrise flat classic

Exkl. SIM-Karte CHF 40.-, ohne Abo CHF 648.-

- 5,0-Megapixel-Kamera mit Autofokus und LED-Blitzlicht
- Full-Touchscreen AMOLED-Display mit 16,7 Mio. Farben
- Quadband, HSDPA, WLAN, Bluetooth, Activ Sync, GPS



Samsung i8910 HD

24 Monate

49.- CHF

Sunrise flat max

Exkl. SIM-Karte CHF 40.-, ohne Abo CHF 898.-

- 8,0-Megapixel-Kamera mit Autofokus und Full-HD Video-Aufnahme
- Full-HD, Touchscreen AMOLED-Display mit 16,7 Mio. Farben
- Quadband, HSDPA/HSUPA, A-GPS, WLAN, Bluetooth

Die Abogebühr mit Handyangebot beträgt bei Sunrise flat classic CHF 50.-/Mt. und bei Sunrise flat max CHF 75.-/Mt.

Weitere günstige Angebote im Sunrise center oder unter sunrise.ch/shop

Sunrise

Wunderknabe in Not

Seit seinem Amtsantritt haben sich die Gegner Obamas im Volk verdoppelt. Aus der Lichtgestalt ist ein Angstfaktor geworden. Wie hat sich Barack Obama in die Abwärtsspirale manövriert? Der US-Präsident trat als Brückenbauer an, doch die Gräben zwischen den Parteien werden immer tiefer. *Von Urs Gehriger*



Ausgabenkönig: US-Präsident Obama im Oval Office.

Damit haben sie alle nicht gerechnet, nicht der Präsident, nicht die Demokraten – und auch nicht die Republikaner. Barack Obama ist nicht nur ziemlich flott in der Wählergunst gesunken. Der Hoffnungsträger aus Chicago, Gestalt scheinbarer Unerschütterlichkeit, ist für eine rapide wachsende Zahl von Amerikanern zum Buhmann geworden. Er belebt nicht mehr die Fantasie des Publikums, sondern wirkt wie ein Apostel, der verzweifelt sein Evangelium predigt. Doch statt Hoffnung zu verbreiten, versprüht er Angst. Angst, er möge die Staatskasse weiter plündern. Angst, er könnte entgegen den Wahlversprechen bald auch Durchschnittsverdiener stärker zur Kasse bitten.

Gemäss neusten Umfragen steht nur noch die Hälfte der amerikanischen Bevölkerung hinter dem Präsidenten. Der Anteil der Amerikaner, die seine Politik ablehnen, hat sich mehr als verdoppelt, von unter 20 Prozent nach der

Inauguration auf 41 Prozent. Besonders kritisch sieht die Bevölkerung die Wirtschaftspolitik des Präsidenten. Hier beträgt die Ablehnung 49 Prozent.

Seine Wahlversprechen, das wird immer deutlicher sichtbar, wird Obama so schnell nicht umsetzen können. Sie bleiben im Kongress stecken oder werden aufs nächste Jahr verschoben, so zum Beispiel die Liberalisierung der Einwanderungsgesetze. Besonders kritisch steht es um das Energie- und Klimagesetz. Selbst aus Obamas eigenen Reihen stemmt sich mancher dagegen, aus Sorge vor höheren Strom- und Benzinpreisen. Im Senat droht dem Prestigeprojekt des Präsidenten eine bittere Niederlage. Auch von einer Schliessung des Gefängnisses auf Guantánamo ist man weit entfernt. Kongress und Gliedstaaten sträuben sich gegen eine Verlegung terrorverdächtiger Häftlinge aufs amerikanische Festland.

Dies alles hat dem Ansehen Obamas als «Erneuerer» geschadet. Was den Präsidenten indessen in gefährliche Schieflage gebracht hat, ist jenes Dossier, das Obama selbst als «mein wichtigstes Projekt» bezeichnet: die Reform des Gesundheitssystems.

Seit Jahrzehnten liegt das absurd teure Gesundheitswesen wie ein schwerer Stein auf dem US-Budget. Manche Regierung hat es anzupacken versucht und ist jäh daran gescheitert – zuletzt Hillary Clinton 1994. Die Reform der ehemaligen First Lady fiel chaotischer Planung und parteipolitischen Scharmützeln zum Opfer und steht seither als Menetekel an der Wand. Das frühe Scheitern wurde zum Fluch für Bill Clintons Präsidentschaft und ebnete den Weg für den Siegeszug der Opposition im Kongress, den ihr konservativer Anführer Newt Gingrich zum Anlass nahm, 1994 die republikanische Revolution auszurufen.

Nun also hat sich mit Obama erstmals wieder ein Präsident an dieses heisse Eisen gewagt und sich prompt die Finger verbrannt. Worum geht es? Im Zentrum steht ein hehrer Vorsatz. Obama will den Krankenversicherungsschutz auf alle Amerikaner ausdehnen. In den USA leben 47 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung. Krankheiten und Unfälle bedeuten für viele von ihnen die Privatinsolvenz.

Gleichzeitig wachsen die Kosten ins Unermessliche. Ein Sechstel ihres Volkseinkommens geben die Amerikaner für ihre Gesundheit aus, pro Einwohner 15 000 Dollar jährlich, doppelt so viel wie vor zwei Jahrzehnten und 6500 Dollar mehr als andere Industriestaaten. Kurz: Das amerikanische Gesundheitssystem ist ein Musterfall verschwenderischer Ausgaben.

«Nichtstun», sagt Obama, «ist keine Option.» Das leuchtet den meisten Amerikanern ein. Dennoch verweigern sie dem Präsidenten die Gefolgschaft. Skurrile Szenen haben sich in den vergangenen Wochen abgespielt. Bürger versammelten sich in sogenannten Town-Hall-Meetings, wo sie ihrem Ärger über «Obamacare» Luft verschafften und Politiker niederschrien, die in ihrem Wahlkreis für die Gesundheitsreform Obamas werben wollten. Aus Protest schleppten einige Grabsteine aus Pappmaché an, mit den Namen der lokalen Abgeordneten drauf. «Kein Sozialismus» war auf Protestschildern zu lesen. Ab und zu wurde auch ein Obama-Poster gesichtet, versehen mit einem Hitlerschnauz.

Die Demokraten sind ausser sich vor Wut. Finstere Mächte seien am Werk, heisst es im Weissen Haus. Versicherungslobbys würden das Volk gezielt aufhetzen. Doch mit derlei Verschwörungstheorien lässt sich das Phänomen nicht abtun. Die Proteste, die bisweilen in unappetitliche Szenen ausarten, sind Ausdruck grossen Unmuts einer breiten Mittelschicht.

Die missliche Situation, in der sich Obama jetzt befindet, hat er sich weitgehend selbst zuzuschreiben. Der Präsident hat zahlreiche Fehler gemacht, die es lohnt genauer zu betrachten, denn sie sagen einiges aus über seine Führungsqualitäten:

Tausend Seiten voller Voodoo-Sätze

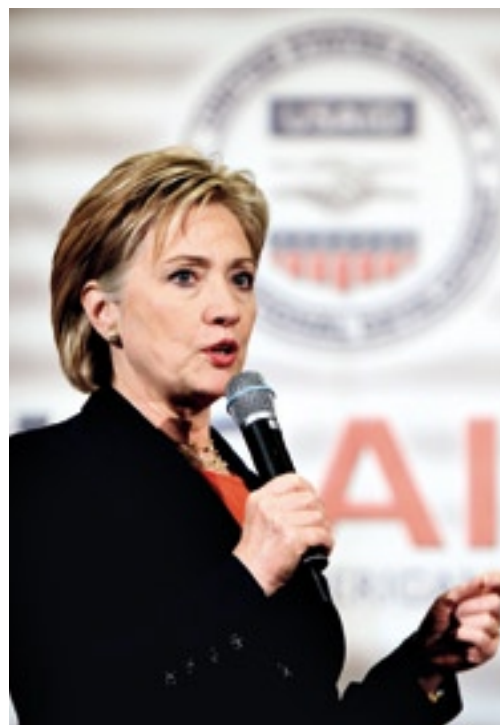
1. Offenbar hatte Obama versucht, aus dem Fiasko von «Hillarycare» zu lernen. «Mach nicht denselben Fehler, den die Clintons begangen haben», scheinen seine Berater gesagt zu haben. «Leg dem Kongress keinen fertigen Plan vor, den er dann bloss zerpflückt. Lass die Abgeordneten gescheiter selbst ein Dutzend Pläne entwerfen.» Nach erbitterter Debatte würde er, der Präsident, dann eingreifen, die Kontrahenten zu einem Kompromiss heranzuführen und das Gesetz ins Trockene fahren.

So war der Plan, doch gekommen ist es anders. Bereits die Vorlage entpuppte sich rasch

als grosse Hypothek. Der zuständige Ausschuss hat ein Konvolut von mehr als tausend Seiten Umfang vorgelegt, gehalten in komplizierter Bürokratisensprache.

«Jede Idee, die funktioniert, zeichnet sich durch ihre Klarheit aus», sagt Peggy Noonan, die für Ronald Reagan Reden geschrieben hat. «Du begreifst sie, sobald du sie hörst, und du kannst sie den Leuten einfach erklären.» «Obamacare» hingegen sei gespickt mit «Voodoo-Sätzen», einer Geheimsprache der Regierung, die niemand verstehe. Wenn normale Menschen nicht verstünden, was die Worte der Regierung bedeuten, rege sich Skepsis.

Obama hat die amerikanische Psyche unterschätzt, lautet die erste Erkenntnis aus dem «Obamacare»-Debakel. Im Wahlkampf hatte Obama Transparenz verheissen, etwa dadurch,



Frühes Scheitern: Hillary Clinton.

dass Beratungen über einzelne Artikel unter Mitgliedern des Kongresses vom Fernsehen übertragen würden. Obama hat nicht Wort gehalten. Dafür erhält er nun die Quittung. Das amerikanische Volk ist nicht gewillt, sich durch unausgegorene Vorlagen hinters Licht führen zu lassen.

2. Nach wie vor beeindruckt Obama mit einer fast pausenlosen Fernsehpräsenz und wortgewaltigen Reden, wie kaum ein Präsident vor ihm. Doch im Unterschied zu früher hört das Publikum jetzt genauer hin. Und wird enttäuscht. Die zweite Erkenntnis lautet: Der Mann, der es im Wahlkampf meisterhaft verstand, die Massen mit luftiger Rhetorik zu bezaubern, bekundet grosse Schwierigkeiten, die Politik mit konkreten Inhalten zu füllen. Statt souverän über dem Getöse im Kongress zu wachen und tragfähige Lösungen zu schmieden, ist Obama zum Spielball konkur-

rierender Kräfte geworden. Hektisch eilt er von einem TV-Termin zum nächsten, wobei er sich zunehmend in der Materie zu verheddern beginnt und sich vom Volk entfernt.

Wer bezahlt?

3. Mit «Obamacare» hat der Präsident das unstrittig teuerste Programm der jüngeren US-Geschichte lanciert, teurer sogar als das Paket zur Rettung der US-Wirtschaft (787 Milliarden Dollar), das er im Frühling verabschiedet hat. Die Kosten für ein Jahrzehnt werden von der Budgetbehörde des Kongresses auf rund eine Billion Dollar geschätzt. Wahrscheinlich, so sind die Republikaner überzeugt, kämen die realen Kosten letztlich gar doppelt so hoch zu stehen. Obama dagegen bemüht sich beinahe täglich, zu versichern, seine Reform sei «defizitneutral». Doch wie das Geld aufgebracht werden soll, lässt er offen.

Das Volk reagiert verunsichert. Es traut seinem Präsidenten nicht. 80 Prozent sind gemäss einer aktuellen Gallup-Umfrage der Ansicht, dass «Obamacare» die Kosten der Versorgung erhöhen und/oder deren Qualität mindern werde. Mittelständische Steuerzahler fürchten, bald würden auch sie zur Kasse gebeten, nicht nur Grossverdiener, wie der Präsident verspricht.

Obama, so lautet die dritte Erkenntnis, entpuppt sich zunehmend als Ausgabenkönig, als Präsident, der sich um die Budgetverantwortung drückt. Die Amerikaner sind sensibilisiert. Bereits George W. Bush hatte den Staat so sehr aufgebläht wie kein Präsident seit Lyndon B. Johnson während des Vietnamkrieges. Doch im Vergleich zu Obamas Finanzpolitik erscheint sein Vorgänger wie ein Rappenspalter.

«Wir erleben eines der grossen Frankenstein-Experimente der amerikanischen Geschichte», sagt Rick Perry, republikanischer Gouverneur von Texas, dessen Bundesstaat 2008 mehr Arbeitsplätze geschaffen hat als alle Bundesstaaten der USA zusammen. «Wir kennen diesen Film. Er spielte in den Jahren 1932 bis 1940.» Der Zeit also von Franklin D. Roosevelts New Deal, auf den sich Obama gern beruft und über den die Mehrheit der liberalen Ökonomen heute die Meinung vertritt, dass er im besten Fall nichts gebracht, im schlechtesten Fall aber die Depression um Jahre verlängert hat.

4. Hand in Hand mit der Angst vor weiteren Ausgaben und neuen Steuern geht die Abneigung gegen zu viel Staat und Bürokratie. Zwar will Obama keine Verstaatlichung der Gesundheitsfürsorge, aber er verfiert die Gründung einer staatlichen Krankenkasse (*public option*), die mit den Privaten um Kunden werben soll. Dies bietet eine Projektionsfläche für die tatsächliche oder vermeintliche Angst der Amerikaner vor einer «sozialisierten Medizin». Lobbyisten investieren Millionen in Werbespots, in welchen sie das Schreckbild allmächtiger

Attacken von rechts

Obama sei ein korrupter Heuchler, behauptet die konservative Autorin Michelle Malkin in ihrem neuen Buch. *Von Markus Somm*



Schwer angreifbar: Obama-Kritikerin Malkin.

Noch haben sich die Republikaner nicht von ihrer Wahlniederlage erholt, die ihnen Obama vor einem Jahr zugefügt hatte. Umso mehr fällt auf, welche Aufmerksamkeit konservative Autoren, Blogger und Journalisten derzeit auf sich ziehen: Seit Wochen beherrschen ihre Bücher die Bestsellerlisten in Amerika. Neuer Star der rechten Publizistik ist Michelle Malkin, eine eloquente, gutaussehende und blitzgescheite junge Frau, deren neuestes Buch, «Culture of Corruption», seit drei Wochen den ersten Platz auf der vielbeachteten Bestsellerliste der *New York Times* belegt. Es ist eine brutale Abrechnung mit Barack Obama: «Washington ist kaputt», hatte Obama geklagt, als er für die Präsidentschaft kämpfte. Doch seit er im Amt ist, boomt das Geschäft Washington», schreibt Malkin. «Es bestätigt sich das erste und letzte Gesetz der politischen Physik: Wenn der Staat wächst, nimmt die Korruption zu. [...] Seine Anhänger mögen immer noch glauben, dass Obama Wunder bewirken kann. Doch niemand, nicht einmal Obama, kann einen Sumpf trockenlegen, indem er ihn flutet.»

Malkin attackiert Obama, indem sie ihn zitiert. Sie misst den Präsidenten an dessen eigenen Aussagen. Im März 2008, noch im Wahlkampf, sagte Obama über den CEO von Countrywide, einer Hypothekenbank,

die in der Subprime-Krise gar nicht gut aussah: «Das sind genau die Leute, die die Wirtschaft infiziert haben und diese Wohnungsmarktkrise geschaffen haben.» Ein paar Wochen später kam heraus, dass ein enger Vertrauter von Obama von genau dieser Bank Darlehen von mehr als sieben Millionen Dollar erhalten hatte, zu einem Zins, der weit unter den marktüblichen Werten lag. Hastig liess ihn Obama fallen.

Mann der kleinen Leute?

Vor Gewerkschaftern sagte er: «Der Grund, warum ich Präsident werden will, seid ihr, nicht die Leute, die die grossen Checks ausstellen.» Und wenig später sagte er zum gleichen Thema der Wahlkampffinanzierung: «Die bisherigen Spielregeln dürfen nicht weiter gelten, weil sie sich gegen normale Amerikaner auswirken. Wir brauchen einen Präsidenten, der sich um die Interessen der hart arbeitenden Familien kümmert, nicht bloss um die grossen Geldgeber und ihre Verbündeten in der Geschäftswelt.» Unmittelbar nach dieser Rede ging er an eine Fundraising-Veranstaltung, die am Sitz der Credit Suisse, einer der grossen Investment-Banken, in Manhattan stattfand.

Öffentlich belehrte Obama die Banker an der Wall Street: «Zu oft haben wir eine Ethik der Gier entschuldigt und gelebt.» Und bei anderer Gelegenheit kritisierte er den Finanzplatz: «In der Wirtschaft, die ich mir vorstelle,

sollen harte Arbeit und verantwortungsvolles Handeln belohnt werden, nicht abgehobene Finanzinstrumente.» Tatsächlich liess er sich von den gleichen Leuten beraten und bezahlen: Hedge-Funds und Private-Equity-Firmen trugen gegen drei Millionen Dollar zu seiner Kampagne bei. John McCain, der republikanische Kandidat, erhielt von der gleichen Branche bloss 1,6 Millionen Dollar.

Zu einem seiner wichtigsten Berater bestimmte Obama, selbst erklärter Kritiker der «Gier» an der Wall Street, Larry Summers, der vorher für D.E. Shaw, einen der grössten Hedge-Funds der Welt, gearbeitet hatte. Einen Tag pro Woche verbrachte Summers, einst Finanzminister von Bill Clinton und ehemaliger Präsident von Harvard, bei D.E. Shaw, um Privatkunden zu beraten und den Angestellten als *sounding board* zu dienen. Dafür erhielt er pro Jahr 5,2 Millionen Dollar, hinzu kamen das Salär als Professor in Harvard (590 000 Dollar) sowie die Honorare, die er als gefragter Redner einnahm: 2,8 Millionen Dollar. Bezahlt zum Teil von Firmen, die in der Finanzkrise von der Regierung hohe Summen erhielten.

Polemisch im Ton, elegant formuliert, lebt Malkins Buch vor allem von Fakten. Es ist kein Kommentar, sondern eine Recherche – sie hat unzählige Belege zusammengetragen, die Obama als einen Heuchler erscheinen lassen. Präzis dokumentiert sie seine Verbindungen in Chicago, der wohl korruptesten Stadt Amerikas. Interessensgegensätze, Befangenheit, Einfluss von Lobbyisten, Zusammenarbeit mit dubiosen Geschäftsleuten: alles, was Obama angeprangert hatte – kaum im Amt, hat er sich darum foutiert. Selbstverständlich ist Malkin Partei – und manche Dinge mögen aus einer linken Sicht anders dargestellt werden. Doch selbst wenn nur die Hälfte dessen stimmen würde, was Malkin vorlegt: Das Bild, das man von Obama erhält, bleibt unerfreulich. Die Tatsache, dass Malkins Buch seit Wochen Gesprächsgegenstand ist und ihr bisher keine Fehler nachgewiesen wurden, spricht für die Qualität ihrer Kritik.

In den Augen der Linken ist sie zu einer der bestgehassten Konservativen aufgestiegen. Das mag damit zusammenhängen, dass sie schwer angreifbar ist, da sie allen Kriterien der politischen Korrektheit zu entsprechen scheint: Die junge Frau ist Kind philippinischer Einwanderer, sie hat das linksliberale Oberlin College in Ohio absolviert, und ihre beiden Kinder werden von ihrem Ehemann betreut, der als Hausmann den Haushalt führt – während sie bloggt und Bestseller schreibt oder in Fernsendungen die Leute provoziert.

Bürokraten zeichnen, die sich zwischen Arzt und Patienten drängen und über Leben und Tod von Alten und Behinderten entscheiden. Sogar das Eugenetikprogramm der Nazis wurde als Horrorvision herbeigezogen.

Damit wurde die Debatte ad absurdum geführt. Haften geblieben ist der Eindruck, Obama stehe für einen aufgeblähten Beamtenapparat, der letztlich Bürgerfreiheiten beschneide. Eine rapide wachsende Zahl von Amerikanern, so lautet die vierte Erkenntnis, sieht Obama nicht als Vorkämpfer von *hope* und *change*, sondern als Wächter eines übermächtigen Staates.

5. Die Sprengkraft, die seinem Projekt innewohnt, hätte Obama voraussehen können. Umfragewerte ergeben regelmässig dasselbe Bild: Gut 80 Prozent der Amerikaner sind zufrieden mit ihrer Gesundheitsfürsorge. Eine radikale Restrukturierung der Gesundheitsfürsorge wird den Status quo gefährden, in dem sich acht von zehn Amerikanern wohl fühlen. Ihnen müsste der Präsident glaubhaft darlegen, wie er das Projekt finanzieren kann, ohne das Volk massiv zur Kasse zu bitten. Darin ist Obama gescheitert.

Ursprünglich wollte er das Gesetz noch vor August verabschieden lassen. Doch die Fronten sind derart verhärtet, dass die Abgeordneten unverrichteter Dinge in die Sommerferien verreisen. Die Chancen auf einen Erfolg stehen schlecht. Sollte Obama eine entschärfte Vorlage durch den Kongress schleusen, die die entscheidende Kostenfrage auf später verschiebt, wäre damit wenig gewonnen.

Bereits jetzt lässt sich sagen, dass er in der hitzigen Debatte empfindlich an Glaubwürdigkeit verloren hat. Obama ist nicht der Brückenbauer – dies die fünfte Erkenntnis –, als der er sich im Wahlkampf angepriesen hatte. Statt dass er die Parteien vereinte, haben sie sich in den vergangenen Wochen weiter voneinander entfernt. Bitterer noch für Obama: Selbst von seinen eigenen Parteimitgliedern haben ihm zahlreiche den Rücken gekehrt.

«Est-il faible?»

Anders als zu Hause genießt Obama in Europa, wo man in erster Linie auf seine Aussenpolitik schaut, weiterhin hohe Zustimmungswerte. Gefallen findet man vor allem am neuen Umgangston. Obamas Botschaft an die Muslime, die den Iranern dargebotene Hand, Worte der Verbrüderung in Moskau – all das wurde als Aufbruch in eine friedlichere Welt gedeutet. Letztlich misst sich eine erfolgreiche Aussenpolitik jedoch nicht an wohlfeilen Worten, sondern an konkreten Erfolgen. Davon hat die Welt bis dato nichts gesehen. Wohl ist es immer noch früh in der Ära Obama, doch langsam fragt mancher, ob Obamas *soft power* reichen wird, um die anstehenden Konflikte zu entschärfen.

Als einer der Ersten äusserte Frankreichs Präsident Sarkozy Zweifel an Obamas Füh-

rungsqualitäten. Im April, am Rande des G-20-Gipfels in London, entfuhr ihm eine unziemliche Frage, als er beobachtete, wie sich Obama durch die versammelten Staatsoberhäupter schlängelte und sich vor dem saudischen Staatschef verneigte wie ein Hofschranze: «Est-il faible?», sagte er im Kreis seiner Berater. «Ist er schwach?» Die Frage blieb unbeantwortet im Raum stehen – und verflog in den folgenden Wochen, als sich die Krise der Weltwirtschaft etwas zu verlangsamten schien.

Die Republikaner sind wild entschlossen, dem Präsidenten ein Waterloo zu bereiten.

Doch die Frage wird derzeit neu gestellt. Während zu Hause «Obamacare» zerzaust wird, wartet die Welt ungeduldig auf konkrete Schritte in Nahost, dem Iran und Afghanistan.

Afghanistan ist Obamas wichtigste aussen- und sicherheitspolitische Herausforderung. Der Krieg, in den USA längst «Obama's war» genannt, hat den Amerikanern in den vergangenen Monaten den bisher höchsten Blutzoll seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 abverlangt. Gemäss der neuen US-Strategie lautet die Devise ähnlich wie im Irak: mit mehr eigenen Soldaten die Bevölkerung dort schützen, wo sie lebt, bis die heimischen Sicherheitskräfte für Sicherheit sorgen können. Das bedeutet: mehr eigene Soldaten opfern. 21 000 neue Soldaten hat Obama bereits an den Hindukusch entsandt. Bald könnte der Ruf auch an die Nato-Bündnispartner ergehen.

Keine Frage: Obama wird bald Führungsstärke beweisen müssen, denn er hat viel Über-

zeugungsarbeit zu leisten – daheim und noch mehr bei den Bündnispartnern. Dasselbe gilt für Nahost. Früh schon hat Obama seine Ambition angemeldet, für den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern endlich eine Form des Friedens zu finden. Doch beide Seiten hegen Zweifel an seinen Intentionen in der Region. Wie aus arabischen Regierungskreisen zu vernehmen ist, wächst die Kritik. Obama sei nicht mutig genug, konkrete – unbeliebte – Schritte zu unternehmen. Alles wartet nun auf ein «grand design». Jüngst versprach der Präsident seinen arabischen Gesprächspartnern, er werde seine Nahost-Strategie in einer grossen Rede Mitte September darlegen.

Somit steht fest: Der September wird zum Monat der Showdowns. Um diese Zeit läuft die Frist an die iranische Regierung aus, wie sie auf Obamas Gesprächsangebot zu reagieren und in der Atomfrage weiter zu verfahren gedenke. Der US-Präsident wird entscheiden müssen, ob er eine weitere Runde von Sanktionen gegen die Regierung Achmadinedschad einleiten will. Schafft er es nicht, China und Russland auf eine Linie zu bringen, würde sein Rückzugsplan (schärfere Sanktionen) unterminiert und seine Glaubwürdigkeit weiter ramponiert.

Die wichtigste Schlacht allerdings wird auf dem Capitol Hill geschlagen. Barack Obama hat viele Krisenherde von seinem Vorgänger geerbt – die Reform des Gesundheitswesens jedoch ist der Konflikt seiner Wahl. An der Gesundheitsfrage wird sich zeigen, wie es um seine Führungsstärke steht. Im September kehren die Abgeordneten nach Washington zurück. Bereits jetzt sind die Republikaner wild entschlossen, dem Präsidenten ein Waterloo zu bereiten. ○



Mit Hitlerschnauz: Proteste gegen Obamas Gesundheitsreform am 11. August in Kalifornien.

«Wir waren nicht gut vorbereitet»

Georg Krayer spricht erstmals über den UBS-Vergleich. Der Bankier kritisiert die Verhandlungsstrategie der Schweiz. Die Banken hätten geschlafen. Es brauche in den Führungsgremien wieder Leute mit militärischer Ausbildung. *Von Carmen Gasser und Julian Salinas (Bild)*

In den Auseinandersetzungen zwischen der Schweiz und den USA beschleicht einen das Gefühl: Früher haben die Amerikaner Panzer geschickt, heute kämpfen sie mit Paragrafen.

Das ist aber nichts Neues. Es war schon immer so. Denken Sie nur an Marc Rich oder die Verhandlungen wegen der nachrichtenlosen Vermögen.

Barack Obama ist also nicht aggressiver als frühere Präsidenten?

Diese Auseinandersetzungen hätten unter jeder Administration der vergangenen Jahrzehnte passieren können. Den Amerikanern ist es ziemlich egal, wen es trifft, einen Kontinent, Europa, oder einen Einzelstaat. Sie interessieren sich nur für ihre eigenen Vorteile. Ich war im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen an den Hearings des Senats dabei. Dort hat eine Senatorin doch tatsächlich Schweden mit der Schweiz verwechselt. Ich dachte zuerst, sie sei bezahlt worden für den Witz. Doch es war keiner.

Wie gut hat die Schweiz verhandelt?

Wir waren nicht sehr gut vorbereitet, haben ständig nur reagiert und das Handeln der anderen Seite überlassen. Wenn die USA die Maschine anfahren, gibt es nicht mehr viele Möglichkeiten, etwas zu beeinflussen.

Wer Erfahrung mit den USA hat, weiss das.

Wie kommt es, dass die Verhandler derart schlecht taktierten?

Die Führungsmentalität ist heute eine andere. Plakatativ formuliert könnte man sagen: Wir haben vielleicht zu wenig Oberste in der Bankenführung.

Oberste der Armee?

Das Erste, was man in der Offiziersschule lernt, ist: Der Angreifer wählt den Zeitpunkt und die Mittel. Der Verteidiger hat den Nachteil, dass er sich wappnen muss gegen verschiedene Seiten und immer überrascht wird. Wenn ich weiss, dass ich der Schwächere bin, muss ich mich entsprechend vorbereiten. Diese militärische Denkweise floss früher ins Banking ein: Wie denkt die Gegenseite, wie handelt sie, was ist die wahrscheinlichste Bedrohung, wie gehe ich damit um?

Sie meinen im Ernst, mit Bankiers aus der Armee hätten wir ein anderes Ergebnis erzielt?

Unter Umständen. Früher, in der Bankgesellschaft, war das gesamte oberste Ma-



«Das Schlimmste ist vermieden worden, und der Rest ist zu bewältigen»: Bankier Krayer.

nagement auch Oberst im Generalstab. Das war quasi eine Voraussetzung wie gewaschene Hände oder ein weisses Hemd in der Garderobe. Dann hat eine weniger militärische Führungsweise Einzug gehalten. Heute sieht man, dass diese Führungsausbildung auch ihren Wert hat.

Wie hätten denn Sie reagiert, wenn das alles während Ihrer Amtszeit passiert wäre?

Während meiner gesamten Zeit als Präsident der Bankiervereinigung haben wir über diese Problematik nachgedacht, über Möglichkeiten, die amerikanischen Begehrlichkeiten abzufedern. Wir hatten damals mit den Amerikanern Quellensteuerverfahren vereinbart. Mich verwundert es sehr, dass nach meinem Abgang diese Themen nicht aktiver verfolgt wurden.

Sie halten den Schweizer Bankiers vor, im Vorfeld geschlafen zu haben?

In der Tat. Druck wurde schon immer von Amerika ausgeübt. Weshalb die Bankiers nicht schon viel früher reagierten, verstehe ich nicht.

Hätte denn die Schweiz eine Möglichkeit gehabt, auch auf die USA Druck auszuüben?

Bei den Verhandlungen hätten auch die dunklen Flecken der Amerikaner ins Kalkül gezogen werden sollen. Beispielsweise in Sachen nachrichtenlose Konten. Ich hatte bei den Verhandlungen damals über die Holocaust-Gelder die US-Verhandler aufgefordert, den Gürtel etwas zu lockern, um endlich auf Augenhöhe diskutieren zu können. Ich wollte wissen, wie viel Geld in den USA zwischen 1935 und 1945 durch nachrichtenlose Vermögen vom Staat eingezogen wurde. Es kam nie eine Antwort.

Wie gross ist Ihr Ärger über eine UBS, die es schaffte, dass dreissig Mitarbeiter das gesamte Schweizer Banking in Misskredit bringen konnten?

Natürlich ärgere ich mich. Aber was kann ich dagegen tun? Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich über die Fusion 1998 nicht glücklich war und bin. Zum einen hat Basel den Bankverein verloren. Das war die Bank der Stadt und der Region. Heute ist nur eine traurige Fassade übrig, über 3000 Arbeitsplätze in Basel sind verschwunden. Zum anderen bringt Grösse viele Gefahren, wie wir gesehen haben.

Die Schweizer Presse kommentierte den ausgehandelten Staatsvertrag als Erfolg. Im Ausland hingegen wurde er als Kapitulation der Schweiz verstanden. Wie gut ist das Ergebnis wirklich?

Das Schlimmste ist vermieden worden, und der Rest ist zu bewältigen. Er ist nicht grossartig, es bleiben viele Zweifel. Das Wichtigste ist, dass die Unsicherheit vorbei ist. Denn diese ist im Banking schlimmer als schlechte Nachrichten.

Mit dem Staatsvertrag wird gemäss dem Bundesrat Schweizer Recht nicht verletzt.

Ich würde zustimmen, mit einem kleinen Lächeln. Es ist ein Unterschied, ob man Tausende von Kundendaten entgegen dem Schweizer Gesetz herausgeben muss oder aufgrund von dokumentierten Verdachtsmomenten, die in der Schweiz innert gesetzlicher Frist beurteilt werden. Ich würde sagen, unser System ist gewahrt. Was mich dabei freut, ist, dass jetzt erstmals eine Organisation aufgebaut wird, um derartige Fälle möglichst schnell zu bearbeiten. Wie im Falle Madoff.

Was hat Madoff damit zu tun?

Wir wundern uns zwar über Amerika, dass ein Fall in einer derartigen Grössenordnung möglich ist. Doch ist er mittlerweile erledigt. In der Schweiz hätten wohl drei Staats-

«Weshalb die Bankiers nicht schon viel früher reagierten, verstehe ich nicht.»

anwälte Burnouts erlitten, und das Dossier wäre noch immer nicht fertig für die Anklage. Was mich immer mehr bedenklich stimmt, ist, dass man in unserem Rechtsmittelstaat mit den komplizierten Fällen nicht vorwärtskommt. Denken Sie an die Grosskonkurse der letzten fünf Jahre. Keiner ist erledigt. Wenn die Akteure damit rechnen können, dass sie nie zur Rechenschaft gezogen werden, da der Justizapparat derart stumpf ist, hat das eine Signalwirkung.

Man fragt sich, wie es überhaupt so weit kommen konnte, dass das Bankgeheimnis derart löchrig wurde?

Früher gab es Länder, deren Steuerbehörden belächelt wurden. Die Schweiz argumentierte, dass ein Informationsaustausch unmöglich sei, da die von den Steuerbehörden geforderten Daten nicht herauszufiltern seien. Heute kann nicht mehr so argumentiert werden. Es kann nicht sein, dass die Banken Millionen für ihre Informatik ausgeben und davon ausgehen, dass die Steuerbehörden noch mit der Dampfmaschine arbeiten.

Was wird vom Schweizer Bankgeheimnis übrigbleiben?

Das Bankgeheimnis ist nicht ein knorriger Baum, der umfliegt, wenn der Sturm zu gross wird. Es muss sich wie ein Bambusrohr bewegen. Der Kern, ein legitimer Kundenschutz, muss gewahrt werden.

Was bleibt von diesem Kundenschutz übrig, wenn immer mehr Länder Begehrlichkeiten anmelden?

Der Bankkundenschutz kann in gewissen Situationen, für gewisse Länder, in denen es ungerechte Steuern gibt, ausgedehnt werden. Aber gegenüber unseren Nachbarn, die mittlerweile alle ähnliche und tragbare

Steuersysteme haben, kann die bisherige Position nicht gehalten werden.

Und all jene Kunden, die Steuerhinterziehung begangen haben, werden im Regen stehengelassen?

Hier werden wohl Amnestien und Staatsverträge ausgehandelt werden müssen.

Wie realistisch ist dieses Szenario?

Eine Amnestie ist im Grunde genommen eine Bankrotterklärung. Indem die anderen Länder gnädig gegenüber denen sind, die eine Verfehlung begangen haben. Wenn das Problem gross genug ist, geht es wahrscheinlich nicht anders. Aber die Amnestie müsste konzertiert sein, und alle Länder müssten die gleichen Konditionen ermöglichen. Um nicht mit jedem Land einzeln verhandeln zu müssen, müsste es Verhandlungen auf EU-Ebene geben.

Dann gäbe es noch die Möglichkeit der Quellensteuern?

Das war eine Rückzugslinie, die bereits zu meiner Zeit entwickelt wurde. Ich sehe jedoch ein Problem auf uns zukommen. Es ist eine verdammt hohe Summe, die bislang in der Kasse des Finanzministers landete und Herrn Merz fehlen wird. Die 35 Prozent an Dividendenbesteuerung, die die Eidgenossenschaft vereinnahmt hat, aufgrund von fehlenden Doppelbesteuerungsabkommen oder aufgrund von nicht versteuerten Substraten, werden künftig in die Taschen von Herrn Steinbrück und anderen fließen.

Wer müsste denn jetzt von Schweizer Seite her das Zepter in die Hand nehmen?

Zu meiner Zeit hat der Finanzminister an den Tisch gerufen, hat eine Lagebeurteilung vorgenommen, wir haben unsere nachgeliefert, er hat die Marschrichtung festgelegt.

Wie sieht die Zukunft für den Finanzplatz Schweiz aus?

Ich bin nicht so pessimistisch. Ich gehe davon aus, dass alle seriösen Banken sich derzeit die Frage über ihre künftigen Geschäftsmodelle stellen müssen und gewisse Dinge auslaufen lassen werden.

Und dann?

Es gibt immer mehr ältere Leute, bei denen sich das Vermögen konzentriert. Auch wird die Welt internationaler, denken Sie an die zunehmende Zahl der Expats. Gerade bei den internationalen, grenzüberschreitenden Dienstleistungen ist der Schweizer Finanzplatz führend. Das eröffnet ein riesiges Geschäftsfeld für kundenorientierte Betreuung.

Wer macht das heute schon mit Distinktion?

Wo sehen Sie den Schweizer Finanzplatz in Zukunft im Vergleich zu London, Singapur?

Relativ gesehen weniger bedeutend, aber immer noch gut positioniert.

Georg Kray war Teilhaber der Bank Sarasin und präsierte von 1992 bis 2003 die Schweizerische Bankiervereinigung. Während dieser Zeit leitete er die Verhandlungen um die nachrichtenlosen Vermögen.

Grosse Unbekannte

Die Schweiz lobt das Abkommen mit den USA, aber Bern nimmt empfindliche Verletzungen des Rechtsstaates in Kauf. Mit Rasterfahndungen können amerikanische Behörden bei der UBS nach Steuerdelinquenten suchen. Von Pierre Heumann



Amerika gewinnt: Schlagzeilen in der internationalen Presse zum UBS-Deal.

Mehreren tausend US-Bürgern mit einem Konto bei der UBS dürfte in diesen Tagen das Lachen vergangen sein. Der Werbeslogan der Grossbank, «You & Us», mutiert für sie zu einem «You vs. US». Denn amerikanische UBS-Kunden müssen damit rechnen, dass ihre Schweizer Bank just jene Angaben herausrückt, die sie in der Schweiz vor dem Fiskus verstecken und geheim halten wollten.

Der amerikanische Fiskus ist happy. Inzwischen interessiert er sich nicht nur für die amerikanischen Kunden, sondern auch für diejenigen von Banken wie Credit Suisse, Julius Bär oder Zürcher Kantonalbank. Bereits melden andere Staaten ihre Begehren gegenüber der Schweiz an. Länder wie Grossbritannien, Frankreich oder Deutschland könnten ebenfalls versuchen, den amerikanischen Weg einzuschlagen.

Das Beispiel macht Schule – und sorgt in der internationalen Wirtschaftspresse für Schlag-

zeilen. Bern kooperiert nämlich mit derjenigen Behörde, die von den UBS-Verbindungen amerikanischer Bürger eigentlich nichts wissen sollte: dem Internal Revenue Service (IRS), der amerikanischen Steuerbehörde. Diese soll aus der Schweiz 4450 Dossiers von US-Kunden erhalten, auf denen schätzungsweise 18 Milliarden Dollar angelegt sind. Die US-Steuerfahnder frohlocken und feiern das Abkommen mit Bern als grossen Sieg. Freude herrscht auch bei US-Banken. Sie hoffen, einen Teil des schweizerischen Offshore-Geschäfts an Land ziehen zu können.

Zentrale Rechtsprinzipien ausgehebelt

Der Erfolg der US-Unterhändler kommt nicht von ungefähr. Ihnen ist es gelungen, zentrale Rechtsprinzipien der Schweiz auszuhebeln. Die Rechtssicherheit ist damit brüchig geworden, was für die Attraktivität des Finanzplatzes Konsequenzen haben wird. Die Schweiz hatte

bisher die Privatsphäre von Kunden respektiert und stringente Kriterien an Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen appliziert. Das soll fortan nicht mehr gelten.

Wenn ein fremder Staat Antrag auf Amtshilfe bei Steuerdelikten stellt, muss er üblicherweise ein konkretes Individuum nennen und einen spezifischen Verdacht belegen. Sonst kooperiert Bern nicht. Der jüngste Vergleich setzt diese Praxis ausser Kraft und lässt die sogenannte Rasterfahndung zu. Verdächtig sind nicht konkrete Personen, sondern bestimmte Verhaltensmuster. Damit wird eine wichtige Voraussetzung, die sonst bei Amtshilfeverfahren gilt, fallen gelassen. Bisher illegale Fishing-Expeditionen, bei denen fast schon wahllos nach Steuerdelinquenten gesucht wird, werden fortan toleriert.

Allein, im Doppelbesteuerungsabkommen aus dem Jahre 1996 werden die Bedingungen für die Amtshilfe in Steuersachen klar geregelt. Die US-Steuerfahnder müssten genügend stichhaltige Beweise vorlegen, bevor sie Informationen aus der Schweiz erhielten, heisst es dort. Auf Gesuche ohne konkrete Namensnennungen geht die Justiz nicht ein. Dieser Grundsatz gilt nicht mehr. Das Recht wurde gebeugt, auf Druck der USA.

Steilvorlage für den Bundesrat

Der Bundesrat stützt sich dabei zwar auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Im März liess dieses die Weitergabe von Kundendaten zu, obwohl keine Namen bekannt waren. «Der Bundesrat hat diese Steilvorlage aufgenommen», sagt Peter V. Kunz, Rechtsprofessor an der Universität Bern. Was merkwürdig anmutet. Denn diese Rasterlösung – also Steuerfahndung ohne Namensnennung – wird von der Schweiz bald nicht mehr toleriert. Im neuen Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA, das derzeit in der Ratifizierungsphase ist, wird nämlich explizit gefordert, dass konkrete Namen genannt werden – sonst können die US-Steuerbehörden nicht damit rechnen, dass eine Bank mit Informationen herausrücken muss.

Die Amerikaner konnten den Schweizern ein weiteres Zugeständnis abringen: Die Kriterien für die Rasterbildung werden in rund drei Monaten mitgeteilt. Die Geheimnistuerei soll den mutmasslichen Steuerdelinquenten das Fürchten beibringen. Das Kalkül des IRS ist leicht durchschaubar – und die Schweiz sieht zu, dass es aufgeht. Wer Angst hat vor

«Extrem risikoreiche Übung»

Der politische Druck, die Ex-Präsidenten der UBS vor Gericht zu stellen, wächst. Doch ein Strafprozess gegen Marcel Ospel oder Peter Kurer ist kaum erfolgreich zu führen. Von René Lüchinger

Vergangenes Wochenende gab es gar ein bundesrätliches Verdikt: «Die fehlbaren Personen», urteilte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gegenüber der *Sonntagszeitung*, «müssen zur Verantwortung gezogen werden.» Gemeint sind die ehemaligen Präsidenten der UBS, Marcel Ospel und Peter Kurer. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) hat bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich bereits eine Strafanzeige wegen möglicher Delikte wie ungetreuer Geschäftsbesorgung und Gehilfenschaft zum Steuerbetrug eingereicht; der St. Galler Rechtsprofessor Rainer J. Schweizer sagt gegenüber dem *Blick*: «Es stellt sich die Frage, ob die damals Verantwortlichen der Bank nicht auch nach schweizerischem Recht belangt werden müssen.»

Und Daniel Vischer, Grünen-Nationalrat und Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Rechtsfragen, sieht gar «klare Indizien für strafrechtliche Handlungen».

In der Tat offenbart die Klageschrift Nummer 09-20423 «United States vs. UBS AG», mit der Ex-UBS-Berater Bradley Birkenfeld überführt wurde – er wanderte vergangene Woche ins Gefängnis –, ein erstaunliches Mass an krimineller Energie. Von Manipulationen an Computern von Amerika-reisenden UBS-Beratern aus der Schweiz ist da die Rede, von speziellen Aus-

bildungsprogrammen für Schweizer Bankiers, die in den USA auf Kundenfang gingen, vom Druck, dort Jahr für Jahr vierzig bis fünfzig Millionen Franken Neugeld akquirieren zu müssen.

Es ist aktenkundig, dass UBS-Kundenberater aus der Schweiz grob fahrlässig Hand geboten haben zur Steuerhinterziehung und gegen das sogenannte Qualified-Intermediary-Abkommen verstossen haben. Es ist schwer vorstellbar, dass die Kenntnis solcher Entgleisungen innerhalb der Bank nie bis in die Teppichetage gedrungen sein soll.

Werden wir deshalb einen Marcel Ospel oder einen Peter Kurer erleben, der sich strafrechtlich vor einem Gericht zu verantworten hat? Der frühere Chef der Zürcher Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte, Christian Weber hat sein Urteil zum Fall jedenfalls gefällt: Er wäre «lieber Anwalt von Herrn Ospel als der Ankläger». Weber hat, mit einer dilettantischen Klageschrift bereits im Fall Swissair Schiffbruch erlitten. Und dieser Fall hatte auch zweierlei gezeigt: Niemand in Verwaltungsrat und Management hegte die Absicht, die Airline in den Ruin zu treiben; und eine falsche Strategie zu verfolgen, ist nicht strafbar.

Es gibt freilich einen entscheidenden Unterschied zum Fall UBS: Bei der Bank haben kriminelle Handlungen stattgefunden, die auch zu Verurteilungen geführt haben. Daraus resultierte eine gewaltige Wertvernichtung für die Aktionäre der Bank, Staat und Nationalbank eilten zu Hilfe, Milliarden an Steuergeldern mussten eingesetzt werden, um die UBS zu stabilisieren, und der gesamte Schweizer Finanzplatz wurde in Mitleidenschaft gezogen. Noch selten hatte hierzulande Fehlverhalten grössere Folgen.

Dennoch ist ein Strafprozess gegen die Ex-Präsidenten der UBS kaum erfolgreich zu führen. Die Beweisführung darüber, was ein Marcel Ospel über die Machenschaften seiner Berater in den USA gewusst hat, liegt beim Ankläger, und die Beweiskette zum daraus resultierenden Schaden ist kaum lückenlos zu schliessen. Oder wie es jener renommierte Schweizer Anwalt sagte, der zudem als UBS-Aktionär auch Geschädigter ist: «Das ist eine extrem aufwendige und risikoreiche Übung.»

einer Anzeige, werde sich bei den US-Behörden selbst anzeigen, sagt man sich völlig zu Recht beim IRS. Inzwischen eilen nämlich bereits Tausende von amerikanischen UBS-Kunden zum IRS. Sie hofften, mit Hilfe einer Selbstanzeige relativ glimpflich davonzukommen, sagt der amerikanische Steueranwalt Scott D. Michel. Das Abkommen schaffe für praktisch jeden einen enormen Anreiz, sich bei den Steuerbehörden zu outen, meint auch der amerikanische Anwalt Peter Zeidenberg: «Wenn es bisher einen kontinuierlichen Fluss von Selbstanzeigern gab, wird es jetzt eine regelrechte Flut geben.» Denn bis zum 23. September können sie von einer Teilamnestie des IRS profitieren.

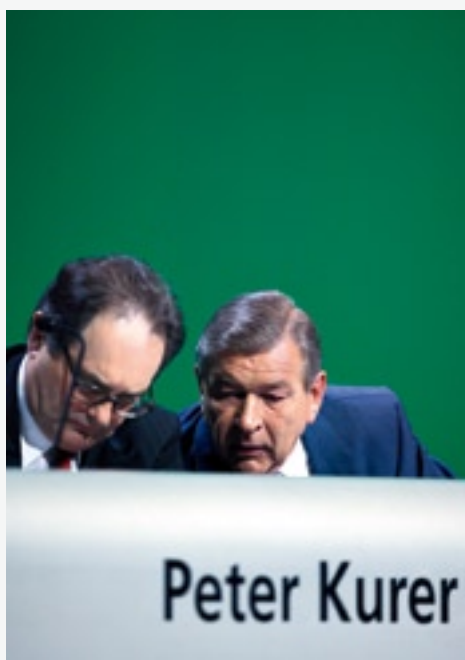
Vorverurteilung der Kunden

In den nächsten Tagen wird auch die UBS den betroffenen Kunden empfehlen, sie sollten sich doch bitte direkt bei den amerikanischen Steuerbehörden melden. Andernfalls werde die UBS die Bankunterlagen an die Eidgenössische Steuerverwaltung schicken. Von dort gelangen sie dann in die USA.

Im Prinzip haben die Kunden die Möglichkeit, vor einem Gericht die Auslieferung der Bankunterlagen zu verhindern. Doch im Grunde genommen sind sie schutzlos. Denn Einsprachen müssen vom Kunden den amerikanischen Steuerbehörden gemeldet werden. So will es das amerikanische Recht. Die US-Steuerfahnder kommen also in jedem Fall zu ihren Informationen. Was einer Vorverurteilung gleichkommt, ohne dass die Kunden in den USA eine Chance auf eine gerechte Anhörung haben.

Das in der vergangenen Woche ausgehandelte Abkommen ist zwar besser ausgefallen, als viele Banker und Politiker erwartet hatten. Der UBS wird zum Beispiel erspart, eine saftige Busse zu zahlen und sich einem langen Gerichtsverfahren zu stellen. Anfänglich hatten die USA die UBS aufgefordert, 52 000 Dossiers von US-Bürgern herauszurücken. Diese Zahl wurde stark reduziert. Die UBS hatte sich die Konti ihrer Kunden angeschaut und geprüft, wer mit Gesellschaftskonstrukten Geld am Fiskus vorbeischleusen wollte. Dabei war sie zum Schluss gekommen, dass bloss rund zehn Prozent der 52 000 Dossiers «verdächtig» sind.

Was das Abkommen taugt, wird sich indes erst in anderthalb Jahren zeigen. Bis dann, so fordern die USA, sollten die Dossiers in Washington sein. Wie aber werden die amerikanischen Behörden reagieren, wenn das Bundesverwaltungsgericht nur bei einem Teil der Dossiers Amtshilfe leisten will? Im Vergleich ist diese Frage klar geregelt. Dann müsste das Abkommen neu ausgehandelt werden. Sollte diese Option scheitern, könnten sich beide Seiten mit Sanktionen belegen. Womit das Abkommen zur Fahrt ins Blaue mit unbekanntem Ausgang würde. ○



Falsche Strategie: Ex-UBS-Chef Ospel.

Stützpunkt der Frau

Das weibliche Bein beflügelte die Frauenbewegung. Es wurde zum Symbol der Rebellion und ist Objekt sexueller Begierden. Seine glänzende Karriere verdankt es dem Fahrrad, der Unterhose und dem Zweiten Weltkrieg. *Von Daniele Muscionico*

Endlos sind sie, himmelstürmend, zwei kultische Säulen. Sie füllen den Horizont jeden Betrachters, die Schenkel von Swetlana Pankratowa, offizielle Besitzerin der längsten Beine der Welt. Die Rekordhalter messen 1,32 Meter und brachten Pankratowa letzten November einen Eintrag ins Guinness-Buch ein. Damit überschritt die Immobilienhändlerin an der Costa del Sol die Hochleistung von Nadja Auermann, deutsches Beinwunder, um sage und schreibe zwanzig Zentimeter.

Doch Auermann, Muse von Helmut Newton, überragt die Konkurrentin dennoch im kollektiven Gedächtnis. Zum Stützpunkt ihrer Beine findet sich bei ihr auch Persönlichkeit. Bereits in den neunziger Jahren fanden sich Damen, die Auermanns 112er-Stelzen in den Schatten stellten, und trotzdem gelten die zwei Auermänner bis heute als das Mass aller Dinge. Adriana Karembeu allerdings nennt nicht nur 125er-Beine ihr Eigen, sondern auch einen Ehemann, dem die Kaufkraft langer Beine vertraut ist, einen ehemaligen französischen Fußballspieler.

Doch Männerbeine sind nicht Frauenbeine, das weiss jedes Mädchen, spätestens seitdem seine Mutter es anwies, beim Sitzen die Beine geschlossen zu halten. Parallel, schicklich nebeneinandergestellt. Um später festzustellen, dass männliche Kollegen von ihren Müttern genau das Gegenteil gelernt haben muss-

Wer behauptet, der Reiz weiblicher Beine liege zwischen ihnen, greift ins Dunkle.

ten, raumfüllend zu sitzen nämlich und raumgreifend zu gehen. Und je schmaler das Mädchen sich durch die Welt bewegt, umso beschränkter es ihren Platz besitzt, umso ausgehnter verfügen ihre männlichen Freunde darüber.

Was soll daran erotisch sein?

Was ist das Besondere am weiblichen Bein? Im Grunde ein Körperteil, kein Geschlechtsteil ausserdem, der dem männlichen Pendant fast aufs Haar ähnelt. Wieso sollte man es sexualisieren? Was ist das Faszinierende, das Verlockende für Männer und für Frauen? Was ist an ihm so gefährlich, dass es durch alle Zeiten und Kulturen bedeckt und versteckt worden war? Mit dem Ergebnis, dass das 20. Jahrhun-

dert das Bein mit der Macht des Verbotenen zum Objekt sexueller Obsession stilisieren kann. Denn auch das ist eine Leistung der Moderne: die Verwandlung des Frauenbeins vom züchtig verhüllten Körperteil zum verführerischen Glanzstück.

Wer behauptet, der Reiz weiblicher Beine liege zwischen ihnen, der greift in Gedanken ins Dunkle. Wenn Beine nur deshalb erotisiert worden wären, weil sie der kürzeste Weg zum Ziel sind, wieso hätten Frauen in den vergangenen Jahrhunderten nicht eher ihre Lenden als ihre Schenkel bedeckt? Tatsächlich aber hatten Unterhosen für Damen, soweit sie überhaupt vorhanden waren, bis Ende des 19. Jahrhunderts sogar ein Loch im Schritt! Derweil in der feinen britischen Gesellschaft unter Königin Viktoria das Wort «leg» als unschicklich galt; es stand zu befürchten, dass allein sein Klang den Männern vor Lust die Besinnung raube.

Der Hosenskandal

«Eine abscheuliche Erfindung, die mannigfaltige Unordnung hervorbringt», so apostrophierten die Kritiker die Damenunterhose, locker sitzende, knöchellange Leggings, als sie 1825 in England zum ersten Mal auftauchte. Ihre Gegner befürchteten schon die Zersetzung der weiblichen Gedanken und Moralvorstellungen – allerdings nicht, wie man annehmen könnte, weil diese den Schritt freiließ. Stein des Anstosses war, dass sie – getragen anstelle von mannigfachen, schweren Unterröcken – wie eine Hose gegabelt war! Dieser Umstand traf auf die Auffassung, dass eine Frau, sobald sie ihre Beine in Hosen steckte, sexuell lasziv würde, schlimmstenfalls gar eine Lesbe.

Der frühe Hosenskandal machte deutlich: Frauenbeine wurden als Bedrohung der moralischen Ordnung angesehen, als Symbol weiblicher Unabhängigkeit. Deshalb war die Vorhut der Frauenemanzipation auch so versessen darauf, das weibliche Bein zu befreien. Und als das lästige Gewicht mehrerer Unterröcke und die Behinderung der Damen, die in ihren voluminösen Reifröcken nicht in der Lage waren, eine schmale Treppe nach oben zu gehen, verschwunden waren; als die Unterröcke endlich fielen und nicht mehr beim Sitzen und beim Bücken ständig daran erinnerten, behutsam zu sein, sich nur in gemessenen Posen und Gesten zu bewegen – da kam den



Emanzipatorische Leistung: Betty Grable.



Macht des Verbotenen: James-Bond-Plakat.



Verführerischer Glanz: Sängerin Rihanna.



Objekt sexueller Obsession: Fotografie von Daniel LaChapelle 1997.

Frauen bei der Befreiung ihrer Beine unerwarteterweise auch ein Transportmittel zu Hilfe: das Fahrrad.

Natürlich galt auch diese Erfindung zunächst als physisch und moralisch schädlich für die Damenwelt. Man orakelte, dass die physische Anstrengung ihrer inneren Organe irreparable Schäden zeitigen könnte. Dass sie auf Händen und Knien Böden schrubbte, hielt man für gesundheitlich unbedenklich, doch eine einzige Fahrt auf dem Fahrrad konnte ihr Leben zerstören! Und tatsächlich waren die frühen Räder, Hochräder, mit mehreren Schichten langer Röcke unmöglich zu besteigen.

Fahrt auf Freiheitsmaschinen

Doch in den 1890er Jahren, mit der Verbreitung der Unterhosen, dem Ablegen der Westentailenkorsetts und der neusten Erfindung des Luftreifens, wagten sich immer mehr Frauen auf einen Sattel. Die Suffragetten nannten das Fahrrad «Freiheitsmaschine», und so, entrüsch, gekleidet in Strümpfe und hohe Stiefel, die befreiten Beine im Gegenwind, war eine Radfahrt für Damen wohl das, was für Armstrong später der erste Schritt auf dem Mond war. In Frankreich fand man die Cyclistinnen und ihre neue Beinfreiheit *le dernier cri*, und teilweise traten Frauen lediglich aus modischen Gründen in die Pedale.



Gefühl von Stärke: Fotografie von 1959.

Die Akzeptanz des Cancans – ursprünglich waren die Proletarierinnen unter ihren Röcken nackt – und der Nackttänzerinnen hatte moralische Vorarbeit geleistet. In den USA und in England hingegen wurde der weibliche Radfahrer angepöbelt, manchmal sogar verhaftet und im Allgemeinen als bessere Prostituierte betrachtet – mit der Folge, dass sich der männliche Blick auf den weiblichen Körper

auf die untere Körperhälfte zu konzentrieren begann.

1925, als die Rocksäume langsam höher rutschten, für manche das Ende der Zivilisation, wurden Beine das populäre Objekt dessen, was in den USA damals als Pornografie galt. 1941, bei Kriegseintritt, kam eine Flut von patriotischen Pin-up-Magazinen auf den Markt, die alle auf das eine fokussiert hatten: Beine. Ihr Symbol war Amerikas Pin-up Nummer eins, Betty Grable. Und nur wenige der Leser der Armeemagazine führten sich wohl die verblüffende Tatsache vor Augen, dass das weibliche Bein innerhalb von nur zwanzig Jahren von unmoralisch zu uramerikanisch mutiert hatte.

Betty Grable, Liebling der Soldaten, die Frau, die sogar zwei Gründe besass, weshalb sie in Hollywood Karriere machte. Und sie stand auf beiden. Paramount hatte ihr 1939 eine Rolle in dem Film «Million Dollar Legs» gegeben, eine Bezeichnung, die sich eigentlich auf ein Rennpferd bezog, doch als die Grable von 20th Century Fox unter Vertrag genommen wurde und die Firma beschloss, sie als Geheimwaffe auf den US-Militärstützpunkten aufzubauen, liess man ihre Beine bei Lloyds versichern – für eine Million Dollar. Fox setzte in der Folge seine PR-Maschinerie so lange in Bewegung, bis die Welt davon überzeugt war, dass es keine schöneren Beine gab als die von Betty.

■ GEBERIT

«Ich liebe Wasser,
weil es so ist, wie es ist.»

Melanie Winiger



Wasser ist mit nichts zu vergleichen. So frisch, so sanft und trotzdem kraftvoll. Wasser, das ist natürliche Reinheit. Erleben Sie das Prinzip Wasser mit Geberit AquaClean.

www.i-love-water.ch oder 0800 432 432 (kostenlos)

Geberit AquaClean

Das WC, das Sie mit Wasser reinigt.



Was zunächst ein Marketing-Gag eines Filmstudios war, machte bald Schule: In den sechziger Jahren versicherte Universal Studios die Beine von Angie Dickinson ebenfalls für eine Million. Und seitdem haben Jamie Lee Curtis, Brooke Shields, Mary Hart, Heidi Klum sowie

Die Symbole der weiblichen sexuellen Kraft bringen die Moral der Männer ins Wanken.

Tina Turner, Rihanna und Mariah Carey alle ihre Beine versichert. Mit Beträgen zwischen einer Million (Hart) und einer Milliarde Dollar (Carey). Eine sichere Bank für Lloyds, denn keine der Damen wird je versuchen, die Versicherungssumme zu kassieren.

Nylon- und Stiletto-Revolution

Die nächsten Meilensteine in der Kulturgeschichte des weiblichen Beins folgen in den fünfziger Jahren gleichsam wörtlich auf Schritt und Tritt. Anfang der fünfziger Jahre wird der Nylonstrumpf auch für die europäische Frau ein Alltagsprodukt; «Nylon», die Kunstfaser, angeblich aus den Namen New York und London zusammengesetzt, wo sie simultan entwickelt wurde. Wiewohl es in England während des Kriegs keine Nylons zu kaufen gab, sämtliche Textilien wurden für die



Gemessene Posen: Marilyn Monroe 1955.

Herstellung von Fallschirmen benötigt. Dann, 1958, tritt der Stöckelschuh auf, eine Erfindung von Roger Vivier für Christian Dior. Und in dem Moment, als schwarzer Nylon auf Stiletto traf, konnte niemand mehr leugnen, dass die Beine der erotischste Teil des weiblichen Körpers sind. Auf den dolchartigen Spikes ist eine Frau grösser und wirkt sie gefährlicher, wenn sie ihre scharfen, phallischen Spitzen in

den Boden rammt. Und auch wenn sie physisch auf hohen Absätzen vielleicht hilfloser ist, sexuell wirkt sie wesentlich mächtiger.

Doch ist es effektiv eine emanzipatorische Leistung, wenn Frauen Stiletto tragen, um Macht zu beglaubigen? Die Verdienste der High Heels für die Befreiung des Frauenbeins sind zweischneidig. Doch sie liefern eine eindeutige Antwort auf die Frage, weshalb das weibliche Bein so lange verdeckt wurde und tabuisiert.

Die moralischen Grundpfeiler waren tatsächlich in Gefahr, als Frauen ihre Röcke rafften und sich aufs Rad schwangen: nicht nur, weil sie selbst ihre traditionelle Rolle in Frage stellten, sondern auch, weil viele Männer diese Stärke unerwartet attraktiv fanden. Denn bis zum heutigen Tag regen ein Paar lange, wohlgeformte Frauenbeine, vorzugsweise auf erbarmungslosen Stiletto, rollenkonträre Fantasien an: Die Symbole der weiblichen sexuellen Kraft bringen die Moral der Männer ins Wanken.

Die Besitzerinnen empfinden ein Gefühl von Stärke – und die Betrachter bekommen weiche Knie.

Dian Hanson: The Big Book of Legs. Taschen-Verlag. 368 S., Fr. 67.–.

SIMPLY CLEVER

Škoda Octavia RS

DIE STRASSE IST SEIN GELÄNDE

Ab CHF 39'900.–*



Der Škoda Octavia RS fährt voraus mit innovativen Highlights und einem prägnanten Design. Hinter seinen markanten Xenon-Scheinwerfern, seinem sportlichen Fahrwerk und den kraftvollen Motoren steckt ein Perfektionismus, der bis ins Detail auf die hohen Ansprüche der Schweiz ausgerichtet ist. Und das alles mit einem attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnis. Überzeugen Sie sich selber auf einer Probefahrt und profitieren Sie jetzt von attraktiven Leasing-Konditionen bei Ihrem Škoda Partner. www.skoda.ch

* Škoda Octavia RS Limousine, 2.0 l TSI, 200 PS/147 kW, 5 Türen. Der angegebene Preis entspricht nicht dem abgebildeten Modell. Empfohlener Verkaufspreis inklusive 7,6% MwSt. Treibstoffverbrauch/CO₂-Ausstoss 2.0 l TSI: Verbrauch gesamt 7.5 l/100 km, CO₂ 175 g/km. Energieeffizienz-Kategorie: C. Mittelwert aller Neuwagenmarken und Modelle in der Schweiz: 204 g/km.

Škoda. Made for Switzerland.

«Gewisse Zwänge»

Bernhard Pfyffer-Feer zu Buttisholz ist Nachkomme des «Schweizerkönigs» und Schlossherr. In Adelskreisen will er dennoch nicht verkehren.

Von *Andreas Z'Graggen* und *Dan Cermak* (Bild)

Luzern war der mächtigste Stand der Inner-schweiz und die Pfyffer lange die wichtigste Familie dieses Stadtstaates. Wie schafften die den Aufstieg?

Weder weiss man genau, woher wir kamen, noch ist mir im Detail bekannt, wie meine frühen Vorfahren zu Amt und Würden gelangten. Sicher lief vieles übers Geld. Die Pfyffer waren erfolgreiche Tuchhändler und Müller, das lässt sich noch im Wappen erkennen. Bedeutend wurden sie erst Ende des 15. Jahrhunderts; sie galten als Emporkömmlinge und wurden von den eingesessenen Patriziern denn auch eher verächtlich behandelt. Ihre Macht beruhte auf Politik, Militär und Kirche.

Bei der Verteilung der ausländischen Kriegsdienstgelder, der Pensionen, kam es zu einem Korruptionsskandal, an dem die Pfyffer massgeblich beteiligt waren.

Der Pfyffer-Amlehn-Handel von 1569. Die Verteilung der Pensionen war Sache des Staates. Aber die Pfyffer auf französischer Seite und die Amlehn auf spanischer machten die Sache unter sich aus. Doch die Amlehn verpffiffen später die Pfyffer, diese wurden aus der Stadt geworfen, kehrten dann wieder zurück und betrieben den Rausschmiss der Amlehn.

Der wohl mächtigste Kriegsunternehmer des 16. Jahrhunderts, nicht nur in Luzern, sondern in der Schweiz überhaupt, war Ludwig Pfyffer. Man nannte ihn sogar «Schweizerkönig».

Pfyffer stand im Dienste des französischen Königs Karl IX. und hat ihm im Kampf gegen die Hugenotten das Leben gerettet. Dafür erhielt er Orden und eine Ehrenkette, die mal im Landesmuseum ausgestellt war. Pfyffer war enorm reich. Als der König mit Soldzahlungen im Rückstand war, bezahlte Ludwig die Soldaten aus der eigenen Tasche. Weit über die Landesgrenzen vertrat er die Interessen der katholischen Schweiz. Als er starb, läutete man aus Schadenfreude in den protestantischen Orten die Glocken.



«Zudem hatte die Familie Glück»: Pfyffer mit Ehefrau Gaby auf Schloss Buttisholz.

Schweizer Adel

Die Pfyffer

Luzerns bedeutendste Familie war lange an der Macht.



Erstmals tauchen die Pfyffer von Altishofen 1322 auf, in einer Urkunde des Klosters St. Urban. Andreas schafft es 1508 als erster Pfyffer in den Kleinen Rat. Von da weg und bis zum Untergang der Alten Eidgenossenschaft sind die Pfyffer an der Macht, wohl Luzerns bedeutendste Familie. Im Tuchgewerbe und im Fernhandel wohlhabend geworden, sind sie über Jahrhunderte an den wichtigen Posten des Stadtstaates zu finden: Schultheissen, Pannerherren (Heerführer), Landvögte und Mitglieder des Kleinen Rates, des wichtigsten Politgremiums. Unzählige Pfyffer waren Offiziere in fremden Kriegsdiensten halb Europas, oft hatten sie eigene Regimenter, was den Luzerner Bauernsöhnen Arbeit und den Pfyffern viel Geld brachte.

Bedeutendster Pfyffer war fraglos Ludwig, wegen seines Einflusses in der Alten Eidgenossenschaft «Schweizer König» genannt – und wegen seines immensen Reichtums. Er baute Schloss Altishofen und kaufte Schloss Wyher. Im Kampf gegen die Hugenotten rettete er dem französischen König Karl IX. mit seinem Regiment das Leben. Zum Dank durften die Pfyffer hernach bedeckten Hauptes vor den König treten. Vom deutschen Kaiser wurde Ludwig 1566 geadelt.

Nach der Reformation war Luzern Vorort der Katholiken, daher auch die enge Bindung der Pfyffer zur Kirche. Christoph war Heerführer der siegreichen katholischen Eidgenossen im Ersten Villmergerkrieg, und ganze elf Pfyffer waren Kommandanten der päpstlichen Garde.

Nach dem Ende der Alten Eidgenossenschaft 1798 gab es zwar noch Pfyffer als Stadtpräsident, Nationalratspräsident, Divisionäre etc., aber Macht, Ruhm und Einnahmequellen waren weg. (az)

Unzählige Pfyffer waren Kommandanten der Schweizergarde in Rom.

Ja, elf, inklusive meines Vaters. Das war das Business der Pfyffer, basierend auf einem Vertrag zwischen dem Papst und Luzern.

Sind Sie in Rom aufgewachsen?

Nein, als mein Vater Kommandant wurde, 1974, war ich Student an der ETH. Gelegentlich besuchte ich meine Eltern in ihrer grossen Dienstwohnung. Allerdings war die etwas altertümlich, mein Vater musste allein fürs Heizen zwei bis drei Monatslöhne opfern.

Gab es auch Pfyffer, an die Sie nicht gerne erinnert werden?

Ein Übeltäter ist mir nicht bekannt. Aber gewiss waren die Pfyffer nicht die Bravsten. Ludwig hatte sogar vier uneheliche Kinder. Überhaupt waren die Pfyffer kinderreich und weit verzweigt, heute würde man sagen, gut vernetzt, worauf ein Teil ihrer Macht beruhte. Zudem hatte die Familie Glück, dass sie weitgehend von der Pest verschont blieb.

Welche Ihrer Vorfahren haben Ihnen am meisten imponiert?

Es gab fraglos aussergewöhnliche Kriegerleute. Aber eigentlich interessieren mich eher andere Pfyffer, wie zum Beispiel Franz Ludwig, der zwar auch ein Regiment hatte, aber vor allem als Ingenieur tätig war und in Luzern das Innerschweizer Relief baute. Oder Eduard, Luzerner Erziehungsdirektor und Förderer der allgemeinen Schulpflicht. Dann Niklaus Pfyffer, mein Urgrossvater, ein bedeutender Landschaftsmaler, dem sogar Königin Victoria Bilder abkaufte. Und dann natürlich Kasimir Pfyffer. Er schrieb «Die Geschichte der Standt und des Kantons Luzern» sowie einen ersten Entwurf der Bundesverfassung. Kasimir wurde später Nationalratspräsident.

Gibt es in Ihrer Familie bedeutende Frauen?

Ja, meine. Es sind ja auch nicht viele Frauen Chefärztinnen. Interessant ist die Frau von Franz Ludwig, eine Französin, die Schloss Wyher umbaute und als erste Frau den Pilatus bestieg. Ihr Beinahe-Abgang war tragikomisch: sie wurde als Scheintote eingesargt. Meist beschränkte sich auch bei den Pfyffer die Rolle der Frau auf jene der Gattin und Mutter. Oft wurden die Ehen arrangiert. Sogar noch die meines Urgrossvaters Niklaus. Vater und Schwiegervater, ein Gödlin von Tiefenau, schlossen für ihre Kinder einen Ehevertrag. Das war im 19. Jahrhundert, ich habe den Vertrag noch.

Hätten es Ihre Eltern gerne gesehen, wenn Sie eine Frau aus aristokratischen Kreisen geheiratet hätten?

Nein, überhaupt nicht, das war nie ein Thema, obschon meine Frau als reformierte Werkstudentin wohl nicht dem traditionellen pfyfferschen Frauenbild entsprach. Schon mein Grossvater und auch mein Vater hatten bürgerlich geheiratet.

Wieweit war die noble Herkunft in Ihrer Familie von Bedeutung?

Gegen aussen lebten wir wie alle andern und durften in keiner Weise hochnäsigen sein. Von unseren Eltern wurden uns gute Umgangsformen und Höflichkeit sowie Achtung vor anderen vorgelebt. Auch mir ist das wichtig. Gegen innen gab es indes auch gewisse Zwänge, so im Sinne, das gehört sich nicht für einen Pfyffer. Gelegentlich war mir das auch echt lästig, etwa wenn wir bei meiner Tante zum Essen waren, ich nicht reden durfte und während Stunden dasitzen musste, stumm wie ein Fisch.

Was bedeutet es Ihnen, Aristokrat zu sein?

Gar nichts.

Es ist doch ein schönes Gefühl, Nachkomme eines Königs, wenn auch nur eines «Schweizer Königs», zu sein und in einem Schloss zu wohnen.

Für den Ludwig Pfyffer kann ich nichts, und das Schloss in Buttisholz habe ich geerbt. Allerdings macht es mir grosse Freude, in einem Haus wohnen zu dürfen, das meine direkten Vorfahren, sie hiessen Feer, vor fast 500 Jahren gebaut hatten. Und ich bin ein wenig stolz darauf, dass es mir gelungen ist, dieses Schloss wieder auf Vordermann zu bringen. Mit Hilfe der Stiftung Pro Arte Do-

«Für den Ludwig Pfyffer kann ich nichts, und das Schloss in Buttisholz habe ich geerbt.»

mus, von Gemeinde, Kanton und Bund, vor allem aber dank der Unterstützung meiner Frau, ohne die ich das nie geschafft hätte.

Mit dem Besitz des Schlosses ist die Pflicht verbunden, sich Feer zu Buttisholz zu nennen. Könnten Sie einen Adelstitel führen?

Freiherr; wir könnten uns auch von Pfyffer nennen, wie meine Verwandten in Genf. Aber ich lasse das bleiben. Mich interessieren weder Titel noch Adel. Ich verkehre auch nicht bewusst in diesen Kreisen. Mir ist es wohler im Wald und auf der Jagd. Die Zeit der Aristokraten ist ohnehin längst vorbei. Aus meiner heutigen Sicht war diese Zeit eine ungerechte, deshalb trauere ich ihr auch in keiner Weise nach.

Bernhard Pfyffer von Altishofen-Feer zu Buttisholz ist der letzte Pfyffer mit einem Schloss. 1570 von einem Feer erbaut, kam Schloss Buttisholz nahe Sursee, samt fünfzig Hektaren Land und Soppensee, im 18. Jh. durch Erbgang an die Pfyffer. Laut Testament muss der Besitzer das «Feer zu Buttisholz» im Namen führen. Bernhard Pfyffer, dipl. Forstingenieur ETH, und seine Frau Gaby, Chefärztin am Luzerner Kantonsspital, haben das prächtige Schloss hervorragend renoviert.

In der Reihe über Schweizer Adelsgeschlechter sind bisher erschienen: «Eidgenössische Führungseliten» (Nr. 10/2009), Gaudenz von Salis (Nr. 18/2009), Niklaus von Reding (Nr. 22/2009), Florian von Meiss (Nr. 26/2009), Roger de Diesbach (Nr. 30/2009).

Sag mir, was du schiebst

Designer-Labels, Uhren- und Automodelle sagen viel aus über deren Träger und Besitzer. Aber was verrät die Wahl des Kinderwagens über die Lebenseinstellung der Eltern? Eine Typologie.
Von Alfred Martin



Potenziell hochbegabtes Baby: Bugaboo-Ehepaar Heidi Klum und Seal.

Bugaboo Cameleon – «Ist der Bugaboo-Kinderwagen ein ökonomischer Indikator?», fragte jüngst der *San Francisco Chronicle*. Nicht nur an der amerikanischen West Coast, auch in Schweizer Städten ist der Bugaboo einer der beliebtesten Kinderwagen. Mindestens seit Miranda aus «Sex and the City» in New York damit gesehen wurde (Modell Frog) und bald darauf Heidi Klum in Mönchengladbach, leistet sich, wer dabei sein will, einen Bugaboo. Und wer, ausser vielleicht Heidi Klum, möchte



Für Erfolgreiche: der Bugaboo.

nicht sein wie Miranda? Wer einen Bugaboo schiebt – egal ob mit Babyblick nach vorn oder hinten –, trägt Designerware und hat wahrscheinlich ein potenziell hochbegabtes Baby. Er ist Anwalt, Banker, Werber oder Berater. Die Mutter ist um die fünfunddreissig, hatte schon vier Wochen nach der Niederkunft wieder eine gute Figur und arbeitet als Juristin, Marketing Assistant oder Human Resources Director in einer Grossbank. Zwar stecken die zwei kleineren Räder des Wagens im Schnee oder auf Waldwegen schnell mal fest. Das schränkt die Mobilität aber überhaupt nicht ein. Das Bugaboo-Kind hat im Alter von einem Jahr bereits in mindestens drei gehobenen Hotels auf zwei Kontinenten übernachtet. Die Eltern gehen vorbildlich auf das Kind ein und sind zärtlich. Sie betonen bei jeder Gelegenheit, die wenige Zeit, die sie mit ihrem Kind zur Verfügung hätten, sei *quality time*.

Stokke Xplory – Besitzer dieser Kinderwagenmarke sind noch etwas bewusster gekleidet als die Kollegen mit einem Bugaboo. Sie zeichnen sich aus durch stilistischen Mut, Faszination



Für Eigenwillige: der Stokke Xplory.

an Technik und kindgerechter Philosophie sowie durch den Willen, sich von den Bugaboo-Fahrern dieser Welt abzuheben. Gesellschaftlich bewegen sie sich mindestens in der Bugaboo-Klasse, erschien doch der Xplory in «Sex and the City – Der Film» gleich dreimal. Der Erfolg des Xplory verpflichtet Bugaboo-Besitzer mittlerweile dazu, in einschlägigen Gesprächen zu erwähnen, man habe bei der Auswahl auch den Stokke Xplory in Betracht gezogen. Selbst wenn man den Nachwuchs in einem Bugaboo Limited Edition spazieren fährt.

Silver Cross Balmoral Pram – Den Balmoral Pram, das Flaggschiff der Heritage Collection von Silver Cross, bekommt man in der Schweizer Öffentlichkeit leider kaum zu Gesicht. Dabei ist er schlicht ein Traum von einem Kinderwagen. Man stelle sich eine Familie im Schatten eines Zürcher Privatparks vor, mit einem englischen Picknickkorb. Die Teller sind aus Porzellan und die Löffel aus Sterlingsilber. Die



Für Stilbewusste: der Balmoral Pram.

Marmelade ist bitter. Die *tea scones* duften. Daneben ein Bugaboo, Xplory oder gar Mountain Buggy? Solcherlei eignet sich höchstens als Zweitwagen fürs Bergferienhäuschen. Der

Balmoral Pram hingegen meistert diese Rolle mit Leichtigkeit. Er macht auf den ersten Blick klar, dass den Besitzern mehr an Stil liegt als an Praktikabilität. Das Material ist edel, die Lederriemenfederung beeindruckt mit britischer Handwerkskunst. Ein passendes Landgut und ein Butler, der ihn poliert, bringen den Balmoral optimal zur Geltung. Wenn das Kind laufen gelernt hat, erhält es den *Baby Balmoral* in Spielzeuggrösse.

Mountain Buggy Urban Jungle – Mehr als irgendwo sonst wimmelt es in der Schweiz von Menschen, die beruflich erfolgreich sind, im Privatleben anspruchsvoll und daneben einen ausgeprägten Sinn fürs Praktische haben. Sie fahren ÖV, einen Kombi oder ein SUV. Sie wandern gern. Ihr Kinderwagen soll agil in der Stadt sein, eigenhändig ins Tram gehoben werden können, im Kofferraum Platz haben,



Für Praktische: der Mountain Buggy.

sich zum Joggen eignen, auf Wald- und Wanderwegen nicht feststecken. Sie kaufen mal im Globus ein, doch meist bei Migros oder Coop, und deshalb muss die Einkaufstasche diskret unter dem Kinderwagensitz Platz haben. Ihr Favorit kommt aus Neuseeland und heisst Mountain Buggy. Dafür nehmen sie gerne in Kauf, dass sie bei der Migros an der breiteren Kasse für Rollstühle anstehen müssen. Der Mountain Buggy hat einen weiteren Trumpf im Angebot: nämlich die *double* und *triple* Urban Jungles. Mit diesen Modellen kommt er für Eltern von Zwillingen oder Drillingen in die engere Auswahl – darunter Prominente wie die Federers.

TFK (Trends for Kids) Jogger – Wer einen TFK Jogger schiebt, sei es zu Fuss oder mit Rollerblades, liebt Sport und die Natur. TFK-Besitzer beschweren sich nie oder selten über das Gewicht des soliden Wagens, erwähnen aber immer die einmalige Scheibenbremse. Entweder weil sie so praktisch ist – oder weil sie quietscht. Mit seinem TFK, so ein begeisterter Vater, könne man durch Wiesen wandern



Für Naturfreunde: der TFK Jogger.

und auch mal durch einen Bach. TFK-Besitzer möchten, wenn möglich, mehr als ein einziges Kind. Zudem kaufen sie Bioprodukte und sind überzeugt, den für sie besten Wagen gewählt zu haben.

Teutonia – Trotz seines Namens gehört der Teutonia zu den erfolgreicheren Marken in der Schweiz. Die Fülle an Modellen ist gewaltig. Für Teutonia-Besitzer ist ein Kinderwagen kein Statussymbol, sondern das, was er ist: ein Kinderwagen. Genau so sehen die Modelle auch aus. Für die Besitzer stehen die praktischen Aspekte des Familienlebens im Vordergrund. Der Kampf um den besten Stil ist ihnen fremd. Deshalb wahrscheinlich heisst das Motto des Herstellers: «Bequem. Ruhig. Sicher». Wohl eher ein Wagen für zukünftige Bundesräte als für *movie stars*.

PS: Dem Kind ist es in den allermeisten Fällen nicht so wichtig, in welcher Wagenmarke es gefahren wird.



Für Spartanische: Modell Teutonia.

Alfred Martin ist Unternehmensberater. Für seinen Sohn Benjamin Phileas befragte er aus Spass über achtzig junge Eltern nach den Erfahrungen mit ihren Kinderwagen. Benjamin fährt nun Mountain Buggy.

«Hitlers Befehle waren eindeutig»

Hätte der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verhindert werden können? Ein Gespräch mit dem Historiker Peter Hoffmann über die Folgen des Versailler Vertrags, Hitlers Wahnideen und das Versagen der Westmächte. *Von Hanspeter Born*



«Da konnte man die Augen nicht mehr zumachen»: Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in Nürnberg 1938.



Kürzlich setzte Der Spiegel zu einem Artikel «90 Jahre Versailles – Der verschenkte Frieden» den Untertitel «Warum auf den I. Weltkrieg ein zweiter folgen musste». Ist der Versailler Vertrag schuld am Zweiten Weltkrieg?

Hinterher kann man sagen, es musste so laufen, wie es gelaufen ist. Warum wäre es sonst so gelaufen? Aber da ist keine zwingende Logik. In der Geschichte kann man nicht mit naturwissenschaftlicher Genauigkeit arbeiten, man kann keine Experimente machen, und infolgedessen sind unsere Erklärungen Versuche, etwas zu verstehen, mehr nicht. Wenn der Versailler Vertrag etwas milder, gegenüber Deutschland entgegenkommender gewesen wäre, als er es tatsächlich war, aber wir alle anderen Faktoren wie die Wirtschaftskrise und den Aufstieg Hitlers gehabt hätten, könnten wir dann mit Sicherheit sagen, dass es keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte? Könnten wir sagen, ohne Versailles hätte es den Aufstieg Hitlers nicht gegeben? Das können wir nicht.

Könnte man sagen, dass es trotz der Härte des Versailler Vertrags keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte, wäre nicht Hitler gewesen?

Wenn Sie sich die Entwicklung der 1920er Jahre bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ansehen, werden Sie feststellen, dass Deutschland nach 1919 strategisch in einer viel besseren Lage war als 1914. Frankreich und Russland waren Feinde, Frankreich, England, Amerika und Japan hatten 1920 in Russland im Bürgerkrieg Truppen stehen. England hat Frankreich den gewünschten Garantievertrag nicht gegeben, er wurde ausgehandelt, aber nicht ratifiziert. Deutschland durchlief bis 1924 eine defensive Phase, dann eine Konsolidierungsphase bis 1929 und dann trotz Wirtschaftskrise eine politisch offensive Phase, die spätestens 1930 anfang und



«Der Zweck war Massenmord»: deutsche Soldaten an der polnischen Grenze 1939.

mit den Abrüstungsgesprächen 1932 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Hitler musste eigentlich nur in diesem vorgezeichneten Geleise weiterfahren. Der Unterschied war, für viele, wie zum Beispiel Moltke [Helmuth James Graf von Moltke, Mitglied des Widerstands], sofort sichtbar und für viele eben nicht, dass Hitler die Revisionspolitik

«Hitler wollte keinen Haufen Lumpen und Veteranen, die längst ohne Disziplin waren.»

Deutschlands, die bisher eine friedliche und wirtschaftliche war, für einen ganz anderen Zweck instrumentalisierte.

Inwiefern?

Er hat am 3. Februar 1933 die kommandierenden Generale versammelt und in der

Dienstwohnung von General von Hammerstein, der damals Chef der Heeresleitung war, den Spitzen des deutschen Militärs gesagt: «Die Wehrmacht wird nicht aufgebaut, um nicht zuzuschlagen.» Und er hat seine alte Leier von den Alternativen vorgebracht: Man könnte die Landwirtschaft oder den Export intensivieren, aber dies sei alles nicht die Lösung. Deutschland brauche Lebensraum. Weiter hat Hitler gesagt: Die schwierigste Phase sei die der Wiederaufrüstung. Die wollte er ganz schnell haben – auch aus Angst. Er sagte: «Da wird sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner hat.»

Was meinte er damit? Meinte er, dass, wenn Frankreich Staatsmänner habe, diese ihm widerstehen würden?

Damit hat man gerechnet. Hitler hat 1933 die Aufrüstung nur sehr langsam vorangetrieben und erst 1934 richtig in Gang gebracht. Da kam

Der Weg in den Krieg

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 hält fest, dass Deutschland und seine Verbündeten die alleinige Verantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkrieges tragen. Der Vertrag verpflichtet das Deutsche Reich zu Gebietsabtretungen (u. a. Elsass-Lothringen, Westpreussen und Posen) und zu «Reparationszahlungen» für die angerichteten Kriegsschäden.

1921 einigen sich die Siegermächte auf eine Wiedergutmachung von 132 Milliarden Goldmark, jährlich mit sechs Prozent zu verzinsen und zu tilgen. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und der Unmut über den «Schmachfrieden» von Versailles begünstigen den Aufstieg



«Schmachfrieden»: Berlin 1919.

Hitlers und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP).

1930 wird der Reichstag ohne sichtbaren Grund aufgelöst. Die nächsten Wahlen machen aus der Splitterpartei NSDAP (2,6 Prozent) eine Massenpartei mit 18,3 Prozent Wähleranteil.

Am 6. November 1932 bleiben die Nationalsozialisten mit 33,1 Prozent die stärkste Partei. Am 30. Januar 1933 wird Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 überträgt der Regierung das Recht, Ge-



«Mit grösster Schnelligkeit und Wucht»: deutsche Stukas 1940.

Kameraden, das auf der ersten Seite im Völkischen Beobachter veröffentlicht wurde. Darin erklärte er sich mit den verurteilten Mördern solidarisch.

Also hätte man schon damals merken müssen, wes Geistes Kind Hitler war. Nach dem sogenannten Röhm-Putsch mit über 200 Morden wurde es noch klarer.

Da konnte man die Augen nicht mehr zu machen.

Aber viele Leute in Deutschland und im Ausland haben die Augen zugemacht.

Ja, man sagte, wo gehobelt wird, da fallen Späne. Doch zurück zu Hitlers Aufrüstungsplänen. Hitler verlangte, dass bis April 1935 ein 300 000-Mann-Heer steht. Sowohl der Chef der Heeresleitung, General Werner Freiherr von Fritsch, wie der Chef des Generalstabs, Generalleutnant Ludwig Beck, lehnten dies ab. Sie sagten, dies wäre eine Mobilisierung und aussenpolitisch untragbar. Hitler hat dann etwas zurückgesteckt und akzeptiert, dass es langsamer geht. Tatsächlich war bis 1939 das Heer nicht grösser als etwa 300 000 Mann.

Trotzdem wollte Hitler den Krieg.

Es gibt mehrere Ankündigungen seines Krieges, zum Beispiel 1936 im Zweiten Vierjahresplan. Dem Memorandum, über das Göring in einer Kabinettsitzung berichtete, war zu entnehmen, dass ein Krieg bevorstehe und dass Deutschland die einzige Macht sei, die der bolschewistischen Weltbedrohung Paroli bieten könne. Göring verschwieg zwar vieles, aber diese Kriegsankündigung gelangte auch in die Zeitungen. Dazu kam in dem Memorandum noch das Verlangen, dass die deutsche Wehrmacht bis zu einem Termin – 1938, vielleicht auch 1940 – schlagbereit sein müsse und dass keine Rohstoffe gestapelt werden dürften. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die Art des Krieges, der geführt werden sollte.

Man wollte sich die Rohstoffe im Krieg holen?

dann der Konflikt mit der SA zum Ausbruch. Es ging dabei nicht um die Homosexualität von Röhm [Ernst Röhm, Kommandant der Nazimiliz Sturmabteilung oder SA] – das hatte Hitler längst gewusst, und es war ihm völlig egal –, sondern es ging darum, dass Röhm verlangte, die SA solle die Grundlage der Volksarmee werden.

Die SA hatte riesige Mitgliederzahlen und war viel grösser als die Armee.

Drei bis vier Millionen, da wäre die Armee in der SA verschwunden. Hitler wollte das nicht. Er musste sich entscheiden. Er wollte eine schlagkräftige Armee, keinen Haufen Lumpen und Veteranen, die längst ohne Disziplin waren. Wenn man einen guten Soldaten will, dann muss der jung sein und zwei bis drei Jahre gedient haben.

Man kann Hitlers Ziele verstehen, aber die Methoden, die er anwandte – zum Beispiel

die Ermordung des ehemaligen Reichskanzlers General von Schleicher –, waren kriminell.

Das war brutal.

War dies das erste Mal, dass es sich zeigte, dass in Berlin eine Verbrecherclique am Ruder war?

Man konnte das früher sehen. So hat meine Grossmutter im August 1932 gesagt: «Mit den Nazis, da ist das Tischtuch zerschnitten, da kommt nichts mehr in Frage.» Dies war nach dem Vorfall, der als Fall Potempa bekannt ist. In dem Dorf Potempa prügeln SA-Leute einen kommunistischen Arbeiter zu Tode und zwingen seine Mutter zuzusehen. Zwei oder drei von denen wurden zum Tode verurteilt, nachdem Reichskanzler von Papen eben ein Gesetz erlassen hatte, das für politische Morde die Todesstrafe androhte. Hitler schickte dann ein Telegramm an seine

setze auch ohne Zustimmung des Reichstages zu beschliessen. Mit einer Verbindung aus Terror, Propaganda und Popularität gelingt es der neuen Machtclique, einen seit Jahrhunderten gewachsenen Rechts- und Verfassungsstaat zu zerstören.

Im ersten Jahr der Machtergreifung tritt Deutschland aus dem Völkerbund – eine Vorform der Uno – aus und bricht Abrüstungsgespräche in Genf ab. Hitler will möglichst schnell die Armee hochrüsten. Sein Ziel, das er bereits in «Mein Kampf» formuliert hatte: mehr «Lebensraum» für die arische Rasse im Osten zu erobern.



Inflation in Deutschland: 1923.



Machtergreifung: Hitler, Hindenburg 1933.

Fortsetzung auf Seite 42

Ja, der Krieg musste den Krieg ernähren. Es wird nur gerüstet für kurze Feldzüge. Dies hat sich zwar dann nachher mit dem Russlandfeldzug geändert, aber am Anfang war die Absicht, nur kurze Feldzüge zu führen, denn Hitler wusste natürlich, dass er einen langen Feldzug nicht durchhalten konnte. Am Ende des Memorandums kam Hitler auf «Wirtschaftssabotage» zu sprechen. Deutschland war ständig in Devisenschwierigkeiten, musste vieles, was für die Kriegsproduktion entscheidend war, wie z. B. Kobalt, Wolfram, Nickel oder Chrom, im Ausland kaufen. Man brauchte also Devisen. Hitler sagte: «Wenn jemand im Ausland Guthaben hat und die nicht repatriiert oder der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellt, dann ist er ein Wirtschaftssaboteur und ist mit dem Tode zu bestrafen.» Er wolle ein Gesetz, das für Wirtschaftssa-

«Fast nie wird von Historikern die Todesdrohung gegen die Juden erwähnt.»

botage die Todesstrafe androhte. Und weiter: «Wenn einer von der jüdischen Rasse Wirtschaftssabotage begeht, werden alle Rassegossen dafür zur Rechenschaft gezogen.» Das war eine Todesdrohung gegen alle Juden. Und die Verbindung zwischen Krieg und Judenmord ist auch in dem Memorandum von 1936. Denn das steht ja beides nebeneinander. Ich gebe mir immer grosse Mühe, dies meinen Studenten beizubringen. Ich finde das unglaublich aufregend und frappierend und auch unverständlich, dass in der Literatur so wenig davon die Rede ist. Fast nie wird diese Todesdrohung gegen die Juden erwähnt. Die Historiker ziehen es grossenteils vor, eine sogenannte strukturelle Erklärung vorzubringen. Also: Das Getto Lodz ist überfüllt, man musste etwas machen, um dies in den

Griff zu bekommen. So wird das zum Teil erklärt, was natürlich einfältig ist. Dies erklärt nicht die Androhungen, und das erklärt auch nicht die Massenerschiessungen in Polen längst vor der Überfüllung des Gettos.

War der erste Feldzug, den Hitler plante, einer gegen die Tschechoslowakei?

Oder Österreich. Er hat eigentlich 1937 die Tschechoslowakei als Priorität bezeichnet, aber es kam dann so, wahrscheinlich zum Teil zufällig, vielleicht durch Bundeskanzler Schuschniggs Ankündigung eines Referendums am 9. März 1938, dass Österreich überstürzt zuerst «eingemeindet» wurde.

Hat Hitler den Einmarsch in Österreich demnach nicht geplant, sondern einfach die Situation ausgenutzt?

Österreich mit Deutschland zu vereinigen, war natürlich geplant, aber im Allgemeinen, der genaue Zeitpunkt blieb offen. Für den nun gegebenen Zeitpunkt war nichts vorbereitet. General Beck hatte sich geweigert, sowohl gegen Österreich als auch gegen die Tschechoslowakei irgendwelche offensiven Vorbereitungen zu treffen. Eine militärische Bedrohung Österreichs oder gar eine Invasion, so meinte Beck, der für den Anschluss war, könne nur die Österreicher gegen Deutschland aufbringen, nur kontraproduktiv sein.

Wie ging's dann weiter?

In Österreich hat sich im Februar 1938 alles aufgelöst. Die ganze österreichische Front wurde von innen genauso sehr wie von aussen aufgeweicht. Der sogenannte Blumenkrieg ging ja dann ganz glatt. Ich glaube, dass dies eine opportunistische Entscheidung von Hitler war, in dem Moment Österreich zu besetzen. Das eigentliche Anliegen war die Tschechoslowakei.

Hitlers erstes wichtiges Anliegen, sagen Sie, war die Tschechoslowakei. Er hat seine Forderungen gestellt, und Chamberlain und Frankreich haben nachgegeben. Wie kam es dazu?

Peter Hoffmann



«Schimmer der Hoffnung»: Hoffmann.

Der 1930 in Dresden geborene und in Stuttgart aufgewachsene Historiker lehrt an der McGill University in Montreal Deutsche Geschichte. Sein Buch «Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler» (1969) ist das bis heute unübertroffene Standardwerk zum Thema. Eine Neuauflage der Biografie «Claus Schenk Graf von Stauffenberg» erschien soeben in der dritten Auflage. Hoffmann wirkte als Berater für «Valkyrie», den Film über den 20. Juli 1944 mit Tom Cruise. Primäre Motive der Verschwörer seien die grausame Behandlung der Bevölkerung in den eroberten Ländern sowie die Vernichtung der Juden gewesen. Der Widerstand gegen Hitler sei «ein Schimmer der Hoffnung in dem Meer menschlicher Gleichgültigkeit». (hpb)

Im Februar 1934 hat das Committee of Imperial Defence des britischen Kabinetts eine Lageeinschätzung vorgelegt, aufgrund deren es eine Aufrüstung verlangte. Zu einer Zeit, als Japan, das seit 1924 auf Ausdehnungskurs war und seit 1931 in der Mandschurei Krieg

Fortsetzung von Seite 41

In der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1934 werden der Chef der Sturmabteilung (SA), Ernst Röhm, und ein Drittel der höheren Kadern getötet. Damit ist der Führungsanspruch der Wehrmacht gegenüber der Nazimiliz unangefochten. Hitler will eine schlagkräftige Armee und «keinen Haufen von Lumpen und Veteranen» (Peter Hoffmann).

Ab 1936 sind die Vorbereitungen für den bevorstehenden Krieg offiziell. Der Vierjahresplan wird von Hitler damit begründet, dass die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein müsse.



Hitler in Wien: März 1938.

Am 12. März 1938 marschiert die Wehrmacht in Österreich ein, ohne dass England oder Italien intervenieren. Hitler wird auf dem Wiener Heldenplatz begeistert empfangen.

Der «Anschluss» Österreichs zeigt Hitler, dass er von den Westmächten wenig zu befürchten hat. An die Wehrmacht ergeht darauf der Befehl, die Zerschlagung der Tschechoslowakei vorzubereiten.

Auf der Münchner Konferenz vom 29. September 1938 erhält Deutschland von England, Frankreich und Italien das Sudetenland zugesprochen. Dieses mehrheitlich von Deutschen besiedelte Gebiet in der Tschechoslowakei



Platin-Club

Weltwoche-Spezialangebot

aXbo-Schlafphasenwecker:
Als Weltwoche-Abonnent/-in profitieren Sie von 20% Rabatt.



Der Wecker wird mit einem Set für 2 Personen ausgeliefert. So können 2 Personen unabhängig voneinander geweckt werden.

Ab sofort steht man nie wieder mit dem falschen Bein auf:
Der Schlafphasenwecker aXbo weckt nicht nur rechtzeitig, sondern auch zum idealen Zeitpunkt.

Jeder Mensch durchläuft mehrere Schlafphasen pro Nacht, in denen sich Tiefschlaf-, Leichtschlaf- und Traumphasen abwechseln. Jede dieser Phasen ist durch unterschiedliche Körperbewegungen gekennzeichnet. Hier setzt das Konzept von aXbo an: In einem am Handgelenk befestigten unauffälligen Frottee-Armband befindet sich ein kleiner Sensor, der die Bewegungen während des Schlafes registriert und die Impulse an den Wecker sendet. So wird der optimale Weckzeitpunkt ermittelt, und man wird innerhalb der letzten 30 Minuten vor der gewünschten Weckzeit sanft aus dem Schlaf geholt. Das bewirkt ein Aufstehen, als wäre man von selbst aufgewacht, und führt zu einem gesteigerten Wohlbefinden, erhöhter Vitalität und voller Leistungsfähigkeit bereits am Morgen.

Weltwoche-Spezialangebot

Als Weltwoche-Abonnent/-in profitieren Sie von mehr als 20% Ermässigung auf den Verkaufspreis:
Sie bezahlen Fr. 287.– statt Fr. 359.– (inkl. Porto und Verpackung)

Bestellungen und weitere Angebote auf www.weltwoche.ch/platinclub

führte, die englischen Interessen bedrohte, hat dieser Ausschuss erklärt, Deutschland, umringt von misstrauischen Nachbarn, sei gegenwärtig für England keine ernste Bedrohung, werde es aber in wenigen Jahren sicherlich sein: «We take Germany as the ultimate potential enemy against whom our <long range> defence policy must be directed.»

Wieso wurde schon so früh Deutschland als potenzieller Feind des britischen Reichs betrachtet?

Wegen Hitler und wegen seiner Politik und seiner Ankündigungen und wegen der schon damals beobachtbaren Aufrüstung. Die Engländer waren bereit, Deutschland bis zu 200 000 oder 300 000 Mann zuzugestehen, die Franzosen bis höchstens 200 000. Das war Ende 1932. Das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und der Austritt aus dem Völkerbund 1933 gaben Hitler freie Hand. Das blieb seitens Englands und Frankreichs ohne Folgen, und die Aufrüstung begann. Nachdem Deutschland Abrüstungskonferenz und Völkerbund verlassen hatte, brauchten die Engländer nichts weiter zu sehen und zu hören. Sie wussten, wie Hitler reagieren würde. Natürlich haben manche gehofft, man könnte mit diplomatischen Methoden etwas erreichen.

«München» 1938 war ein solcher Versuch. Hat Chamberlain mit seinem Einlenken auf Hitlers Forderungen einen Fehler gemacht, oder konnte er nicht anders?

Er konnte nicht anders. Im März und September 1938 erklärten die Chefs der Heeres-, Marine- und Luftwaffen-Stäbe dem Premierminister, England könne, mit oder ohne europäische Verbündete, Deutschland nicht hindern, Böhmen zu überrennen und die tschechoslowakische Armee entscheidend zu schlagen; Deutschland könnte nur in einem ausgedehnten Krieg, einem neuen Weltkrieg, besiegt werden.

Kurzfristig war nichts zu machen, und kurzfristig war von Chamberlain aus gesehen das Zugeständnis des Sudetenlandes an Hitler das geringste Übel. Krieg führen wollten und konnten die Engländer zu diesem Zeitpunkt nicht. Sie waren nicht genügend gerüstet. Das war nicht bloss Chamberlains Meinung, das war, was der Generalstab ihm gesagt hatte.

War es nicht ein Fehler von Chamberlain, das Abkommen von München als «Friede für unsere Zeit» gross zu feiern?

Ich will Chamberlain nicht Unrecht tun, aber er hat lieber Wildenten geschossen als Politik gemacht. Er hat jedoch Hitler ganz richtig eingeschätzt, als er seinen Schwestern schrieb, er sei *a lunatic*, ein Verrückter, und er könne ihm natürlich nicht vertrauen. Aber sollte er England ungerüstet in einen Krieg führen? Denken Sie an die Summe

«Chamberlain hat lieber Wildenten geschossen als Politik gemacht.»

von 1916, und denken Sie an die 620 000 britischen und französischen Toten, die diese Schlacht forderte, allein 20 000 englische und Dominion-Soldaten starben am ersten Tag der Schlacht. Das war knapp zwanzig Jahre her und noch tief im Gedächtnis der Leute verwurzelt.

Nach dem deutschen Einmarsch in Prag wusste man, dass dies nicht das Ende von Hitlers Expansionsbestrebungen sein würde. Als Nächstes musste zwangsläufig Polen kommen.

Das war die Erwartung.

Nach dem Abschluss des russisch-deutschen Vertrags vom 23. August 1939 hatte Hitler freie Bahn.

Die ganze russische Politik seit den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert war antipolnisch. So begeistert man für Pansla-

reicht Hitler allerdings nicht. Am 15. März 1939 besetzt die Wehrmacht die «Rest-Tschechei».

In der Folge garantiert die britische Regierung die Unabhängigkeit Polens. Um einen Zweifrontenkrieg zu verhindern, schliesst der deutsche Aussenminister Ribbentrop mit Stalin am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt. In einem geheimen Zusatzprotokoll teilen die beiden Diktaturen Polen unter sich auf.

Am 1. September 1939 marschieren deutsche Truppen in Polen ein. Die Westmächte erklären Deutschland den Krieg. Der Zweite Weltkrieg ist ausgebrochen. Peter Keller



Letzter Versuch: Chamberlain, Hitler 1938.



«Das Wesen des Angriffs»: deutsche Truppen in Dijon 1940.



Einzigste Macht: Einmarsch in Paris 1940.

wismus war – man hat nie gesagt, die Polen müssten ihre Unabhängigkeit bekommen. Die Tschechen, die Serben, auch die Kroaten, die Bulgaren sollten alle unabhängig werden, aber nicht die Polen, die immer ausgenommen waren. Russen und Polen waren Feinde, und im 17. Jahrhundert hatte Polen Russland ernsthaft bedroht. Die Polen waren ja auch nicht ungefährlich. Sie haben sich 1920 gegen die Russen und 1939 gegen die Deutschen sehr gut geschlagen.

Was hätte im August 1939 den Krieg abwenden können?

Schwerlich ein Zugeständnis Polens und eine Sanktionierung dieses Zugeständnisses durch eine internationale Konferenz, also eine Wiederholung von München. Sicher Hitlers rechtzeitiger Sturz durch die Widerstandsverschwörung im Innern.

Hitler wollte den Krieg, aber Polen hat ihm doch auch Vorwände zum Angriff geliefert.

Deutschland hatte Vorwände, echte und unechte. Die deutsche Minderheit in Polen wurde sehr schlecht behandelt, es gab auch Fälle von Morden und ein kleines Massaker. Es gab die Schwierigkeit mit dem Korridor, also die Trennung von deutschen Gebieten durch polnisches Gebiet, und es gab eine Anomalie, wie man das im Zeitalter des Nationalismus sah: Nämlich Danzig mit über 95 Prozent Deutschen, die zu Deutschland gehören wollten, war das verwehrt, unter der internationalen Aufsicht des Völkerbundes. Es gab also Gründe, um mit Polen ernsthaft und mit Druck zu verhandeln. Die Polen waren widerspenstig, denn sie hatten ja am 31. März durch eine

feierliche Garantieerklärung und am 25. August durch einen Vertrag Schutzversprechen erhalten. Sie meinten, sie könnten sich das erlauben. Aber die Polen sind Menschen mit einem starken Ehrbegriff. Sie mussten schon der Ehre wegen kämpfen.

War der Polenkrieg nicht auch deshalb historisch bedeutungsvoll, weil er mit unvergleichlicher Brutalität gegen die Zivilbevölkerung geführt wurde? Unterschied er sich nicht in dieser Beziehung vom Ersten Weltkrieg, in dem noch gewisse Gesetze des Anstands und der Ritterlichkeit eingehalten wurden?

Der Erste Weltkrieg war auf dem östlichen Kriegsschauplatz auch brutal. Der Krieg war immer im Osten brutaler als im Westen. Das ist nun einmal so. Das ist ein Abwärtsgefälle, das reicht von England über Frankreich und Deutschland und Polen nach Russland. Es war eine Mentalität, die das sozusagen erlaubt hatte und bei der Grausamkeiten nicht so ins Gewicht fielen wie im Westen, obwohl es auch im Westen im Ersten Weltkrieg Grausamkeiten gab. So wurden auf beiden Seiten

«Der Krieg war immer im Osten brutaler als im Westen. Das ist nun einmal so.»

an der Westfront 1918 oft Kriegsgefangene erschossen.

War also der Polenkrieg mit seinen Grausamkeiten nichts Besonderes?

Ich will nicht sagen, dass dieser Krieg sozusagen in einer Traditionslinie stattgefunden hat, das will ich überhaupt nicht sagen. Der Krieg im Osten war von vorneherein brutaler

als im Westen, aber er wurde durch Hitlers Befehle und durch die SS und die Anweisungen an die SS noch viel mehr brutalisiert. Es war nicht nur ein militärischer Krieg und ein Krieg, der mit Verachtung gegen die Bevölkerung geführt wurde, sondern ein Krieg, der der Vernichtung, das heißt der Ausrottung eines Teils der Bevölkerung, dienen sollte. Und zwar der Ausrottung erstens der Intelligenzschicht, einschliesslich des Priestertums, und zweitens der Juden.

Das war neu.

Das war neu. Dass man am 6. November 1939 Dutzende von Professoren der Warschauer und der Krakauer Universität erschossen hat, das hat es im Ersten Weltkrieg nicht gegeben. Die Gräueltaten passieren natürlich immer dort, wo die Truppen im Ausland sind, und die deutschen Truppen waren in beiden Kriegen fast immer nur im Ausland, und deshalb haben sie und nicht die andern die meisten Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung begangen. Also das war ein Grund, aber die Befehle, die Hitler gegeben hat, waren eindeutig. Man konnte die in Polen nicht so durchführen, wie Hitler und Himmler das gewollt haben, weil der Widerstand des Militärs zu stark war. Nach dem Sieg über Frankreich 1940 kündigte Hitler den nächsten Krieg an, den gegen Russland, seinen Hauptkrieg, und befahl die Vorbereitungen. Man musste dann sehen, ob das Militär die geplanten Massnahmen – das heißt die Massenmorde an Juden und die Endlösung – tolerieren würde. Doch schon vor dem Angriff im Juni 1941 kam eine Vereinbarung [Reinhard] Heydrichs mit dem Gene-

ralquartiermeister und Stellvertretenden Chef des Generalstabes, General Eduard Wagner, im April 1941 zustande, die den Einsatzgruppen der SS und des SD und der sogenannten Sicherheitspolizei freie Hand zu den Operationen gab. General Wagner hat genau gewusst, was er da unterschrieb. Entsprechende Befehle gingen an die Oberbefehlshaber und die Ic-Offiziere, also die Nachrichten- und Sabotageoffiziere, der Stäbe. Sie waren angewiesen, mit den Führern der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos zusammenzuarbeiten.

Was war der Zweck dieser Einsatzgruppen, die in Polen ja enorm wüteten?

Der Zweck war Massenmord. Der Zweck war die Ermordung dieser Zielgruppen: Intelligenz, Priestertum, alle Nationalisten, die aus vaterländischen Gründen Widerstand leisten wollten, Kommunisten sowieso und Juden.

Hätte es ohne Hitler diese kommandierte, methodische, industrielle Massenvernichtung der Juden gegeben?

Ich halte es für ausgeschlossen, dass das ein anderer damals an seiner Stelle getan hätte.

Die Endlösung lag nach dem Polenfeldzug noch in der Zukunft. Zuerst ging es einmal gegen Frankreich.

Der Generalstabschef Halder und der Oberbefehlshaber Brauchitsch warnten. Man sei nicht genügend gerüstet. Hitler wollte den Feldzug gegen Frankreich sofort – Anfang November. Dazu gibt es eine Anekdote: Man hat den voreiligen Angriff verhindert, indem man Hitler bei einem Frontbesuch über vereiste Eifel-Strassen geführt hat, wo links und rechts Last-

wagen im Graben lagen. So hat man ihm bildlich klagemacht, dass es zu der Jahreszeit nicht ging. Im Januar 1940 hat der Divisionskommandeur der 6. Panzerdivision, in der Stauffenberg Quartiermeister war, eine Denkschrift an den Stab und alle Offiziere verteilt mit der Überschrift: «Das Wesen des Angriffs». Wesen und Ziel des entscheidungsuchenden Angriffs seien Durchbruch oder Umfassung, Verfolgung bis zur Vernichtung des Gegners; da im Westen auch der Gegner über Beweglichkeit verfüge, müsse der Angriff «mit grösster Schnelligkeit und Wucht

«Was Hitler wollte, war Rückenfreiheit für den Feldzug gegen die Sowjetunion.»

unaufhörlich weit in die Tiefe» vorgetragen werden. Am 15. Mai 1940, fünf Tage nach dem Angriff, antwortete ein Kampfgruppen-Kommandeur auf die Frage nach dem Tagesziel: «Zur Küste.» Mit dieser Einstellung kämpften die deutschen Divisionen im Feldzug gegen Frankreich. Der Panzervorstoss wurde kurz vor Dünkirchen aus berechtigter Sorge vor einem Flankenangriff angehalten. Diese Sorge hat sich als nicht so begründet erwiesen, und inzwischen wurde das englische Expeditionskorps evakuiert.

Wenn die über 400 000 alliierten Soldaten nicht hätten gerettet werden können, wäre der Krieg für Hitler gewonnen gewesen?

Das könnte man sich schon wirklich vorstellen. Wenn man die Korrespondenz zwischen Churchill und Roosevelt liest, sieht man, wie besorgt – entschlossen, ja, aber besorgt um das Schicksal der Insel – Churchill war.

In letzter Zeit hat eine revisionistische Geschichtsschreibung Auftrieb erhalten, die Churchill für die Fortsetzung des Kriegs nach dem Juni 1940 und damit für die Millionen von Toten, die der Krieg nachher noch forderte, verantwortlich macht. Hätte der britische Premier auf das Friedensangebot Hitlers im Juli 1940 eingehen sollen, statt aus «Kriegslust» – wie ihm vorgeworfen wird – den Krieg weiterzuführen?

Sie wollen, dass ich etwas dazu sage? Dazu sage ich: Das ist Unsinn. Churchill hat nicht aus Kriegslust weitergemacht, sondern um England zu verteidigen.

Aber Hitler hat ihm ja angeboten: Wir lassen euch in Ruhe. Wir haben den Kontinent, ihr habt das Weltreich.

Das ist eine irriige Vorstellung, auf die Churchill selbstverständlich nicht hereingefallen ist. Was Hitler wollte, war Rückenfreiheit für den Feldzug gegen die Sowjetunion. Damit hätte er wirklich den ganzen Kontinent beherrscht. Wenn es Hitler gelungen wäre, Europa und Russland in seine Gewalt zu bringen, dann hätte England jede Bedingung, jeden Befehl Hitlers akzeptieren müssen. Damit wäre auch die Freiheit der Meere für die englische Schifffahrt dahin gewesen und damit die gesicherte Ernährung.

Abgesehen von der Real- und Machtpolitik, war es nicht auch unannehmbar, ganz Europa der hitlerschen Barbarei zu überlassen? War es nicht auch ein Kampf um die Zivilisation? Kann man das so sagen?

Das kann man so sagen. Man weiss natürlich nie ganz sicher, wie sehr die Aussagen von Politikern ihrer Überzeugung entsprechen. Aber ich denke schon, dass Churchill sich der Zivilisation verpflichtet fühlte, mindes-



Schicksal der Insel: das englische Coventry nach deutschem Bombenangriff 1940.



Unbeugsam: Sir Winston Churchill 1944.

tens, soweit sie die englische Zivilisation war, und die wäre ja auch unterdrückt, wenn nicht ausgelöscht worden.

Heute sieht man eine Tendenz, welche die Gräueltaten der Nazis relativieren will, indem man sie etwa mit dem Bombenkrieg der Alliierten aufrechnet, der ja auch Hunderttausende von Toten kostete.

Damit kann man Hitler nicht reinwaschen, denn Hitler hat den Krieg mit voller Absicht von Anfang an herbeigeführt. Aber man kann damit partiell erklären, warum so viele Deutsche so lange unter seiner Führung durchgehalten haben. Die Perzeption war natürlich, dass man wie 1914 von Feinden umringt und angegriffen worden war. Was soll man tun, wenn man mit einem verhältnismässig kleinen Land wie Polen aus welchen Gründen auch immer, vielleicht aus schlechten, Krieg führt und wenn zwei Grossmächte sofort über einen herfallen? Jetzt spreche ich einmal so, als hätte ich die Mentalität eines Deutschen von 1939, eines einfachen, einfach denkenden Deutschen, der das so sieht. Von England aus gesehen, musste Deutschland besiegt und entwaffnet werden. Dies war auch der Entschluss von Chamberlain. Er hat ihn im März 1939 angedeutet und im September 1939 explizit bekanntgegeben, und nochmals im Oktober, und er hat mit Frankreich in den Protokollen des alliierten Kriegsrats die gemeinsamen Ziele festgelegt: Rheinlandbesetzung, Entwaffnung usw. Wenn man sagt, im Januar 1943 in Casablanca wurde die bedingungslose Kapitulation beschlossen, so stimmt das nicht. Verkündet wurde sie in Casablanca, aber beschlossen worden war sie von Anfang an. Weniger

«Zum Glück haben nur wenige die Gelegenheit zur Ausführung ihrer Wahnideen.»

als bedingungslose Kapitulation kam nicht in Frage. Und wenn man das auf deutscher Seite verstand, dann war man in einer schwierigen Lage. Selbst wenn man Hitler gestürzt hätte, hätte man den Krieg nicht einseitig anhalten können.

Wenn der Widerstand Hitler hätte stürzen können, wären da nicht andere Voraussetzungen geschaffen worden? Hätte man da nicht auf alliierter Seite vielleicht umgedacht?

Vielleicht, ja. Das ist wieder so eine Frage, die man nicht beantworten kann. Aber die Äusserungen von Premierminister Chamberlain und Aussenminister Halifax lassen nicht darauf schliessen.

In den letzten paar Jahren ist das Thema des Bombenkriegs der Alliierten gegen deut-



Gewissheit der Niederlage: Berlin 1945.

sche Städte wieder aufgekommen. Man hat Churchill und dem Organisator der Bombenangriffe, Air Chief Marshal Sir Arthur Harris, Kriegsverbrechen vorgeworfen. Waren diese Bombardierungen, die gewaltige Verluste forderten, militärisch wirklich nötig?

War Dresden militärisch nötig? Darüber kann man sich streiten. Es ist eine vertretbare Einschätzung, dass Dresden als Verkehrsknotenpunkt einem Angriff ausgesetzt werden musste. Ich vertrete sie nicht, aber wir müssen ja versuchen, uns in die damalige Denkweise zu versetzen. Kann man vertreten, dass Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden? Müssen wir sagen: Uns wäre es lieber gewesen, wenn noch 100 000 Amerikaner oder noch mehr bis zur Niederlage Japans umgekommen wären?

An der Potsdamer Konferenz haben sich Truman und Churchill keine grossen Gedanken gemacht. Für sie war klar, dass man die Atombombe benutzen muss, um den Krieg abzukürzen. Die Frage, ob sie nötig war, hat man sich gar nicht gestellt.

Es war nur die Frage, wann sie einsatzbereit war. Wenn man den Luftkrieg in einem grösseren Zusammenhang sehen will, war er die Antwort auf die Somme-Schlacht im Ersten Weltkrieg und zugleich die Alternative zur Seeblockade. Die Seeblockade im Ersten Weltkrieg war in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung gerichtet. Dem Militär würde nichts fehlen, für das Militär konnte man sorgen. Die deutsche Zivilbevölkerung hatte unter der Lebensmittelblockade zu leiden und hat auch gelitten. Man wollte Deutschland wie eine Festung aushungern. Allerdings ist die Wirkung schwer abzuschätzen,

die Kampfmoral an der Front und in der Heimat brach eigentlich erst mit dem massenhaften Auftreten der Amerikaner 1918 ein. Die Wirkung der Bomberoffensive gegen die deutschen Städte seit April 1942 entsprach ebenfalls nicht den Erwartungen.

In der ganzen Kriegsgeschichte hat man ja immer wieder Städte belagert und ausgehungert.

Ja natürlich. Das gehört zur Kriegführung. Der Luftkrieg ist der Schritt, der durch die Entwicklung von Flugzeugen möglich wurde. Es war nur die Frage, ob man lauter Bomber herstellen sollte oder vorwiegend Jagdflugzeuge. Stanley Baldwin, davor und danach noch einmal Premierminister, sagte am 10. November 1932 in einer Debatte über Abrüstung im Unterhaus, in der er für das Verbot von Bomberflugzeugen plädierte, gegen eine Bombardierung aus der Luft gebe es ausser der Gegenoffensive keine Verteidigung: «The bomber will always get through: The only defence is in offence, which means that you have got to kill more women and children more quickly than the enemy if you want to save yourselves.» Die Bombardierung von Ballungsgebieten und Industriegebieten war seit den 1920er Jahren vorgesehen – nicht nur von den Engländern, sondern auch von deutschen Strategen. Es war eben die Frage: Welchen Krieg will man führen, und mit welchen Mitteln will man ihn führen? Wo kann man die Mittel einsetzen? Die Deutschen haben sich mehr auf die Landmacht konzentriert. Die Engländer hatten wenig Landmacht, die mussten mit der Marine beziehungsweise mit der Luftwaffe operieren. Sie haben schon von Anfang 1940 an – theoretisch zunächst – Angriffe gegen deutsche Industriezentren geplant. Sie haben sich nur zurückgehalten, solange Frankreich nicht besiegt war, weil Frankreich befürchtete, dass es seine Städte treffen würde, wenn die Deutschen sich dafür revanchierten.

War nicht die Bombardierung von Warschau im September 1939 schon der erste Luftangriff auf ein Ballungsgebiet?

Ja, aber nicht auf eine offene Stadt, sondern auf eine Festung. Warschau wurde verteidigt. Das ist der Unterschied. Und genauso war es mit Rotterdam. Im Fall von Rotterdam gibt es die Komplikation, dass den eingesetzten Geschwadern befohlen wurde, den Angriff abubrechen, weil schon Waffenstillstandsverhandlungen im Gang waren, aber der Befehl hat nicht alle Piloten erreicht – oder manche ignorierten ihn, weil sie ihre Bomben loswerden wollten (es ist gefährlich, mit einer Bombenlast wieder zu landen). Es war ein Angriff auf eine verteidigte Stadt, und es war grausam, weil die Zivilbevölkerung ja da war. Das wird in der Propaganda immer angeführt, aber das ist

unangemessen. Die Engländer betrachten das nicht als einen Angriff gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung, sondern als berechtigtes Kriegsmittel gegen die Ressourcen («Moral») des Feindes. Dazu kommt, dass es keine internationale Konvention über den Luftkrieg gab. Es gab die internationale Konvention über den Landkrieg und den Seekrieg, aber nicht über den Luftkrieg.

War nicht der Luftangriff auf Coventry ein Terrorangriff auf die Zivilbevölkerung?

Nein. Coventry war eine Waffenindustriestadt, und die wurde angegriffen.

Aber das East End von London, das im Dezember 1940 mit einem Bombenteppich belegt wurde, war kein Industriegebiet.

Das kam erst nach den Angriffen auf Berlin. Solange Berlin und dessen Wohnquartiere nicht angegriffen worden waren, wurden in und um London militärische Ziele angegriffen, also Flugplätze, Schiffswerften, Flugabwehrbatterien. Immer gibt es dabei *collateral damage*. Die offizielle britische Geschichte des Weltkriegs stellt fest, dass die deutschen Flugverbände keine Anweisung hatten, die Zivilbevölkerung zum Ziel zu machen, sondern dass sie nur militärische Ziele in ihren Ziellisten hatten. Natürlich ist Coventry für Propagandazwecke ausgeschlachtet worden, das

ist ja klar. Das tut man. Beim Luftkrieg kann man nicht sagen: «Der hat angefangen oder der hat angefangen», da waren verschiedene Umstände. Hitler hätte natürlich die englischen Städte ausradiert, wenn er gekonnt hätte. Einfach ausradiert, so wie er es für Leningrad befohlen hat. Aber England militärisch lahmzulegen, hatte in der «Battle of Britain» Priorität. Beim Beginn des Krieges 1939 hat Präsident Roosevelt beide Seiten ermahnt, die Zivilbevölkerung im Luftkrieg zu schonen, und beide Seiten haben das auch akzeptiert. 1940 haben die Deutschen – abgesehen von Warschau und Rotterdam, was militärisch zu rechtfertigen war – mit Angriffen auf die Zivilbevölkerung gewartet. Dann kam die Luftschlacht um Grossbritannien. Da war die deutsche Strategie der Versuch, die britische Luftwaffe zu zerstören, inklusive Flugplätze und Fabriken, in denen die Flugzeuge hergestellt wurden.

Nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg war es wohl nur eine Frage der Zeit, bis Deutschland in die Knie gezwungen würde. Haben Hitler, die Generale, das deutsche Volk das eingesehen?

Hitler hat schon im November 1941 zum Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, gesagt, dass «die Erkenntnis, dass die beiden Feindgruppen sich gegenseitig nicht vernichten können, zu einem

Verhandlungsfrieden führt». Der Eintritt der USA in den Krieg, den Hitler längst erwartete, aber so lange wie möglich hinauszuschieben versuchte, machte die deutsche Niederlage zur Gewissheit, wenn nicht eine «Wunderwaffe» das Blatt wendete. Das war unwahrscheinlich, weil Hitler zu lange die Atomkraft missachtet hatte.

War der Krieg das Werk eines Verrückten?

Das kommt darauf an, wie Sie «verrückt» definieren. Waren Dschingis Khan, Napoleon, Lenin, Stalin, Idi Amin, Milosevic, Karadzic «verrückt»? Gewiss, sie waren aus dem Masshalten, aus den mit der Vernunft realisierbaren Möglichkeiten heraus – verrückt. Sie waren «wahnsinnig», weil sie einem Wahn nachsannen. Philosophisch betrachtet: Das Böse liegt in uns allen. Aber zum Glück haben nur wenige – natürlich immer zu viele – den Willen, den Fanatismus, die Hybris und die Gelegenheit zur Ausführung ihrer Wahnideen.

Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat: Der Kampf der Opposition gegen Hitler. Piper
Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie. Pantheon



AB CHF **33.-** *
Im Verkauf vom **24. August bis 6. September**

Zugvögel zieht es diesen Herbst nach Paris.

TGV Lyria
Reisen in Harmonie

www.tgv-lyria.com

* Verkaufsangebot gültig vom 24. August bis 6. September 2009 für Reisen zwischen dem 24. September und 24. November 2009. Preise ab CHF 33.- für eine einfache Fahrt in der 2. Klasse. Ab Basel, Bern, Genf, Lausanne, Neuenburg, Vallorbe, Zürich mit Reiseziel Paris und umgekehrt. Der Kauf muss mindestens 30 Tage vor Abfahrt getätigt werden. Angegebener Tarif gültig im Rahmen der verfügbaren Sitzplätze, kein Umtausch und keine Rückerstattung.

TGV Lyria, Mitglied von Railteam

Namen

Roger Schawinski — Auf Plakaten verkündet unser Lieblingsradiopionier, sein Radio 1 spiele jetzt «only great songs». Für uns tönt es eher wie «Best of Kuschelrock» mit Tempowechseln. Schawinski: «Wir haben den Stil unserer Musik keineswegs geändert, sondern bloss die Zahl der Titel auf die allerbesten komprimiert, eben «only great songs». Dazu gehören Titel wie «Highway to Hell» von AC/DC, die besten Rocknummern von Bruce Springsteen, Nazareth, den Rolling Stones und vielen anderen. Wahrscheinlich sind Sie der einzige Musikexperte der Welt, der dies als «Kuschelrock» bezeichnet.» Es bleibt der Eindruck, die Musik von Radio 1 («Nur für Erwachsene») klinge nicht erwachsen, sondern veraltet. (das)

Amber Steele — Sie ist die Heidi Abel für das dritte Jahrtausend, Amber Steele, die Frau hinter dem Webportal, das für Aufregung sorgt. Amber, benannt nach einer Pornodarstellerin, ist Redaktorin von *Klatschheftli.ch*, spricht einen «giftigen Dialekt» (sie sankt-gallert) und lebt im Übrigen nach dem Motto «Work hard, play hard». Fakt ist: Die virtuelle Cüpli-Bar für den gehobenen Klatsch hat sich explosionsartig in Szene gesetzt und verzeichnet neun Monate nach dem Start 25 000 Besucher. Bei der Klatsch-Pornografin nachfragend, welches Thema die *Weltwoche* aufgreifen sollte, um ähnlich erfolgreich zu werden, erhält man die Antwort: «Ich würde gerne die Story lesen: «Forscher beweisen: Ein Glas Prosecco ist gesund», geschrieben von Roger Köppel.» Und: «Babyfotos auf Facebook veröffentlichen oder Flitterwochen in Venedig. Ansonsten liegt es ganz an ihm, wie Cervelat-salonfähig er sich verhält.» (M.D.)



Das Original: Pornodarstellerin Steele.



Meine Schweizerinnen

Unser Kolumnist ist fast einig mit einem «Frauenfeind». Und in einem Grandhotel behandelt man ihn wie einen Freund. Von Mark van Huissing

Vergangene Woche blieb ich in Zürich, unter anderem weil im «Baur au Lac» die «Rive Gauche Sommerparty 2009» stattfand. Dabei handelt es sich, von mir aus gesehen, um das wahrscheinlich beste Fest der Stadt, das regelmässig veranstaltet wird. (Jetzt der Disclaimer: Mit den Organisatoren – Michel Rey vom «Baur au Lac», Christian Nebel vom Restaurant «Rive Gauche» und Wolf Wagschal von der Five AG – bin ich bekannt.)

Es gibt aber mehr Gründe, weshalb ich diesen Anlass gut finde. Der Ort: Das Hotel mit Park ist einer der schönsten Plätze, die ich kenne. Der Ablauf: Von Anfang an *free floating* (kein langes, gesetztes Essen zuerst) sowie *free bars*, das heisst, man zahlt Eintritt im Voraus, kann dann den Money-Clip zu Hause lassen. Der Zeitpunkt: Ende August ist richtig, *le monde* ist retour aus den Ferien. Männer sind entspannt, einigermassen; Frauen fühlen sich gut und schön und haben einen Teint, den sie zeigen wollen zum ersten (und vermutlich einzigen) Mal in dem kleinen Kleid, das der Mann in den Ferien gekauft hat. Es wäre ein Bild gewesen, übrigens, das René Kuhn gefallen hätte, falls er reingekommen wäre (Bilder von Frauen, die dort waren, plus von einigen Männern auf www.weltwoche.ch).

Wenn wir es davon haben: Was die Analyse angeht, hat Kuhn nicht unrecht, findet Ihr Kolumnist. Und schrieb vor Monaten bereits: «Es ist okay, Jeans, T-Shirt und Ballerinas zu tragen – falls man ein Supermodel ist. Alle anderen *better dress up*. In Mailand, Paris et cetera kommen Frauen vom Coiffeur, in Kleidern mit

Ausschnitt und auf Absätzen. In Zürich werden Haare zusammengebunden, haben Frauen abends Hosen und Tops an, die tagsüber gut genug waren für das Büro, und Schuhe, die atmen.» (Weshalb gab das keine Titelgeschichten, muss MvH zuerst in die SVP?)

In der Lösungsfindung lag Kuhn daneben, wie man das tut als «etwas zweifelhafter Lokalpolitiker» (*Weltwoche*). Er findet, Frauen aus Osteuropa *do it better*. Ich sage, ich glaube an den Westen und die Frauen von dort, und sonst nichts dazu, weil das zur falschen Verknüpfung von Vorstellungen führen könnte, was meine Erfahrung angeht. (Ich gebe bloss ein Bild wieder aus einer Folge von «30 Rock», einer amerikanischen Sitcom, die ich empfehle: Die männliche Hauptrolle nimmt eine Ukrainerin von der Strasse in ein New Yorker Hotel. Vor einem Werk der Bildhauerkunst in der Suite sagt sie: «Zahlst du für Sex, oder muss ich die Statue putzen?»)

Ferner gab es neben den zirka 1500 Gästen ebenfalls sogenannte Prominente (Nubya, Xenia Tchoumitcheva, Tamara Sedmak, Jennifer Ann Gerber). Das ist gut und genug. Mehr wären zu viel und schlecht für die Stimmung – wer keine Karte zu kaufen braucht, braucht sich und andere auch nicht zu unterhalten, meinen Eingeladene (MvH weiss, wovon er redet).

In dem «Dolder Grand» war ich auch noch, wieder einmal, an einer Veranstaltung für einen wohltätigen Zweck (sammeln für einen Verein mit Namen «Innocence in danger», gegen den Missbrauch von Kindern). Es gab ziemlich wenig zahlende Gäste (Plätze kosteten 888 Euro, Gaststar: Gloria Gaynor) – «Die Spende in Zeiten der Wirtschaftscholera» oder so könnte man schreiben.

Wofür ich mich ähnlich stark interessierte: Wie würde es sein in dem Hotel, über das ich ein paarmal, sagen wir, bejahend, aber streng urteilend geschrieben habe? Es fing schon gut an: Ich fuhr vor, drei Mitarbeiter traten zu mir. Einer öffnete die Türe und beglückwünschte mich zu dem Wagen (Audi R8, 525 PS, 254 330 Franken), einer half mir in das Smoking-Jackett (Sie wissen schon), einer fragte, ob ich das Telefon in der Tasche habe, falls ich ihn später rufen möchte. (Und keiner sagte, die Auffahrt sei für anreisende Hotelgäste; es gebe ein Parkhaus.) Vor dem Ballroom grüsste mich Thomas Schmid, der Direktor, wie einen Freund. Das ist Grösse, in meinen Augen (mit Freunden wie mir – wer braucht Feinde?). Er sagte, nach fünf Minuten oder so, ich sei im Grunde nett, im Gespräch jedenfalls. Ich sagte, die Dienstleistungsbereitschaft, die ich an diesem Abend erlebe, sei hoch. Und dass ich mich willkommen und wohl fühle.

Und dann sagte ich: «Vermutlich sind Sie, Ihre Mitarbeiter und Ihr Hotel besser geworden – wegen meiner Kolumnen.» Weil man nicht zu nett sein sollte als MvH.

Gut gestiefelt in den Herbst

Von Jürg Zbinden

Es gibt die vulgären Moonboots, die gewöhnlichen Stiefel aus Gummi oder die superspitzen für den Stadtcowboy. Stiefel mit hohen Absätzen signalisieren zwar Eleganz, aber wer es sich leisten kann – das heisst entsprechend gross ist –, schreitet besser auf tiefem Niveau einher. Die jede zweite Saison von neuem propagierten Overknees verlangen lange, schlanke Beine, und selbst dann laufen Damen leicht Gefahr, wie Julia Roberts in «Pretty Woman» zu wirken. Nur im Film wird solcher Wagemut mit Richard Gere belohnt.

1—Der halbhohe «Diesel Black Gold» ist ein cooler Mix aus Italowestern und Gangsterfilm. Das Oberflächenmaterial besteht aus behandeltem Canvas, und der Preis beträgt um die Fr. 900.–. Diesel Store, Bahnhofstr. 48, Zürich, oder Rue de la Croix-d'Or 27, Genf.

2—Ein hohes Statement italienischer Eleganz ist dieser Reiterstiefel von Zegna. Ein zu empfehlender Stiefelknecht ist im Verkaufspreis von Fr. 2900.– allerdings nicht inbegriffen. Der distinguierte Herrenreiter wird fündig bei Ermenegildo Zegna, Bahnhofstr. 25, Zürich.

3—Der espressofarbene High und der Low Boot sind ein Brüderpaar. Der Grosse heisst Calder und kostet Fr. 895.–. Der Kleine heisst Calipo und kostet Fr. 650.–. Gemacht sind sie aus wasserabstossendem Nubukleder. Die stolzen Eltern der zwei Rabauken: Bally, Bahnhofstr. 66, Zürich.

4—Was früher die Cowboystiefel waren, sind heute die Bikerboots, und das, obwohl die wenigsten von uns eine schwere Maschine anzuwerfen haben. Der fehlende Besitz von Pferden oder Motorrädern muss jedoch nicht unbedingt den Verzicht auf entsprechende Boots bedeuten, schliesslich gehört auch nicht jedes Tattoo einem Rockstar. Hauptsache, es rockt. Der Bikerstiefel MacLeod kostet Fr. 620.– und ist erhältlich bei Church's, Rue du Rhône 59, Genf.

5—Unbekannte Nebendarsteller sind die Stiefel der Dame, die im Übrigen zeigt, womit man Boots am besten kombiniert: zu einem schmal geschnittenen Strickcape (Fr. 529.–) und einer schmalen, jedoch nicht einengenden Hose. Der Clou aus Sicht der Accessoires sind die Schiebermütze und die grosse Sonnenbrille. Die Kleidungsstücke sind alle von Windsor Women. Bezugsquellen über www.windsor.de.

1



2



3



4



5



Effekte aller Art

Das «Sankt Meinrad» gilt als eine der besten Adressen Zürichs. Mit einigen Abstrichen stimmt das auch. *Von David Schnapp*

Es ist gut, sich mit einem historisch versierten Kollegen zum Essen zu treffen. Der weiss dann, dass «Sankt Meinrad» nicht nur der Name des Restaurants ist, sondern auch der eines Heiligen, auf den das Kloster Einsiedeln zurückgeht. Trotzdem bleibt die Frage unbeantwortet, warum das Lokal nach dem Heiligen benannt ist. Der Koch heisst zwar Tobias Meinrad Buholzer, aber trotz seiner Taten ist von einer Heiligsprechung abzusehen.

Es ist ein schmaler Grat zwischen wirkungsvollen Effekten und Effekthascherei, auf dem manche Köche wandeln. Als Begrüssung steht auf den Tischen eine Installation mit hausgemachten Grissini, Parmesan-Meringue und einer Plastikpipette mit geräuchertem Olivenöl. Die Wärme hat den Gebäcken schon etwas zugesetzt, sie wirken nicht mehr taufrisch. Und schon kommt der nächste Show-Effekt, ein handwerklich gelungenes Gestell, mit einem Glas kalter Kartoffelsuppe und Basilikumschaum, das flankiert wird von zwei hängenden Töpfchen, die ein Basilikum-Pannacotta enthalten und eine Gänseleber-Praline.

Bei der Vorspeise sind die Effekte nur noch küchentechnischer und nicht mehr handwerklicher Natur; das Perlhuhn ist eine gekonnte Spielerei mit Raucharomen. Das Huhn ist getrocknet und geräuchert und liegt auf einem ebenfalls leicht geräucherten Gurken-Ricotta-Salat. Dazu gibt es noch Rouladen vom Huhn mit Botarga und Fenchelpüree (Fr. 28.–). Mein Kollege nimmt zum Hauptgang hervorragende Involtini vom Toggenburger Kalb (Fr. 56.–), ich habe mich für ein französisches Bigorreschwein vom Grill (Fr. 61.–) entschieden. Die charakteristische, aromatische Fettschicht muss man mögen. Als Zitat ihrer selbst wird zu den Kalbs-Involtini ein Schälchen Kalbs-Carpaccio gereicht, zum Bigorreschwein gibt es ein tolles Schweinswürstchen. Diese Art von Effekten macht mehr Eindruck als die Gestecke, Gestelle und Gehänge. Da zeigt sich, warum das «Sankt Meinrad» zu Recht eine der besten Adressen Zürichs genannt wird.

Restaurant Sankt Meinrad. Stauffacherstrasse 163, 8004 Zürich. Tel. 043 534 82 77. Sonntags und montags geschlossen.



Raucharomen und Zitate: Koch Tobias Meinrad Buholzer und Restaurant-Leiterin Sabrina Sterle.

Den Himmel küssen

Von Peter Rüedi



Das Land, notierte Goethe in seiner «Italiänischen Reise» unter dem 24. März 1787, «ward immer flacher und wüster», «auf morastigen Wegen fuhren wir einem Paar schön geformten Bergen zu, wir kamen durch Bach und Gewässer, wo wir den nilpferdischen Büffeln in die blutroten wilden Augen sahen». Der Weimarer im Anmarsch auf Paestum. Die Berge am Horizont waren die Hänge des Cilento. Dass dort Weine wachsen, erfuhr ich erstmals, als ich mich, knappe 200 Jahre nach Goethe, nach der archaischen Wucht der griechischen Tempel in Paestum mit einem Mozzarella von ebenden rotäugigen Büffeln stärkte. Dazu trank ich einen Aglianico aus dem Cilento. Der war fruchtig, frech und frisch und schmeckte, wenigstens in der Erinnerung, ungefähr wie der Wein, der jetzt vor mir steht und den Lukas Anliker von Riegger einen «Beaujolois aus dem Cilento» nennt.

Er trägt den himmelstürmenden, weltumarmenden Namen «Bacioilcielo», stammt vom neuen cilentischen Winzer-Crack Bruno De Conciliis und ist genau das, was einem zu oft fehlt zum Glück. Ein Wein nämlich, über den es nichts zu grübeln gibt, der sein Herz auf meiner Zunge trägt und seine Tiefe an der Oberfläche. De Conciliis macht in seinem Betrieb in Prignano (das südöstlich von Paestum, das südöstlich von Salerno, das südöstlich von Neapel liegt) auch komplexere Weine, darunter einen mit viel Tiefe und Biss, den er «Naima» nennt. Richtig, nach einer Komposition von John Coltrane. Mit der Musik hat es der enthusiastische «Campaniero» überhaupt. Einem Schaumwein gab er den Namen «Selim», was von hinten gelesen «Miles» ergibt. Der Himmelskuss für seinen (im Wortsinn) selbst-verständlichen Aglianico fiel ihm ein, nachdem er wieder einmal «Electric Ladyland» von Jimi Hendrix aufgelegt hatte.

Natürlich bin ich bestechlich (wenn auch hoffentlich nur durch solche Geschichten). Ich wage dennoch die Behauptung, der «Bacioilcielo» gefiele mir auch, wenn er «Bacioditosca» hiesse.

Bacioilcielo. Paestum Rosso 2008. 14%. De Conciliis, Prignano. Riegger, Birrhard. Fr. 14.50 (www.riegger.ch/info@riegger.ch)

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Peter Stamm:** Sieben Jahre (*Fischer*)
- 2 (4) **William P. Young:**
Die Hütte (*Allegria*)
- 3 (3) **Alex Capus:** Der König von Olten (*Knapp*)
- 4 (5) **Henning Mankell:** Daisy Sisters (*Zsolnay*)
- 5 (2) **Donna Leon:** Das Mädchen
seiner Träume (*Diogenes*)
- 6 (6) **Daniel Glattauer:**
Alle sieben Wellen (*Zsolnay*)
- 7 (–) **John Grisham:** Der Anwalt (*Heyne*)
- 8 (7) **Lars Gustafsson:** Frau Sorgedahls
schöne weisse Arme (*Hanser*)
- 9 (9) **Michael Theurillat:** Sechseläuten
(*Ullstein*)
- 10 (8) **Sarah Kuttner:** Mängelexemplar
(*Fischer*)

Sachbücher

- 1 (3) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung
(*F. A. Brockhaus*)
- 2 (1) **Teresa Fortis:** Lockruf Saudia (*Woa*)
- 3 (4) **Eckart von Hirschhausen:**
Glück kommt selten allein... (*Rowohlt*)
- 4 (5) **Dalai Lama:** Meine
spirituelle Autobiographie (*Diogenes*)
- 5 (2) **Hanspeter Künzler:** Michael Jackson –
Black or White (*Hannibal*)
- 6 (7) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung:
Duden Korrektor (*F. A. Brockhaus*)
- 7 (10) **Mikael Krogerus, Roman Tschäppeler:**
50 Erfolgsmodelle (*Kein & Aber*)
- 8 (6) **Pamela Runkel:** Remember the Time –
Michael Jackson (*Lingen*)
- 9 (9) **Rhonda Byrne:** Das Geheimnis (*Goldmann*)
- 10 (8) **Nik Hartmann:** Über Stock und Stein
(*Fona*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband
SBVV/Media Control

Apropos: Schiller

Schon die ersten Zeilen verraten das Unge-
wöhnliche: «Der junge Schiller, noch nicht alt,
/ war jung an Geist. Und an Gestalt / so schwach,
dass man ihn taufen liess / am Tag nach der Ge-
burt, / wonach er Friedrich Schiller hiess / und
mählich dicker wurd.» Autor Thomas Gsella,
ehemals Chefredaktor des Satiremagazins
Titanic, und Illustrator Rudi Hurzmeier bele-
ben eine seltene Gattung neu: das Bilderbuch
für Erwachsene. Man könnte das muntere
Werk («Die Leiden des jungen Schiller», Sans-
souci) auch einen Comic für Bildungsbürger
nennen, allerdings nur für solche mit Humor.
Apropos «jung» und «noch nicht alt»: Der Ver-
lag weist darauf hin, dass Thomas Gsella, Jahr-
gang 1958, im Jahr 2004 mit dem Joachim-
Ringelnetz-Nachwuchspreis ausgezeichnet
worden sei. Der «Nachwuchsautor» zählte da-
mals 46 Lenze – exakt das Alter, in dem ein
Schiller bereits das Zeitliche segnete. (*gut*)

Literatur

Unter den Lebenden

**Urs Widmers neuer Roman behandelt ein schweres Thema mit
leichter und verspielter Hand. Es ist das verrückteste, vielleicht
auch beste Buch des Zürcher Schriftstellers. Von Pia Reinacher**

Wie er es geschafft habe, im Niemandsland
zwischen Leben und Tod zwanglos literarische
Erkundungen zu treiben, frage ich ihn, als wir
uns an einem strahlenden Julinachmittag in
der Lounge des Zürcher Kunsthauses treffen.
Urs Widmer wirkt entspannt, heiterer als auch
schon, er ist ganz in seinem Element und über-
sprudelt vor Einfällen. Den Zürcher Halt zwi-
schen Ferien im Elsass und der Toskana hat er
wegen des Besuches seiner Enkelin eingeschoben,
auf den er sich offensichtlich sehr freut.

Natürlich, lacht er, habe er zu einem Trick
greifen müssen, um über den Tod zu schrei-
ben, mehr noch: um den eigenen Tod zu ima-
ginieren. «Ich habe mir kurzerhand vierund-
zwanzig Jahre weiteres Leben geschenkt.»
Denn der Erzähler im neuen Roman «Herr
Adamson», der im wuchernden Paradiesgärt-
chen seiner Kindheit sitzt und in einem Tag
sein Leben für die Enkelin Annie auf Band
spricht, hat denselben Jahrgang wie der Autor,
nämlich 1938. Sein Todesstündchen wird im
Jahre 2032 schlagen, wenn er vierundneunzig
ist. So jedenfalls hat es Urs Widmer beschlos-
sen.

Aufgehoben in Heiterkeit

Dieser verwegene Schachzug und die schlaue
Zahlenakrobatik bestätigen aber nur, was man
schon längst weiss: dass man der plakativen
Leichtigkeit seiner Werke nicht auf den Leim
gehen sollte. Widmers luftige Gebilde erwei-
sen sich beim zweiten Blick als hieb- und stich-
feste Konstruktionen. Tatsächlich hat ihn die
Arbeit am neuen Roman in eine merkwürdige
und durchaus ambivalente Situation gestürzt,
sagt er so ganz nebenhin. Der Gedanke an den
Tod soll in seinem Werk – ähnlich wie bei Dür-
renmatt – in Heiterkeit aufgehoben werden.
Er sei kein finsterner Mensch, er lebe aber stark
im Bewusstsein der Vergänglichkeit. In ge-
wisser Beziehung sei er sogar ein tragischer
Mensch. Er glaube nicht daran, dass das Leben
an sich einen Sinn habe. Wahr ist aber auch,
dass er oft mit dem Sterben konfrontiert
wurde. Und wahr ist, dass im verhüllenden
Romankleid schmerzhaft autobiografische
Ereignisse eingewickelt sind – existenzielle
Erfahrungen, die er nicht öffentlich machen
will, die ihn aber schon in der Kindheit um-
trieben: «Ich habe tatsächlich Jahrzehnte ge-
braucht, bis ich diesen prekären Stoff spucken
konnte.»

Ein Kunststückchen eigener Art ist die Kon-
struktion des verschachtelten Werkes aber

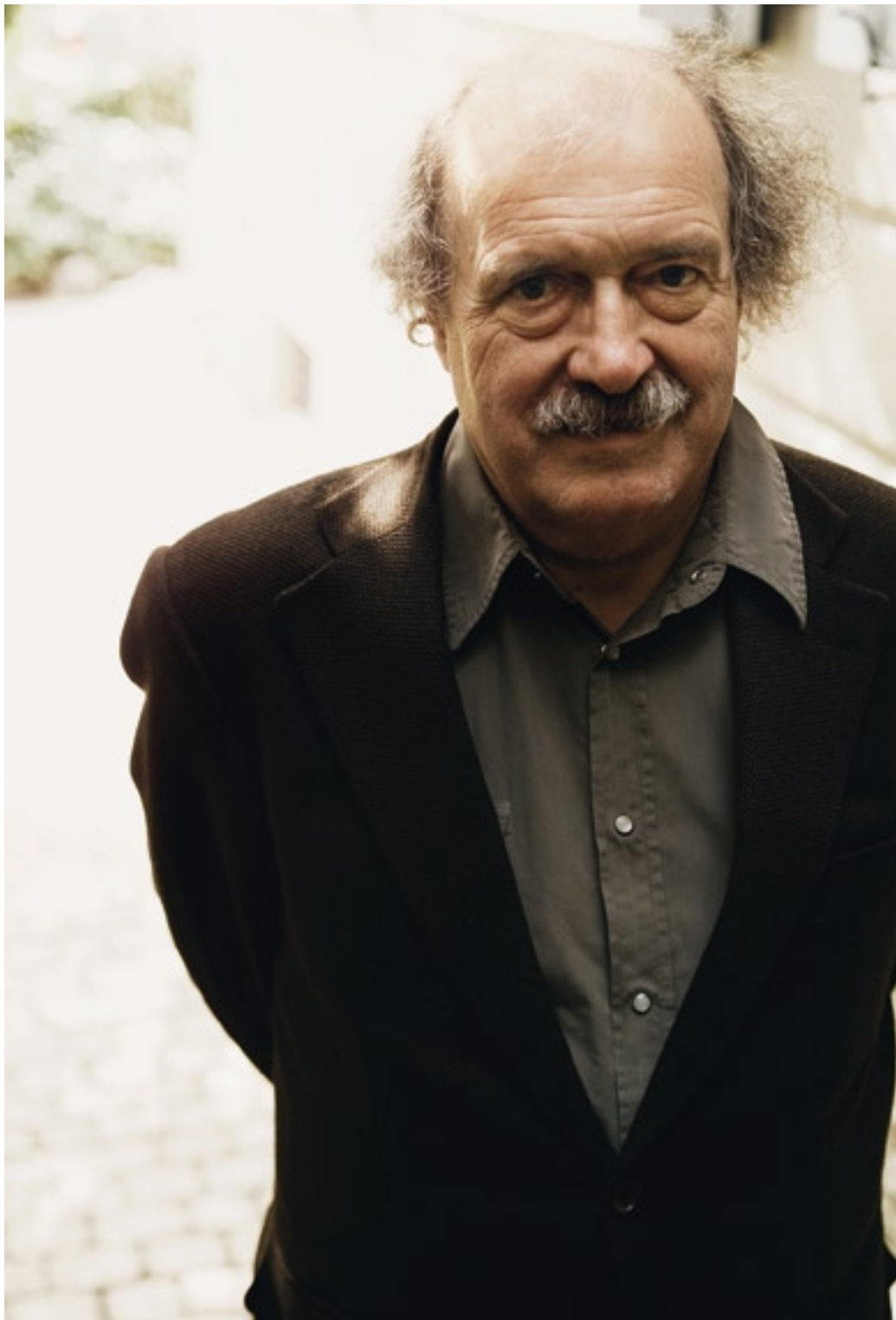
doch. Ob er vorher Skizzen verfertige, wie das
viele Autoren tun? Da ist Urs Widmer ganz an-
ders. Seine Bücher entstehen allmählich beim
Schreiben. Am neusten hat er ein gutes Jahr ge-
arbeitet. In dieser Zeit begab er sich vollkom-
men in den Erzählkosmos und schirmte sich
gegen alle Zerstreungen ab. Keineswegs legt
er Zettelkästen an und baut, wie das andere
Schriftsteller tun, sein Werk nachträglich zu-
sammen. Natürlich sei immer der Ehrgeiz da,
alles in einem Guss aufs Blatt zu bringen. Aber
das gelinge nicht immer. «Ich muss jeweils
aufpassen, dass es innerhalb der Konstruktion
keine Fehler gibt.» Der Leser soll einerseits auf
Antrieb verstehen, andererseits soll der Text
Doppelbödigkeiten enthalten, die viele Les-
arten zulassen. Am Ende ist es aber auch für
ihn selbst ein Geheimnis, wie ein Text zustan-
de kommt.

Im Kern dreht sich in «Herrn Adamson» al-
les um die ebenso simple wie verstörende Fra-
ge, die niemals erhellt werden wird: Woher
kommt der Mensch, und wohin geht er? Weil
darauf keine Antwort möglich ist, setzt sie die
Fantasie des Schriftstellers wie kein anderes
Thema mit Urgewalt in Gang und treibt ihn zu
höchsten schöpferischen Leistungen. Das kann
man ohne Zögern auch über den neuen Roman
von Urs Widmer sagen. Er gehört zusammen
mit «Der Geliebte der Mutter» (2000) und
«Das Buch des Vaters» (2004) zu seinen bedeu-
tendsten Büchern – wohl auch zu den kunst-
vollsten und verzwicktesten.

Auf unwegsamem Terrain

Es ist der Versuch, den Schrecken des Todes im
Schreiben magisch zu bannen und auf die Ur-
angst eine versöhnliche Antwort zu finden.
Warum dieses unwegsame Terrain gerade für
Literaten besonders geeignet ist, hat der Autor
in seinen Poetikvorlesungen «Vom Leben, vom
Tod und vom Übrigen auch dies und das»
(2007) bereits erklärt. Der Schriftsteller lebe
durch seine Fantasie näher beim Unbewussten
als andere. Die Konstitution des Künstlers ver-
lange eine starke Fähigkeit zur Sublimierung
und eine gewisse Lockerheit im Umgang mit
dem Verdrängten. Ohne Ängste gelinge es
ihm, den unvermutet auftauchenden Fanta-
sien Raum zu geben, ohne dabei die Orientie-
rung zu verlieren.

Eine Schlüsselstelle. Und eine theoretische
Definition, auf die jetzt zwei Jahre später die
praktische Umsetzung folgt. Die Geschichte
setzt harmlos ein, entwickelt sich gespenstisch



Höllenturz und Wiederauferstehung: Schriftsteller Widmer, 71.

und gipfelt in einer versöhnlichen Erkenntnis über die Kraft der Liebe, welche die Fähigkeit hat, dem Tod den Stachel zu nehmen, mehr noch: die Lebenden auf der Welt zurückzubehalten.

Es ist Freitag, der 22. Mai 2032. Einen Tag nach seinem vierundneunzigsten Geburtstag protokolliert ein Mann sein Leben auf Tonband. Er erzählt die Geschichte einer rätselhaften Begegnung mit Herrn Adamson, die er als Achtjähriger hatte. Jetzt wartet er auf den Mann, mit dem ihn eine merkwürdige Begegnung verbindet. Der Knabe hatte sich damals verbotenerweise durch eine enge Lücke zum

verwunschenen Garten – gleichzeitig *hortus amoenus* und *hortus conclusus* – der Villa Kremer Zugang verschafft und sich in diesem verlassenen Paradies umgesehen.

Der Erzähler begegnet einem Toten

Hier traf er auf Herrn Adamson, der ihm zwar irgendwie verschoben, aber doch faszinierend vorkam und dem er zu einer Exkursion an die Basler Tellstrasse folgte, die im Krieg bombardiert worden war. Zwar wird das Kind durch verschiedene Ungereimtheiten misstrauisch. Adamson verbietet ihm, der Mutter von der Begegnung zu berichten. Im Tram

fällt ihm auf, dass der Schaffner nur ihn, aber nicht den Mann sieht. Verblüffenderweise scheint er sich durch längst vergangene Zeiten zu bewegen. Und als sich der Junge auf Adamsons Rücken abstützen will, fällt er durch ihn hindurch. Sein Mann ist durchsichtig, ein Toter, aber ein treuer Begleiter. Er führt ihn zu einem Haus, das eben niedergedrückt wird. Im zerfallenden Untergeschoss finden sie einen Koffer, verklebt mit Etiketten aus allen Kontinenten, den sie bergen. Nach diesem seltsamen Abenteuer erkrankt der Knabe an einer Hirnhautentzündung, ringt tagelang mit dem Tod und wird am Ende durch die Liebe seiner Mutter wieder ins Leben zurückgezogen.

Sein riskantester Roman

Wie schon in früheren Romanen arbeitet Urs Widmer in vielen Passagen mit dem Mittel der Komik, des Slapsticks, der Ironie, der Übertreibung oder der Persiflage, nur, um unter dieser schützenden Decke das Dramatische umso sichtbarer zu machen. Dabei schöpft er aus Bibel, antiken Mythen, Märchen, Geschichte, parapsychologischen Erkenntnissen, Erzählungen von Nahtoderfahrungen, Ursprungs- und Paradiesfantasien und verklebt alle diese Ingredienzien zu einem gigantischen Panorama des Lebens.

Um die Gegenwart an die Vergangenheit zurückzubinden, schiebt er kaum merklich historische Puzzlestückchen ein: Heinrich Schliemann taucht etwa auf, der Altertumsforscher, der Troja entdeckte und antike Gräber ausgrub – er wird zum Grossvater einer seiner Figuren. Und die ikonografische Tradition zu Höllenturz, Jüngstem Gericht und Wiederauferstehung wird in feinen Anspielungen ins Erzählgewebe verwirrt.

Eine harmlose Exkursion, die der Junge auf eigene Faust in die Unterwelt eines zerfallenden Hauses unternimmt, kippt plötzlich in das Bild einer Hadesfahrt. Und ganz im Innersten dieser Geschichte versteckt, kaum sichtbar und leicht überlesbar, findet sich die Kernstelle, die dem düsteren Buch als versöhnliche Botschaft einbeschrieben ist: Jeder Lebende sei mit einem Vorgänger verbunden, der am Tag seiner Geburt ins Jenseits entschwand. Nur die bedingungslose Liebe zu diesem Vorgänger erlaube es den Menschen, wieder unter die Lebenden zurückzukehren. «Du musstest mich», schärft Herr Adamson dem Jungen ein, «während der ganzen Zeit gern haben, unablässig.»

Der 71-jährige Urs Widmer hat ein Buch geschrieben, das wahrscheinlich sein privates ist. Vor allem aber ist es sein kühnster, verrücktester, riskantester und wohl auch bester Roman.

Urs Widmer: Herr Adamson. Roman. Diogenes. 192 S., Fr. 35.90

Die lange Reise des Chorknaben

Von Peter Rüedi

Das Erstaunlichste an John Surman ist nicht seine Vielseitigkeit. Dass er sich seit den sechziger Jahren ungefähr mit jeder Musik beschäftigte, an der ihn sein Lebenslauf vorbeitrieb. Als Kind sang er in Knabenchören, und eine Vorliebe für alles Choralische ist ihm lebenslang geblieben. Gross geworden in der heissen britischen Szene der sechziger Jahre, stürzte er sich in Rock-Abenteuer (u. a. mit seinem Landsmann John McLaughlin), suchte in kleinen Combos nach der heiklen Balance zwischen spontan entwickelten Formen und waghalsigen Ausbrüchen; führte, nachdem er die Elektronik entdeckt hatte, in seinen Soloproduktionen Selbstgespräche auf dem Bariton-Sax, dem Sopran, der Bassklarinetten und immer auf organisch programmierten Synthesizern; versuchte vieles im Duo, vor allem zusammen mit Jack DeJohnette. Er komponierte, arbeitete oft mit Tänzern (Carolyn Carlson) und Streichern, gründete das Brass Project, beschäftigte sich mit walisischer, keltischer Volksmusik oder, in seinem Nordic Quartet (mit Karin Krog und Terje Rypdal), mit der Spannung zwischen Intimität und grossen Sound-Panoramen.

Das Verblüffende an dieser Gründerfigur des europäischen Jazz ist, dass sie in allen Zusammenhängen ausnahmslos klingt wie sie selbst. All die verschiedenen Musiken werden bei Surman Ausdruck einer unverwechselbaren Identität. Seit dem Solo-Erstling «Upon Reflection» (1979) ist er mit Manfred Eichers Label ECM verbunden, zu dessen Ausstrahlung er nicht weniger beigetragen hat als Jan Garbarek. Surmans jüngstes Opus ist ein «Jazz-Album» im engeren Sinn, allerdings eins, das, mehr noch als der legendäre «Adventure Playground» (1992), alle Routine sprengt. Das Quartett mit dem Ziseleur John Abercrombie an der Gitarre, Drew Gress am Bass und einem siedenden Jack DeJohnette am Schlagzeug ist mal nachdenklich balladesk, mal volksliedhaft ausgelassen, mal beginnt es kleinteilig ausfranseln und wächst erst am Schluss zum Thema zusammen. Es macht hinreissend tänzerische, gestische, immer hochenergetische Musik. Ein Meisterwerk der entspannten Konzentration.



John Surman:
Brewster's Rooster.
ECM 2046 2701112

Das Kino entscheidet den Krieg

Mit Quentin Tarantinos «Inglourious Basterds» kommen die Nazis endgültig in der Popkultur an. Dürfen sie das? Von Wolfram Knorr



Atemberaubender Nazi: Christoph Waltz als SS-Oberst Landa.

Propagandaminister Joseph Goebbels braucht Helden und findet einen Superhelden im Scharfschützen Fredrick Zoller, dessen unglaubliche Taten verfilmt gehören. Innerhalb von drei Tagen hatte der tollkühne Deutsche 268 Feinde umgenietet! Und schon wird Zoller Filmstar des Hurra-Machwerks «Stolz der Nation», in dem er nachspielt, was er in drei Tagen wegputzte. In Paris findet die Premiere statt, und alle Nazi-Grössen kommen, selbst der Führer. Wenn auf der Leinwand Zoller wieder einen Feind wegballert, springt Hitler begeistert aus seinem Sessel. Dann kippt der allgemeine Jubel in Panik um: Das Kino geht in Flammen auf, und es verbrutzelt das Tausendjährige Reich! Die «Operation Walküre» um Claus Schenk Graf von Stauffenberg wird obsolet, der Untergang im Führerbunker ebenso. Das Dritte Reich vom Kino zu Fall gebracht! Da werden die Historiker im Karree springen.

Tarantino macht kurzen Prozess

Lange bevor Quentin Tarantino, das Enfant terrible der internationalen Filmzene, mit den Dreharbeiten seines Irrsinns «Inglourious Basterds» begann, flackerte schon Wetterleuchten über der Szene. Ein heisser Stoff sei im Fadenkreuz, die Nazis mit im Spiel, auch ein schauerlicher SS-Oberst und eine Guerillatruppe jüdischer GIs, die «Basterds», die Nazis

nicht nur killen, sondern auch skalpieren! Das Drehbuch war in die Printmedien gelangt, von Fälschung war die Rede, die verquer-komische Logik der Dialoge dagegen wies auf Tarantino. Er und seine Produzenten hatten sich dazu nie geäussert. Vielleicht hatten sie es sogar selber in Umlauf gebracht, um zu testen, ob das Rüpelspiel mit der sakrosankten Weltkrieg-Zwo-Historie ein Sprengsatz ist. Tarantino kramt immer im Fundus der Filmgeschichte, doch bisher spielte er damit in unverdächtigen Regionen, sozusagen auf Rummelplätzen. Doch jetzt wagt er sich in die gedämpften Hallen der Geschichtsschreiber vor und macht kurzen Prozess mit heiligen Fakten.

Frühzeitiges Ende der Nazi-Diktatur in einem Kino! So ein Quatsch! Vor allem aber: Darf man das? «Inglourious Basterds» macht aus dem Dritten Reich auch noch einen Western, einen Spaghetti-Western! Das dürfte man wirklich nicht dürfen. Oder doch?

Das Kino und allem voran der Western waren schon immer eine Freihandelszone der historischen Fakten. Sind etwa Filme wie «Der Untergang» oder «Valkyrie» ethisch wertvoller, weil sie sich um historische Akkuratess bemühen? Bruno Ganz jedenfalls, der in Oliver Hirschbiegels «Der Untergang» (2004) den Führer spielte, wurde vorgeworfen, er vermenschliche Hitler. Ein akribischer Versuch, sich durch Psychologisierung der Figur zu nä-

hern – auch verkehrt. Hitler darf keine menschlichen Züge haben, er muss eine Ausgeburt der Hölle sein.

Den Diktator zu karikieren, wie Helge Schneider in Dani Levys «Mein Führer – Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler» (2007), war auch wieder nicht recht. Dem Schriftsteller Rolf Hochhuth blieb «unerklärlich, wie ein Mann, der selbst Jude ist, so eine Geschichtsfälschung ins Kino bringen kann». Ein eher absurder Vorwurf.

Männerfantasie in SS-Leder

Und nun also Tarantinos «Inglourious Basterds». Vielleicht trägt sein Film dazu bei, Kunst und Menschen aus einer gewissen Befangenheit zu befreien. Allerdings kommt die wüst-komische Nazi-Horror-Groteske nicht einfach aus dem Nichts. Die schaurig-schöne Faszination der SS-Uniformen wird schon lange zelebriert – und dabei wird häufig auf die Wahrheit gepfiffen. In Robert Aldrichs spektakulärem «The Dirty Dozen» (1967) führt ein Macho-Major (Lee Marvin) zwölf Schwerverbrecher hinter die deutschen Linien, um ein Nazi-Nest mit den Methoden des Western- und Gangsterfilms auszuheben. Der Film wurde ein Hit, worauf 1978 der Trash-Spezialist Enzo G. Castellari mit «The Inglorious Bastards» («Ein Haufen verwegener Hunde») auf den erfolgreichen Plot zurückgriff.

Gerade im Trash, der lange von der Kritik ignoriert wurde, finden sich Hitler-Kitsch und Nazi-Schnickschnack in den irrsinnigsten Kombinationen. Das Zeug wurde von der Bildungsoffentlichkeit natürlich nicht wahrgenommen, im Gegensatz zum Theater, das sich ebenfalls von der Nazi-Ästhetik faszinieren liess. Von Ariane Mnouchkines «Mephisto» über Peter Zadeks Fallada-Revue «Jeder stirbt für sich allein» bis zu George Taboris gnadenloser Farce «Mein Kampf». Auch da wurde manche Alberei schmallippig bemeckert, etwa das Dutzend Hitlers, die auf Zadeks Bühne Stepp tanzten. In den USA wurde Leni Riefenstahls «Triumph des Willens» gefeiert, und im Pariser Transvestitenkabarett «Alcazar» machten Männerfantasien in knirschendem SS-Leder Furore. Von der Hitler-Zeit blieben nur Revue-Elemente, lautete der Tenor der Bedenkenträger.

Einen reichlich schrägen Klamauk über Nazis erlaubte sich Mitte der sechziger Jahre die TV-Serie «Hogan's Heroes». In einem deutschen Kriegsgefangenenlager beherrscht eine Gruppe alliierter Gefangener ihre Bewacher und vergackert sie in jeder Folge. Im Mittelpunkt stehen US-Major Hogan und Lagerkommandant Klink. Klink hat Angst, an die Ostfront versetzt zu werden, und braucht Hogan, um das zu verhindern; und Hogan braucht Klink, um seine lukrativen Geschäfte im Lager betreiben zu können. «Hogan's Heroes» (deut-

scher Titel: «Ein Käfig voller Helden») stiess in den USA auf harsche Kritik. Scherze mit dem Grauen zu treiben und die Nazis zu verharmlosen, das gehe nicht. Hauptdarsteller Bob Crane verschärfte die Kritik mit seinem Radio-Werbespruch: «Wenn Sie den Zweiten Weltkrieg mochten, werden Sie «Hogan's Heroes» lieben.» Die Entrüstung flaute ab, als die Kombination von schwarzer SS-Uniform und Strapsen ihren unfehlbar erotisierenden Siegeszug begann.

Den atemberaubendsten Nazi erfand nun Quentin Tarantino mit dem SS-Obersten Landa (Christoph Waltz), der den Südstaaten-Slang knödelnden «Basterds»-Chef Leutnant Aldo Raine (Brad Pitt) zur Nebenfigur macht. In fünf Kapiteln laufen zwei Handlungsstränge aufeinander zu, die in jenem Pariser Kino verknüpft werden. Das erste Kapitel eröffnet Tarantino mit einem kühnen Italo-western-Tableau: Irgendwo auf dem Land in Frankreich nähert sich Landa mit seinen Schergen einem Bauernhof, bittet höflich um Einlass und beginnt einen horrenden Dialog mit dem Bauern. Auf die Frage, ob er ein Glas Wein wünsche, antwortet Landa mit smarter Bonhomie: «Wenn ich schon bei einem Milchbauern bin, hätte ich auch gerne ein Glas Milch.» Derartige Situationen sind aus unzähligen Italo-western bekannt und potenzieren die Gefährlichkeit des ungleichen Show-downs.

Ein Oscar für den Soziopathen

Landa, «Judenjäger» genannt, sucht die Familie Dreyfus, die sich im Keller des Hauses versteckt: Sie wird erschossen, nur Tochter Shosanna (Mélanie Laurent) gelingt die Flucht nach Paris, wo sie unter falscher Identität das

kriegsentscheidende Kino führt – Schauplatz des finalen, ebenso spannenden wie furiosen Feuer- und Explosionsspektakels.

In fast allen Abschnitten des Films taucht Landa auf, hochgebildet, intelligent, polyglott, schleimig und zynisch. Ein Soziopath, der das Nazi-Gebräu durchschaut und seine Machtfantasien auslebt. Ein Demagoge, der den allgemeinen Judenhas für sich nutzt. Mit seinem wachen Sinn für die Zeichen der Zeit artikuliert er, was viele gerne hören. Eine grandiose Rolle, für die Waltz einen Preis in Cannes erhielt und für die er mit Sicherheit auch einen Oscar kassieren dürfte. Landas bitterböse Humorlosigkeit macht aus den Dialogen funkeln-de Dispute absurden Humors.

Saftig krachende Horror-Picture-Show

Tarantino erweist sich einmal mehr als be-gnadeter Dialogschreiber und Schauspieler-führer, der die Szenen, Kapitel, Episoden langsam und psychologisch präzise entfaltet. Im Gewerbe heute fast eine Rarität. «Inglourious Basterds» (zum «e» in «Basterds» griff er, um sich von Castellaris Titel zu unterscheiden) ist eine exzentrische Groteske, ein «König Ubu»-Tollhaus. Das geht bis zu den Figuren, die alle Namen tragen, die auf Schauspieler verweisen.

«Inglourious Basterds» ist eine schrille, wilde, rohe, amüsante, saftige, krachende Nazi-Horror-Picture-Show. Der Nazi ist endgültig in der Popkultur angekommen.

Inglourious Basterds

Regie: Quentin Tarantino. USA/D, 2009



Macho-Major: Lee Marvin in «The Dirty Dozen».



Schräger Klamauk: TV-Serie «Hogan's Heroes».

Kamillente

Eidenbenz will etwas für sein Image tun. Und dabei soll ihm Tom Keita helfen. Es geht nur noch um den richtigen Termin für die Sensation. «Doppelpass», Folge 39.
 Von Charles Lewinsky

«Ich hatte Ihre Studenten anders erwartet», sagte Eidenbenz.

Der Sommerkurs zum Thema «Demoskopie: Werkzeug oder Selbstzweck?» war gerade zu Ende gegangen, und er war immer noch überrascht, dass seine Ausführungen auf ein so positives Echo gestossen waren. Er hatte dem knappen Dutzend Teilnehmer eine Doppelstunde lang versichert, dass Meinungsumfragen für einen richtigen Politiker – «und ich bin ein richtiger, das können Sie mir glauben, meine Damen und Herren!» – zwar nützlich, aber niemals entscheidend sein könnten. Ein Werkzeug, warum nicht? Aber Selbstzweck? Niemals! «Politisieren muss man nach seinen Überzeugungen», hatte er gesagt, «und nicht nach irgendwelchen weltanschaulichen Tagesmoden. Auch wenn morgen eine Umfrage ergibt, dass Leute in Badehosen beliebter sind als andere, fahre ich trotzdem nicht im Bikini zur nächsten Session.» Er hatte sein patentiertes Lachen gelacht, und die Studenten hatten eingestimmt. Er konnte es immer noch nicht fassen. Nicht eine einzige wirklich kritische Frage hatten sie ihm gestellt. Und dabei waren diese Studenten doch alle links. Schon immer gewesen.

«Das ischt früher einmal gwää», sagte Dr. Häberle in seinem fürchterlichen Schwäbisch. «Diese Generation will die Welt nicht mehr verändern. Sie will darin etwas werden. Karriere statt Klassenkampf. Es würde mich nicht wundern, wenn der eine oder andere meiner Studenten bereits Mitglied Ihrer Partei wäre. Nur schon wegen der nützlichen Kontakte, die man dort knüpfen kann. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen eine ganz aktuelle Untersuchung über die Lebensplanung von Akademikern in der Wirtschaftskrise...»

«Ein anderes Mal gern.» Dr. Häberle war sichtlich enttäuscht.

Eidenbenz hatte Häberles Einladung auch deshalb angenommen, weil er sich so für einmal ohne jede Geheimnistuerei mit dem Demoskopien treffen konnte. Auch der miss-trauischste Journalist konnte nichts Auffälliges daran finden, dass ein Dozent seinen Gastredner hinterher noch zu einem Glas Tee in sein Büro einlud. Das heisst: Nur Dr. Häberle trank Tee. Kamille natürlich.



Eidenbenz hatte das Angebot diskret schauernd abgelehnt.

Dr. Häberle war nur Privatdozent, und sein Büro entsprechend klein. Eidenbenz hatte seinen Stuhl so unangenehm nahe an den Schreibtisch heranrücken müssen, dass er jetzt nicht einmal die Beine übereinanderschlagen konnte. Und an das Bier, das er jetzt gebraucht hätte, durfte er nicht einmal denken.

Ringsherum in den Regalen standen die Bücher militärisch stramm in Reih und Glied, und die Unterlagen auf der Tischplatte waren so perfekt ausgerichtet, dass auch nicht ein Blatt über die Kante seines Stapels hinausragte. Zu sagen, dass Dr. Häberle ein ordentlicher Mensch war, wäre eine Untertreibung gewesen. Er war in allem, was er tat, so pingelig, dass er wahrscheinlich sogar seine getragenen Hemden nur frisch gebügelt in die Waschmaschine steckte. Überhaupt kein Typ, wie ihn Eidenbenz mochte.

Aber der Beste seines Fachs.

«Noch einmal vielen Dank, dass Sie sich für meine Studenten Zeit genommen haben», sagte Häberle. Es klang wie die Ansage auf einem Telefonbeantworter. Auf einem schwäbischen Telefonbeantworter. Mit spitzen Fingern fischte er den Teebeutel aus seiner Tasse und deponierte ihn auf einem Stück Zeitungspapier, aus dem er sorgfältig ein präzises Päckchen faltete, bevor er das Ganze in den Papierkorb warf. Wie so oft, wenn er mit dem Demoskopien zu tun hatte, konnte Eidenbenz seine Ungeduld nur mühsam im Zaum halten. Aber wenn er einem auch noch so sehr auf die Nerven ging, in Sachen Meinungsforschung

war dieser Langweiler nun mal der Guru aller Gurus.

Endlich war der Schreibtisch wieder zu Häberles Zufriedenheit aufgeräumt, und man konnte versuchen, sich vernünftig mit ihm zu unterhalten.

«Ich hätte da eine konkrete Frage...», setzte Eidenbenz an.

«Wegen Ihrer persönlichen Umfragewerte, nehme ich an. Die Zahlen sind ja, vorsichtig ausgedrückt, eher unerfreulich.» Häberle wiegte bedenklich den Kopf hin und her, ein Mediziner, der einem Patienten vorsichtig beizubringen versucht, dass seine Heilungschancen gering sind.

«Es geht nicht um meine persönlichen Werte.»

«Nicht?» Der Mediziner schaute jetzt so ungläubig, als habe ihm sein Patient eben erzählt, er sei nicht wegen seiner Krebsgeschwulst zu ihm gekommen, sondern nur, um seinen Fusspilz behandeln zu lassen.

«Oder es geht doch nur indirekt darum. Ich habe darüber nachgedacht, was Sie mir letztes Mal gesagt haben. Sie erinnern sich doch?»

Die Vorstellung, dass er etwas vergessen könnte, liess Dr. Häberle ein ganz beleidigtes Gesicht aufsetzen. «Wir sprachen von der suboptimalen Wirkung einer zu häufigen Iteration xenophober Argumentationsketten.» Er liebte Fremdwörter noch mehr als Kamillente.

Eidenbenz brauchte einen Moment, bis er sich den Satz in vernünftiges Deutsch übersetzt hatte. «Die Leute mögen es nicht, wenn Sie allzu häufig auf den Ausländern rumhacken», hiess das wohl.



«Ich glaube, ich habe da eine sehr gute Idee, um in dieser Hinsicht ein bisschen Gegensteuer zu geben. Die gutschweizerische Alinghi-Taktik gewissermassen: dem politischen Gegner den Wind aus den Segeln nehmen, ohne dabei den eigenen Kurs zu ändern. Denn meinen politischen Überzeugungen bleibe ich selbstverständlich treu.»

«Selbstverständlich.»

«Es geht nur noch darum, den optimalen Zeitpunkt für die entsprechende Ankündigung zu finden. Vielleicht gibt es ja eine wissenschaftliche Methode, um den zu errechnen.»

«Es gibt für alles eine wissenschaftliche Methode.»

«Jetzt sofort kann es nicht sein. Die Leute sind gerade erst aus den Ferien zurückgekommen und interessieren sich noch nicht für Politik.»

«Eine sehr richtige Beobachtung. Ich habe vor Jahren einmal eine Untersuchung zur saisonalen Variation politischer Präferenzen durchgeführt, die ganz klar ergab ...»

Dr. Häberle wollte schon nach dem entsprechenden Ordner greifen. Eidenbenz unterbrach ihn schnell. Wenn man den Schwaben zu einem seiner Exkurse ansetzen liess, das wusste er aus Erfahrung, dann dauerte es immer ewig, bis man ihn wieder beim Thema hatte.

«Ich sage immer: Bei Pressemeldungen ist es wie beim Sex. Wenn man im falschen Moment kommt, kann man alles verderben.» Er lachte sein Eidenbenz-Lachen, aber im Gegensatz zu seinen Studenten stimmte Häberle nicht mit ein. Ein Mann ohne jeden Humor.

«Ich habe mir gedacht», fuhr Eidenbenz fort, «vielleicht mache ich es am besten gleich zu Beginn der Herbstsession. Sobald die Ersatzwahl in den Bundesrat vorbei ist. Allzu lang möchte ich es auf jeden Fall nicht hinausschieben.»

Häberle legte die Fingerspitzen seiner beiden Hände so sorgfältig aneinander, als ob er diese Geste zum ersten Mal in seinem Leben ausprobierte. Einen nach dem andern. Dann hüstelte er. «Ich könnte Ihre Frage wahrscheinlich besser beantworten, lieber Herr Eidenbenz, wenn Sie mir verraten wollten, um was für eine Ankündigung es sich handelt.»

«Natürlich. Klar. Blöd von mir.» Eidenbenz hatte sich so an Dr. Häberles Allwissenheit gewöhnt, dass er ganz automatisch angenommen hatte, der Meinungsforscher wisse auch in diesem Fall Bescheid. «Ich will den Leuten beweisen, dass ich gar nichts gegen Ausländer habe. Nicht prinzipiell. Dass ich die Einbürgerung von Einwanderern sogar befürworte.»

«Sie? Du liebes Herrgöttle von Biberach!»

«Wie bitte?»

«Da haben Sie sich keine ganz einfache Aufgabe gestellt», dolmetschte Häberle.

«Umso mehr Aufmerksamkeit wird die Geschichte erregen.»

«Die Sie mir immer noch nicht erzählt haben.»

«Passen Sie auf! Ich stelle mich also vor die gesammelten Presseleute hin und sage: «Es gibt da einen ganz konkreten Fall, bei dem ich mich ganz persönlich, als Staatsbürger und Politiker, für die Einbürgerung eines Ausländers eingesetzt habe. Ein Schwarzafrikaner,

der in unser Land gekommen ist, um an den Segnungen der Demokratie und der freien Marktwirtschaft teilzuhaben. Und ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, dass die zuständigen Stellen meiner Empfehlung gefolgt sind und dem Antrag schnell und unbürokratisch stattgegeben haben.» Und dann: Fanfare, Türe auf, und Tom Keita kommt herein. Was sagen Sie dazu?»

Dr. Häberle nahm seine schwarzgeränderte Brille ab, hauchte die Gläser an und rieb sie sauber. Er faltete das Taschentuch wieder zusammen, exakt Kante auf Kante, und fragte erst dann: «Tom Keita?»

«Wissen Sie nicht, wer das ist?»

«Doch, natürlich. Ein Fussballspieler.»

«Nicht einfach ein Fussballspieler. Der beste!»

Dr. Häberle griff nach seinem Teeglas, führte es halb zum Mund und stellte es wieder hin. «Ich verstehe nicht ganz», sagte er.

«Das ist doch der absolute Hammer! Drei auf einen Streich! Erstens beweise ich damit, dass ich gar nichts gegen Einbürgerungen habe. Wenn sich jemand den roten Pass ehrlich verdient hat. Zweitens wird die Nationalmannschaft verstärkt, was bei den Leuten bestimmt gut ankommt. Und drittens ist es auch noch Werbung für meinen Verein.»

«So weit ist mir das klar», sagte Dr. Häberle.

«Was ich nicht ganz verstehe, ist etwas anderes. Warum fragen Sie mich nach dem idealen Zeitpunkt für so eine Ankündigung? Wo die Geschichte doch bereits bekannt ist.»

«Kein Mensch weiss davon», protestierte Eidenbenz.

«Ich glaube, da irren Sie sich.» Dr. Häberle klappte sein Notebook auf. «Haben Sie heute noch nicht in den Blog von dieser Cassandra reingeschaut?»

«Für solche Spielereien habe ich keine Zeit.»

«Sollten Sie aber.» Häberles Finger hüpften in überraschender Gelenkigkeit über die Tastatur. «Sosele», sagte er nach wenigen Sekunden. «Da haben wir's ja schon.» Er drehte den Computer um, so dass Eidenbenz jetzt den Artikel lesen konnte. «Das jüngste Gerücht» stand als Titel über der Seite. Und darunter: «Fussballspieler als Spielball: Eidenbenz will mit Keita punkten.»

Wie zum Teufel hatte das passieren können?

Folge 40 des Fortsetzungsromans in der nächsten Weltwoche

Im Internet

Alle Folgen auf www.weltwoche.ch/doppelpass

Die Liebe als ordentliches Gefühl

Der Architekt Pierre Müller, 44, und die Sekretärin Anita Leuenberger, 31, haben im August geheiratet. Fehlerfrei sind beide nicht. Eine Erkenntnis, die Verbindlichkeit schuf.

Pierre: Die Liebe ist kein unordentliches Gefühl, sondern eher das Gegenteil: Sie bringt Ruhe ins Leben, Harmonie im besten Fall und Geborgenheit. In einem ersten Schritt muss man das Glück allerdings erkennen. Es nützt nichts, wenn man unrealistischen Vorstellungen nachhängt und immer meint, etwas noch Besseres finden zu können. So bleibt man allein, wie so viele aus meiner Generation: die Prinzen und Prinzessinnen auf den Erbsen.

Anita: Wir hatten beide eine Enttäuschung hinter uns. Von meiner letzten Beziehung musste ich mich richtiggehend erholen. Danach wusste ich, dass ich einen spontanen Mann brauche, der mich nicht einengt und nicht meckert, wenn ich ins Fitnessstudio will oder etwas mit meinen Freundinnen unternehmen möchte. Pierre gefiel mir sofort extrem gut. Er sieht toll aus und hat von Anfang an auf eine coole Art akzeptiert, dass ich etwas Zeit brauche. Die Wochen nach der ersten Nacht waren wunderschön: Wir wussten beide, es könnte etwas Ernsthaftes werden, und trotzdem war der Ausgang der Geschichte noch offen, abenteuerlich und frei.

Pierre: Wir sind unternehmungslustige Bewegungsmenschen. Politisch sind wir nicht, auch keine Weltverbesserer, aber wir teilen ähnliche Werte: Respekt, Treue, Solidarität. In diesem Sinn ist die Heirat für mich ein Commitment, das dem anderen vermittelt: Ich traue mich, dich zu heiraten, weil ich an unsere Liebe glaube. Mehr noch: Ich übernehme Verantwortung. Natürlich ist das manchmal sehr schwierig und auch nicht immer machbar: Aus meiner ersten Ehe stammt mein 18-jähriger Sohn. So jung Vater zu werden, war eine grosse Herausforderung: Man muss auf vieles verzichten. Das merkt man erst im Nachhinein.

Anita: Mit jedem Eheversprechen ist ein winziges Risiko verbunden. Man muss sich einen Schubs geben, sonst wird es nie etwas.

Pierre: Natürlich könnte man auch friedlich und zufrieden im Konkubinat leben. Es gibt



«Ich traue mich, dich zu heiraten»: Ehepaar Leuenberger und Müller.

heute keine gesellschaftlichen Restriktionen mehr, wenn man ledig bleibt oder geschieden ist. Die Frauen sind wirtschaftlich unabhängig, Männer können kochen und haushalten. Hinkt das Herz befreiten Zuständen hinterher, oder rennt die moderne Gesellschaft den Herzen davon? Wie auch immer: Wir beschlossen, unsere Beziehung zu officialisieren.

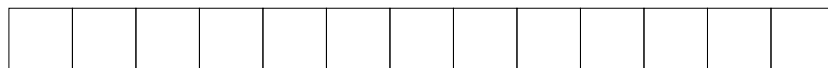
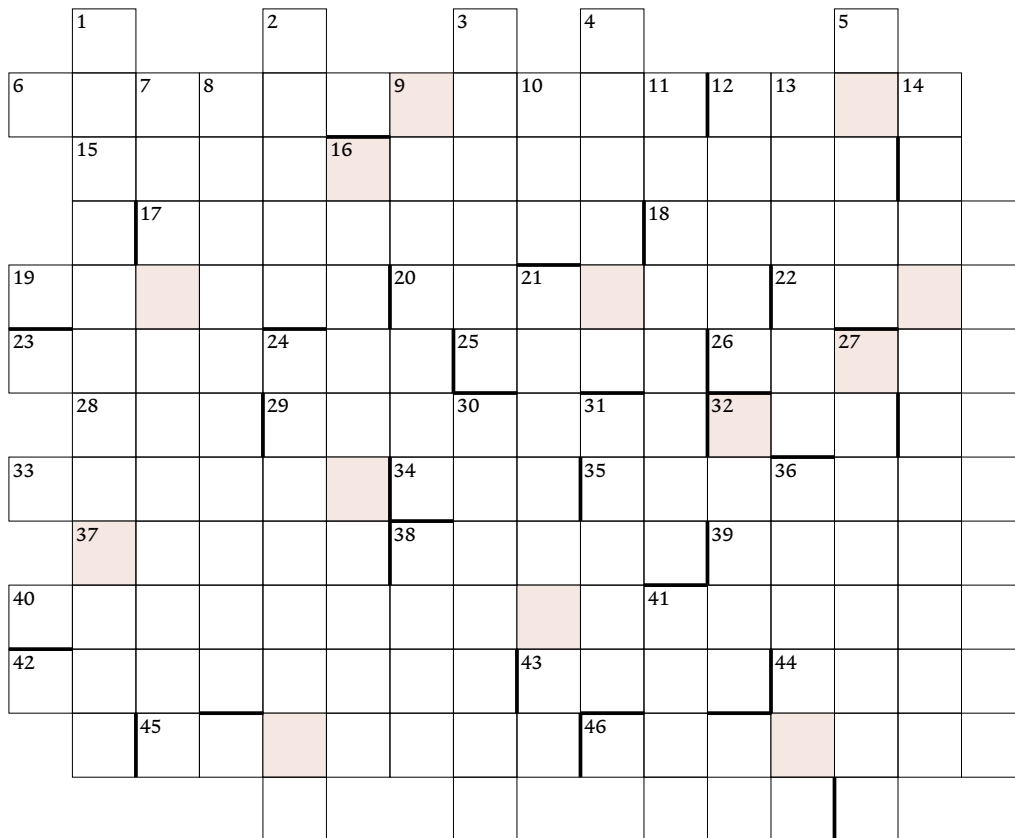
Anita: Wir wählten die Insel Ufenau als Trauungsort. Dort kann man natürlich nicht in Stöckelschuhen und im Sissikleid rumlaufen. Also zog ich das weisse Kleid nur bei der standesamtlichen Trauung an. Zur eigentlichen Hochzeitsfeier mussten die Gäste in historischen römischen Gewändern erscheinen. Ich trug eine weisse Toga mit angenähertem Schleier und eine Hochsteckfrisur, Pierre eine Ritterrüstung im Stil derjenigen von Julius Cäsar. Eine freie Theologin führte durch die Hochzeitszeremonie. Sie ist eine Naturfreundin wie wir und brachte allerlei Sachen mit, die symbolischen Gehalt hatten und uns mit der Insel

und dem Tag verbinden sollten: selbstgepflückte Wildbeeren, einen rundgeschliffenen Stein und einen Felsbrocken aus grobem gespaltenem Granit, matte und glänzende Muscheln. Pierres Nichte hatte die Aufgabe, den ganzen Tag Dinge zusammenzutragen, die in eine Schale gelegt wurden: Vogelfedern, Blätter, Blumen. Dort drin lagen schlussendlich unsere Ringe. Das Eheversprechen schrieben wir auf lose Baumrinden und vergruben diese anschliessend im Boden. In wenigen Jahren werden sie von der Natur absorbiert sein.

Pierre: Um Mitternacht – als das Fest auf dem Höhepunkt war – erklärten wir den Abend für beendet. Eine Schifffahrt unter dem Sternenhimmel beschloss den wunderschönen Tag für die Gäste. Und wir verbrachten die Hochzeitsnacht frisch und munter – nicht wie viele Frischverheiratete, die todmüde in die Federn sinken.

Hochzeitszeremonien: www.gisula.ch

Die Fragen stellte **Franziska K. Müller**.



Lösungswort — Hat nur Augen für heisses Essen

Die eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 6 Anarchisch kulinarische Verwertung des Staates. 12 Migros' exklusiver Schulverein. 15 Putziger Euphemismus. 17 Denkwürdiges von Gedenkwürdigen. 18 Die haben den Dreh raus. 19 Braunes Softdrinkenzym. 20 Fast unweit geschlossen. 22 Hans ist vom Titel her in Spanien ein stilles Wasser. 23 So ein Tier kann gemein und lästig werden. 25 Welsche kommen ganz oben ins Stottern. 26 Seine Leistungen waren gehupft wie gesprungen. 28 Die Nanny hat das Wesentliche von der Nonne. 29 Im Heim ist Tücke schlimme Täuschung. 32 Kantonaler Nierenverflüssiger. 33 Kirchliches Beatles-Ohrwurmgebäck? 34 Türkische Laute im Sexanzeiger? 35 Der aufrechtstehende Pfirsichbaum war Georgias Terminus. 37 Meerjungfräuliche Besserküsserin. 38 Binns Löwenmamma war 1978 die Nummer eins. 39 In L'Aquila hat es der Oma den Anfang weggebebt. 40 Reinekes teuflische Jagdtiere sind in Rage. 42 Das Sein ist, was der Schein zu sein scheint. 43 Darin geht die amerikanische Grenze baden. 44 Verwandter aller Briten. 45 Lässt sich mit Strichen. 46 Peter Panther jagte Anne, Britt, Miranda und Lynne.

Senkrecht — 1 Lehrgangseinstieg an der Börse. 2 Etwa so viel wie das Ramba beim Zamba. 3 Wächsender Tipp im Kopf des Meeressäugers. 4 Sein Sexappeal ist bescheiden im Vergleich zur Anziehungskraft. 5 Da kommen Südamerikaner auf die Welt. 7 Charlies Bühnenbeleuchtung. 8 Man hat der erotischen Tageszeit die männliche Königin entfernt. 9 Ägyptischer Löwenmensch nach der nächsten Rechtschreibreform. 10 Was sich abwendet zwischen Jamie und Curtis. 11 Kartenspiele, wenn man sie zu dritt spielt. 12 Wie Deutsche durchs Wasser kriechen. 13 Wein, Weib und Gesang, hier ohne Wein und Weib. 14 Vom Lukmanier bis nach Biasca ist man einer, bezahlt aber nicht damit. 16 Da gibt es selten Kreislaufprobleme bei den Kleinen ($y = i$). 21 Zum Backen hat man den ändern. 24 In der Mitte manipuliertes Manipulieren. 27 Poohs kanadischer Pflock. 30 Verbales Ende der Schillerschen Glocke. 31 Anarchist der Stille in Dramaturgien der Angst. 32 Narben bilden medizinisch. 36 Verdreht Recht manchmal in Winkeln. 38 Flachst gern mal mit Textilien. 41 Äugeln ist nett beim Kosen.

© Daniel Krieg - Rätsel Agentur

Lösung zum Denkanstoss Nr. 130

	V	G								L	A								
L	E	B	E	N	S	M	I	T	T	E	L	B	L	U	T				
D	R	E	W	S	A	I	K	I	D	O	I	B	A	N					
	K	R	I	T	T	E	L	N	E	N	M	A	S	S	E				
	E	A	T	A	T	U	E	R	K	O	B	S	T	A					
C	H	U	Z	P	E	X	I	I	O	R	A	G	I	F					
E	R	S	T	E	L	L	E	N	R	E	T	A	B	E	L				
	S	C	H	L	E	I	M	D	A	R	G	L	E	B					
S	C	H	E	L	L	R	A	E	T	E	E	L	R	E	P				
	H	E	I	A	O	I	S	S	E	F	N	O	C	O					
N	A	N	T	U	C	K	E	T	U	L	A	N	O	W	A				
M	O	D	I	F	I	Z	I	E	R	E	N	E	R	A					
	S					N			N	R		X	A		N				

Waagrecht — 5 LEBENSMITTEL 11 BLUT (...hochdruck = Hypertonie) 14 DREWS (Jürgen ..., «Der König von Mallorca») 16 AIKIDO (jp. Kampfkunst) 19 IBAN (intern. Konto-Nr.; Tal-iban) 20 KRITTELN 21 ENMASSE 22 ATATUERK (Ussaki war kurz seine Frau) 24 OBST (Kern..., Schalen...) 26 CHUZPE (jidd. f. intelligente Dreistigkeit) 27 XII (Ziffer auf der Uhr v. Big Ben) 28 ORAGIF (Le Figaro, frz. Zeitung) 30 ERSTELLEN (erst Ellen; Kesslerzwillinge) 32 RETABEL (Altaraufsatz) 34 SCHLEIM 37 DARGLEB (Belgrad; früh. «Singidunum») 40 SCHELL (Greth ...; Zuger Faschnachtsfigur) 41 RAETE (National..., Stände...) 42 ELREP («...n vor die Säue werfen») 43 HEIIA («Heja Sverige») 44 OISSEFNOC (confessio = lat. Bekenntnis; Heiligengrab unter dem Altar)

Senkrecht — 1 VERKEHRSSCHAOS 2 GEWITZTHEIT 3 LEONORE (ursprüngl. Name v. Beethovens einziger Oper) 4 ABBAS (Mahmud ..., palästin. Politiker; ABBA) 6 BERAUSCHEND 7 SATTEL (Ort d. Schlacht am Morgarten 1315) 8 MIEUX (= frz. besser) 9 TIN (= engl. Blech; Tintin = Comicfigur Tim) 10 LIMBA (afrikan. Baumart) 12 LAS (... Palmas) 13 UNSAFE (= engl. unsicher) 15 STAPELLAUF (Jungfernfahrt) 17 KLEIE (Ballaststoff) 18 DEKORATEUR (Schau fenster...) 23 RINDE (Hirn...) 25 TIBER (aus «Brite») 29 GALLONE 31 LIRIK (Lyrik) 33 TGE (= rätorom. was; in «Mitgel») 35 STAPELLEN (Nicole «Ein bisschen Frieden») 36 MASEIN (hat e. Rehbock im Wappen) 38 REFLEX (Spiegel...kamera) 39 BEOWA (sagenh. Dänenkönig; evtl. identisch mit Beowulf) 45 STER 46 NANA (...Mouskouri; Figuren v. Niki de Saint Phalle) 47 CORN (= engl. Mais; ...wall)

Lösungswort — TROSTPFLASTER

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Polymere Werkstoffe,
Feinchemikalien/Engineering

Zu Ihren Diensten!

Bisher bei ABN AMRO,
demnächst bei der RBS –
Rohstoffprodukte
von Jim Rogers



► Die Strukturierten Produkte und den dazugehörigen exzellenten Service von ABN AMRO finden Sie schon bald unter dem Dach der Royal Bank of Scotland. Zu Ihren Diensten!
www.abnamromarkets.ch · pip.abnamro@ch.abnamro.com · Tel. 044 631 62 62

ABN AMRO Bank N.V. ist ein Tochterunternehmen der The Royal Bank of Scotland Group plc (wie in Section 1162 des Companies Act 2006 von England und Wales definiert).

Making more possible



ABN·AMRO